

Ademmer, Martin et al.

Article

Deutsche Wirtschaft im Frühjahr 2022. Erholung gefährdet - Preisdruck hoch

Kieler Konjunkturberichte, No. 89

Provided in Cooperation with:

Kiel Institute for the World Economy – Leibniz Center for Research on Global Economic Challenges

Suggested Citation: Ademmer, Martin et al. (2022) : Deutsche Wirtschaft im Frühjahr 2022. Erholung gefährdet - Preisdruck hoch, Kieler Konjunkturberichte, No. 89, Kiel Institut für Weltwirtschaft (IfW Kiel), Kiel

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/251907>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

KIELER KONJUNKTUR- BERICHTE

**Deutsche Wirtschaft
im Frühjahr 2022**

Abgeschlossen am 17. März 2022

© Angelika Hufschmidt / ifw_Kiel

Nr. 89 (2022|Q1)

*Martin Ademmer, Jens Boysen-Hogrefe, Dominik Groll,
Nils Jannsen, Stefan Kooths, Saskia Meuchelböck und Nils Sonnenberg*

INHALTSVERZEICHNIS

Erholung gefährdet – Preisdruck hoch

Finanzierungsbedingungen verschlechtern sich leicht	7
Finanzpolitik weiterhin im Krisenmodus	10
Ukraine-Krieg belastet Außenhandel	12
Erholung im Verarbeitenden Gewerbe verzögert sich	16
Hohe Inflation dämpft heimische Absorption	18
Der Preisauftrieb nimmt zu	22
Löhne beschleunigen sich spürbar	23
Arbeitsmarkt bleibt robust	25
Finanzierungssaldo der öffentlichen Haushalte bleibt im Minus	28
Risiken und Wirtschaftspolitik	31
Literatur	46
Tabellenanhang	48

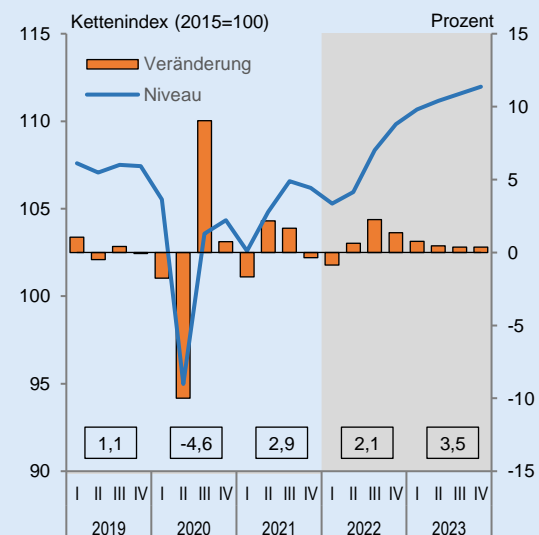
ERHOLUNG GEFÄHRDET – PREISDRUCK HOCH

Martin Ademmer, Jens Boysen-Hogrefe, Dominik Groll, Nils Jannsen, Stefan Kooths, Saskia Meuchelböck und Nils Sonnenberg

Die deutsche Wirtschaft ist abermals heftigem Gegenwind ausgesetzt. Der Krieg in der Ukraine führt zu hohen Rohstoffpreisen, neuen Lieferengpässen und schwindenden Absatzmöglichkeiten. Die hohen Rohstoffpreise verringern die Kaufkraft der verfügbaren Einkommen und dämpfen damit den privaten Konsum. Zudem belasten zusätzliche Lieferengpässe die Industrie spürbar. Schließlich verschlechtern sich zumindest vorübergehend die Absatzmöglichkeiten aufgrund der Sanktionen sowie der durch den Krieg gestiegenen Unsicherheit. All dies trifft die Wirtschaft in einer Phase, in der die dämpfenden Einflüsse der Pandemie nachlassen und eine kräftige Erholung angelegt war. Die starken Auftriebskräfte – hohe aufgestaute Kaufkraft bei den privaten Haushalten und dicke Auftragspolster der Industrie – federn die Schockwellen aus dem Krieg in der Ukraine ab. Im Ergebnis dürfte sich die Erholung in diesem Jahr fortsetzen, allerdings in spürbar langsamerem Tempo als im Winter erwartet. Insgesamt rechnen wir nun mit einem Anstieg des Bruttoinlandsprodukts von 2,1 Prozent für das laufende Jahr (Winterprognose: 4 Prozent) und von 3,5 Prozent für das Jahr 2023 (Winterprognose: 3,3 Prozent). Die Inflation dürfte in diesem Jahr mit 5,8 Prozent so hoch ausfallen wie noch nie im wiedervereinigten Deutschland. Selbst wenn die Rohstoffpreise nicht mehr weiter steigen und die Lieferengpässe allmählich nachlassen, wird die Inflation im kommenden Jahr mit 3,4 Prozent wohl noch hoch bleiben, auch weil die jüngsten Erzeugerpreisanstiege erst nach und nach bei den Verbrauchern ankommen. Während der Krieg auf dem Arbeitsmarkt kaum Spuren hinterlässt, werden die öffentlichen Ausgaben steigen, so dass die Haushaltsdefizite länger auf erhöhten Niveaus verharren.

Der Krieg in der Ukraine belastet die deutsche Konjunktur vor allem über die unsicherer gewordene Rohstoffverfügbarkeit. Russland spielt weltwirtschaftlich – und speziell für Europa – eine bedeutende Rolle als Rohstofflieferant, wobei Energierohstoffe besonders wichtig sind. Mit der militärischen Aggression gegen die Ukraine sind diese Lieferungen schlagartig unsicherer geworden, was sich in massiven Preisanstiegen äußert. Besonders kritisch ist für Deutschland das Erdgas, für das kurzfristig kaum Alternativen bestehen, um russische Lieferungen zu ersetzen. Hohe Preise für importierte Energierohstoffe (vor allem Öl und Gas) schmälern unmittelbar die heimische Kaufkraft, zudem werden all diejenigen Produktionszweige in ihrer Rentabilität stark beeinträchtigt, die auf die bisherige Energieversorgung ausgerichtet sind. Weitaus weniger bedeutsam ist die Rolle Russlands als Absatzmarkt für deutsche Exporte.

Abbildung 1:
Bruttoinlandsprodukt



Quartalsdaten: preis-, kalender- und saisonbereinigt; Veränderung gegenüber dem Vorquartal (rechte Skala).
Jahresdaten: preisbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent (gerahmt).

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 18, Reihe 1.2 und 1.3; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

Kasten 1: Wie stark belasten pandemiebedingte Arbeitsausfälle die Wirtschaftsleistung? (S. 34 – 37)

Kasten 2: Zur Überwälzung der Erzeuger- und Importpreise auf die Verbraucherpreise (S. 38 – 40)

Kasten 3: Zur Mindestloohnerhöhung auf 12 Euro (S. 41 – 43)

Kasten 4: Prognosen des IfW Kiel und tatsächliche Entwicklung im Jahr 2021 (S. 44 – 45)

Diese dürften im Zuge der westlichen Sanktionen nahezu zum Erliegen kommen, wobei neben den politischen auch marktgetriebene Sanktionen wirken. Über den unmittelbaren Effekt der formal verhängten und mehrfach verschärften Handelsverbote und Finanzbeschränkungen hinaus sind Geschäftsbeziehungen mit Russland so unsicher (und reputationsschädigend) geworden, dass – mit Ausnahme von Rohstofflieferungen – kaum noch Handelsaktivität stattfinden dürfte. Allerdings war der Anteil Russlands an den deutschen Ausfuhren schon nach der Annexion der Krim auf zwei Prozent geschrumpft. Auch unter Berücksichtigung von Drittlandeffekten ist der Wegfall des russischen Absatzmarktes somit gesamtwirtschaftlich von geringer Bedeutung. Für diese Prognose ist unterstellt, dass die Sanktionen gegenüber Russland in der jetzigen Form in Kraft bleiben (die russischen Energielieferungen also fortlaufen) und die Preise für fossile Energierohstoffe ausgehend von ihren aktuell sehr hohen Niveaus im Einklang mit den Notierungen an den Terminbörsen allmählich nachgeben, wobei sie aber über den Werten liegen, die sonst zu erwarten gewesen wären (Gern et al. 2022).

Ohne die postpandemischen Auftriebskräfte wäre die Wirtschaftsleistung im laufenden Jahr rückläufig. Die Konjunktur in Deutschland ist starken, gegenläufigen Kräften ausgesetzt. Der scharfe Gegenwind infolge des Ukraine-Schocks trifft auf starke Auftriebskräfte, die die voraussichtliche Schlussetappe in der Erholung von der Corona-Krise tragen. Im Zuge der vierten Pandemiewelle hat die wirtschaftliche Aktivität in beiden Quartalen des zurückliegenden Winterhalbjahrs nachgegeben, wobei der Rückgang zum Auftakt des laufenden Jahres stärker zu Buche geschlagen haben dürfte (Abbildung 1). Neben der unmittelbaren Beeinträchtigung der Geschäftstätigkeit von Dienstleistern infolge von Kontaktbeschränkungen wirkte der krankheits- und quarantänebedingte Arbeitsausfall auch allgemein dämpfend (Kasten 1). Mit dem Wegfall der meisten Schutzmaßnahmen ist für sich genommen ab dem Frühjahr eine kräftige Erholung angelegt, wobei zunächst die kontaktintensiven Dienstleistungsbereiche zügig expandieren. Zudem werden wohl die pandemiebedingten Lieferengpässe, die die Industrieproduktion seit über einem Jahr stark beeinträchtigen,

Tabelle 1:
Quartalsdaten zur wirtschaftlichen Entwicklung

	2021				2022				2023			
	I	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III	IV
Bruttoinlandsprodukt	-1,7	2,2	1,7	-0,3	-0,9	0,6	2,3	1,4	0,8	0,5	0,4	0,4
Private Konsumausgaben	-5,2	3,7	6,0	-1,8	-2,0	2,0	3,4	1,0	0,5	0,3	0,3	0,3
Konsumausgaben des Staates	-1,1	5,1	-2,8	1,0	0,1	1,1	-0,6	-0,3	0,3	0,2	0,1	0,0
Ausrüstungsinvestitionen	-0,4	0,6	-3,9	0,9	1,5	-1,0	5,0	5,0	3,0	1,5	1,0	1,0
Bauinvestitionen	0,2	1,7	-3,6	0,0	2,1	1,4	1,0	1,0	0,7	0,7	0,7	0,7
Sonstige Anlagen	-2,6	1,1	0,9	1,3	1,0	0,5	2,0	2,0	1,5	1,0	1,0	1,0
Vorratsveränderungen	2,0	-0,6	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Inländische Verwendung	-1,0	2,8	1,7	-0,5	-0,7	1,4	2,2	0,9	0,6	0,4	0,4	0,4
Ausfuhr	1,9	1,1	0,0	4,8	-2,0	0,3	3,1	3,1	1,5	1,1	0,9	0,9
Einfuhr	4,3	2,3	-0,1	5,1	-1,8	2,0	3,0	2,3	1,2	1,0	1,0	1,0
Außenbeitrag	-0,8	-0,4	0,1	0,2	-0,2	-0,7	0,2	0,5	0,1	0,1	0,0	0,0
Erwerbstätige, Inland	44.698	44.810	45.005	45.162	45.342	45.462	45.562	45.662	45.732	45.752	45.741	45.711
Arbeitslose	2.755	2.719	2.541	2.425	2.315	2.255	2.225	2.206	2.192	2.185	2.182	2.182

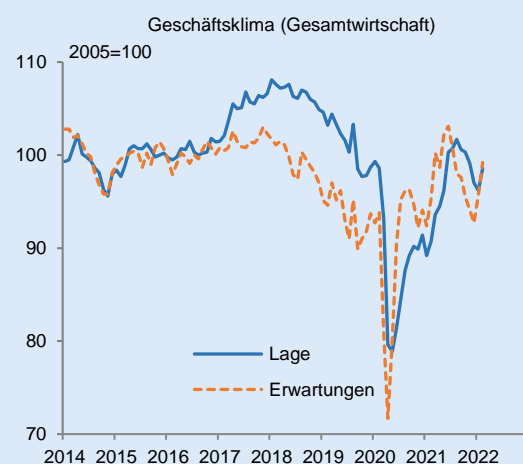
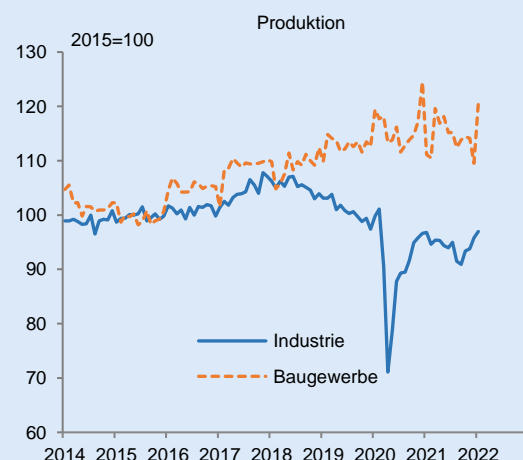
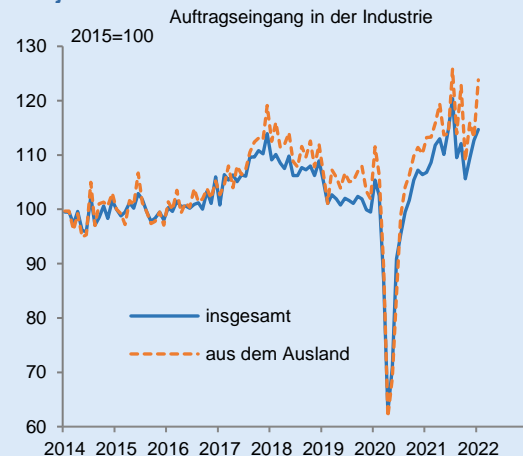
Preis-, kalender- und saisonbereinigt. Veränderung gegenüber dem Vorquartal in Prozent; Vorratsveränderungen, Außenbeitrag: Lundberg-Komponente; Erwerbstätige, Arbeitslose: saisonbereinigt, 1 000 Personen; Arbeitslose: Abgrenzung der Bundesagentur für Arbeit.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.3*; Bundesagentur für Arbeit, *Monatsbericht*; grau hinterlegt: Prognose des Ifw Kiel.

nach und nach überwunden. Vor dem Kriegsausbruch sendeten wichtige Frühindikatoren produktions-, nachfrage- und stimmungsseitig klare Expansionssignale (Abbildung 2). In diese kräftige Erholungsphase hinein wirken nun die Folgen des Kriegsgeschehens in der Ukraine. Diese schaffen kurzfristig neuen Stress für die Lieferketten und schmälern die Kaufkraft der privaten Haushalte. Zudem belastet die hohe Unsicherheit das Investitionsklima. Dem steht allerdings gegenüber, dass die Konsumenten während der Pandemiephase in erheblichem Umfang Extra-Ersparnisse gebildet haben, die sich auf über 220 Mrd. Euro belaufen. Ferner sind die Industrieunternehmen mit einem Auftragsüberhang in Höhe von rund 100 Mrd. Euro in das Jahr gestartet. Diese Sonderfaktoren mildern den negativen Ukraine-Schock, so dass im Ergebnis die Erholung nicht abbricht, aber kurzfristig stark belastet wird (Tabelle 1). In der Folge verschiebt sich die Rückkehr zum Vor-Corona-Niveau in die zweite Jahreshälfte. Vor allem infolge der Lieferengpässe bleibt die ökonomische Aktivität bis gegen Ende des Jahres unter ihrem Potenzial, im kommenden Jahr dürfte es aber schon merklich überschritten werden. Insgesamt fällt die Wirtschaftsleistung im Vergleich zu unserer Winterprognose in den Jahren 2022 und 2023 um rund 90 Mrd. Euro geringer aus, was im Wesentlichen dem Ukraine-Schock geschuldet ist. Die Zuwachsrate des Bruttoinlandsprodukts veranschlagen wir für dieses Jahr auf 2,1 Prozent (bislang: 4 Prozent) und für das kommende Jahr auf 3,5 Prozent (bislang: 3,3 Prozent). Angesichts der besonderen Umstände, die sich aus dem Ukraine-Krieg ergeben, ist diese Prognose mit außergewöhnlich hoher Unsicherheit behaftet.

Bei der Preisentwicklung verstärken sich Pandemie- und Kriegsfolgen. Die Inflation wird über weite Strecken des Prognosezeitraums außergewöhnlich hoch bleiben. Das inflationäre Umfeld, das sich während der Pandemie aufgebaut hat, dürfte noch für einige Zeit Bestand haben. Preistreibend wirken insbesondere starke Rohstoffpreisanstiege und gestörte Lieferketten, die das Angebot verteuern bzw. verknappen. Dieses trifft auf eine robuste Nachfrage seitens der Konsumenten. Die Kombination aus expansiver Fiskal- und Geldpolitik hat weltweit zu einer Stabilisierung der Haushaltseinkommen während des pandemiebedingten Wirtschafts-

Abbildung 2:
Konjunkturindikatoren



Monatsdaten, saisonbereinigt.

Quelle: Deutsche Bundesbank, Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen; ifo, Konjunkturperspektiven; Berechnungen des Ifw Kiel.

einbruchs geführt. Hierbei sind in sehr großem Stil Phantomeinkommen entstanden, denen keine Wertschöpfung gegenüberstand, sondern staatliche Defizite, die zum Großteil über die Notenbanken finanziert wurden. Aufgrund eingeschränkter Konsummöglichkeiten wurde in der Pandemie Kaufkraft in erheblichem Umfang aufgestaut. Während allein die Rückkehr zu gewohnten Konsumausgaben wirtschaftlich belebend wirkt, wird der Preisdruck umso größer, je mehr die privaten Haushalte auf die während der Pandemie gebildete Extra-Ersparnis zurückgreifen. Durch den Krieg in der Ukraine kam es zuletzt zu weiteren Preissteigerungen bei Energie- rohstoffen sowie zu zusätzlichen Lieferengpässen. Die starken Rohstoffpreisanstiege und die hohen Teuerungsraten bei Vorleistungen, die sich in den hohen Importpreisanstiegen widerspiegeln, dürften erst nach und nach auf der Verbraucherstufe ankommen (Kasten 2). Es baut sich so weiterhin erheblicher, breit angelegter Preisdruck auf, der sich im gesamten Jahr in hohen Inflationsraten zeigen wird, auch wenn anahmegemäß die Rohstoffpreise wieder etwas nachgeben und die Lieferengpässe in der zweiten Jahreshälfte sukzessive nachlassen. Kriegsbedingt bekommt die Teuerung einen weiteren Schub, in Gang gekommen war sie aber längst vor dem Überfall auf die Ukraine. Im Jahresdurchschnitt wird die Inflation im laufenden Jahr mit voraussichtlich 5,8 Prozent beträchtlich sein. Auch im Jahr 2023 werden sich die Raten nur allmählich beruhigen und die Inflation dürfte im Durchschnitt noch bei 3,4 Prozent liegen (Tabelle 2).

Während sich der Arbeitsmarkt robust zeigt, bleiben die öffentlichen Haushaltsdefizite länger auf erhöhtem Niveau. Die Beschäftigung dürfte ihre Erholung von der Corona-Krise trotz der Kriegsfolgen fortsetzen, auch wenn das Tempo nachlassen dürfte. Die kriegsbedingte konjunkturelle Belastung dürfte hauptsächlich über die Arbeitszeit und Arbeitsproduktivität abgefangen werden. Maßgeblich für das Festhalten an Beschäftigungsverhältnissen ist das hohe Maß an Arbeitskräfteknappheit. Diese wird sich infolge der Alterung weiter verschärfen. Zudem wirkt die kräftige Anhebung des gesetzlichen Mindestlohns im weiteren Prognosezeitraum beschäftigungsdämpfend. Die Arbeitslosenquote wird voraussichtlich schon in diesem Frühjahr das Vorkrisenniveau unterschreiten und in beiden Prognosejahren mit 4,9 Prozent (2022) und 4,7 Prozent (2023) neue gesamtdeutsche Tiefstände markieren. In den öffentlichen Haushalten hinterlassen die Reaktionen auf den Ukraine-Krieg und dessen wirtschaftliche Folgen indes deutlichere Spuren. Hierzu zählen Mehrausgaben für die Verteidigung sowie für Hilfen zugunsten einkommensschwacher Haushalte und für die Aufnahme von Flüchtlingen. Hinzu kommen höhere Ausgaben zur Unterstützung der Dekarbonisierung. Insgesamt wird damit das gesamtstaatliche Haushaltsdefizit im kommenden Jahr kaum zurückgeführt und bleibt in Relation zur Wirtschaftsleistung nach 2,5 Prozent in diesem Jahr mit 2,0 Prozent hoch.

Tabelle 2:
Eckdatentabelle für die wirtschaftliche Entwicklung

	2020	2021	2022	2023
Bruttoinlandsprodukt, preisbereinigt	-4,6	2,9	2,1	3,5
Bruttoinlandsprodukt, Deflator	1,6	3,0	2,9	3,3
Verbraucherpreise	0,5	3,1	5,8	3,4
Arbeitsproduktivität (Stundenkonzept)	0,4	0,9	-0,1	2,2
Erwerbstätige im Inland (1000 Personen)	44.898	44.920	45.508	45.735
Arbeitslosenquote (Prozent)	5,9	5,7	4,9	4,7
<i>In Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt</i>				
Finanzierungssaldo des Staates	-4,3	-3,7	-2,5	-2,0
Schuldenstand	69,1	69,4	68,0	65,1
Leistungsbilanz	7,1	7,4	4,1	4,6

Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise, Arbeitsproduktivität: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent; Arbeitslosenquote: Abgrenzung der Bundesagentur für Arbeit.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.2*; Deutsche Bundesbank, *Monatsbericht*; Bundesagentur für Arbeit, *Monatsbericht*; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

Finanzierungsbedingungen verschlechtern sich leicht

Die EZB vollzieht einen vorsichtigen Kurswechsel in der Geldpolitik. Die Leitzinsen verbleiben vorerst auf ihren niedrigen Niveaus (Einlagesatz: -0,5 Prozent, Hauptrefinanzierungssatz: 0 Prozent, Spitzenrefinanzierungssatz: 0,25 Prozent). Wie nach der jüngsten Zusammenkunft des EZB-Rats am 10. März verlautbart, werden die Anleihekäufe – schneller als bisher vom Markt erwartet – wohl zur Jahresmitte beendet, sofern sich dann der Inflationsausblick im Einklang mit dem mittelfristigen Inflationsziel befindet. Die Zinsen könnten dann „einige Zeit“ nach dem Ende der Anleihekäufe angehoben werden. Die aktuelle Inflation im Euroraum und auch in Deutschland überschieß das 2-Prozent Ziel der EZB erheblich und auch die Kernraten deuten auf einen breiten Inflationsdruck hin (Boysen-Hogrefe et al. 2022: Kasten 2). Die Inflationsprognosen für die kommenden Jahre – etwa vom Mitarbeiterstab der EZB – wurden stark nach oben revidiert. Auch die marktbasierten Inflationserwartungen liegen mittelfristig sehr nah am Inflationsziel und für die kurze Frist gehen sie sogar deutlich darüber hinaus. Insgesamt gehen wir von zwei Zinsschritten in diesem Jahr aus. Der Hauptrefinanzierungssatz dürfte somit am Ende des Jahres bei 0,25 Prozent liegen (Tabelle 3).

Die Nettoanleihekäufe laufen Mitte des Jahres aus. Der Bestand des regulären Ankaufprogramms belief sich Ende Februar auf 3163 Mrd. Euro und die Nettoankäufe betrugen 20 Mrd. Euro pro Monat. Im regulären Ankaufprogramm entfallen 2517 Mrd. Euro auf Staatsanleihen. Im Rahmen des pandemischen Ankaufprogramms wurden bis Ende Januar 1631 Mrd. Euro gekauft. Davon entfallen 1581 Mrd. Euro auf Staatsanleihen. Der Rhythmus der Nettoankäufe im pandemischen Ankaufprogramm lag im Februar bei 40 Mrd. Euro pro Monat und wurde von 50 Mrd. Euro im Januar zurückgeführt. Im vierten Quartal 2021 hatten die durchschnittlichen Käufe noch 60 Mrd. Euro betragen. Das Programm läuft nun, wie anvisiert, Ende März aus. Das reguläre Ankaufprogramm wird dann im April auf 40 Mrd. Euro ausgeweitet. Die Anleihekäufe werden also zusammengekommen um 20 Mrd. Euro reduziert. Im Mai und Juni fallen die Ankäufe dann auf

30 bzw. 20 Mrd. Euro. Im jüngsten Beschluss wurde erneut darauf verwiesen, dass die Reinvestitionen aus dem pandemischen Ankaufprogramm flexibel über die Länder und Assetklassen verteilt werden können. Explizit wurde betont, dass die griechischen Anleihen, welche im Rahmen des regulären Ankaufprogrammes nicht gekauft wurden, bei den Reinvestitionen des pandemischen Ankaufprogrammes berücksichtigt werden. Die geschätzten Reinvestitionen für Staatsanleihen im regulären Ankaufprogramm im Jahr 2022 werden von der EZB mit 230 Mrd. Euro veranschlagt, also rund 20 Mrd. Euro pro Monat. Für das pandemische Ankaufprogramm gibt es keine Angabe seitens der EZB. Die gewichtete durchschnittliche Laufzeit des Bestandes an Staatsanleihen ist aber sehr ähnlich wie im regulären Ankaufprogramm, sodass man schätzungsweise von 142 Mrd. Euro (12 Mrd. pro Monat) ausgehen kann. Die Reinvestitionen für Staatsanleihen betragen somit rund 30 Mrd. Euro pro Monat.

Die längerfristigen Refinanzierungsgeschäfte mit den Banken dürften von der EZB bei Bedarf verlängert werden. Im März beliefen sie sich auf 2201 Mrd. Euro. Die ersten Tender der längerfristigen Refinanzierungsgeschäfte (TLTRO-III) laufen ab September im Dreimonatsrhythmus aus. Die beiden Tender, welche im Jahr 2022 auslaufen, umfassen aber lediglich 86 Mrd. Euro. Im Jahr 2023 laufen insgesamt 1523 Mrd. Euro aus, welche anderweitig von den Banken refinanziert werden müssen. Der EZB-Rat hatte nach der jüngsten Entscheidung darauf hingewiesen, dass die Finanzierungsbedingungen der Banken beobachtet werden und sichergestellt wird, dass diese die geldpolitische Transmission nicht beeinträchtigen. Perspektivisch kann man also damit rechnen, dass die EZB den Übergang wohl mit einem neuen Programm absichern wird, wenngleich nicht mit den derzeit pandemiebedingt besonders günstigen Konditionen.

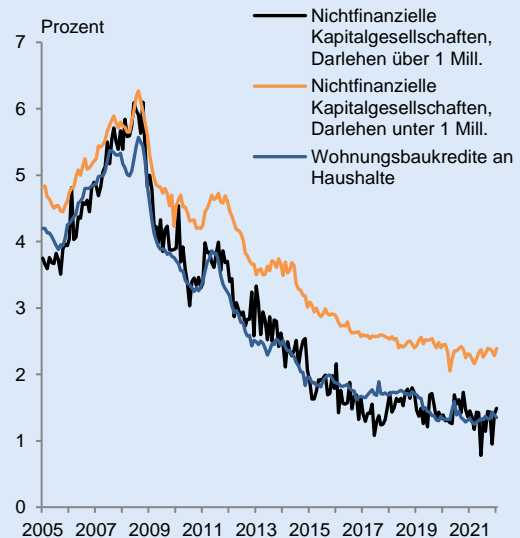
Tabelle 3:
Rahmendaten für die Konjunktur 2020–2023

	2020				2021				2022				2023			
	I	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III	IV
Leitzins der EZB	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,10	0,25	0,50	0,75	1,00	1,00
Langfristige Zinsen	-0,41	-0,48	-0,45	-0,56	-0,47	-0,23	-0,35	-0,22	0,10	0,40	0,60	0,70	0,80	0,90	1,10	1,10
US-Dollar/ Euro	1,10	1,10	1,17	1,19	1,21	1,21	1,18	1,14	1,12	1,12	1,12	1,12	1,12	1,12	1,12	1,12
Preisliche Wettbewerbsfähigkeit	88,9	90,5	91,0	90,9	91,6	91,7	91,1	89,9	89,1	88,9	89,0	89,3	89,2	88,9	88,6	88,4
Exportmärkte	-2,9	-8,9	9,9	0,6	0,5	2,0	1,7	1,0	0,2	0,4	0,8	0,8	0,8	0,7	0,6	0,6
Rohölpreis	51,2	33,4	43,4	45,3	61,1	69,1	73,2	79,8	96,6	105,0	101,0	97,0	92,0	88,0	86,0	85,0

Leitzins der EZB: Hauptrefinanzierungssatz; langfristige Zinsen: Rendite 9–10-jähriger Bundesanleihen; preisliche Wettbewerbsfähigkeit: gegenüber 60 Ländern auf Basis von Verbraucherpreisen, Index: 1991 I = 100, steigende Werte bedeuten eine Verschlechterung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit; Exportmärkte: Bruttoinlandsprodukt in 41 Ländern, gewichtet mit Anteilen am deutschen Export, Veränderung gegenüber Vorquartal. Rohölpreis: US-Dollar je Barrel North Sea Brent.

Quelle: EZB, Monatsbericht; Deutsche Bundesbank, Monatsbericht; IMF, International Financial Statistics; EIA; Berechnungen des Ifw Kiel; grau hinterlegt: Prognose des Ifw Kiel.

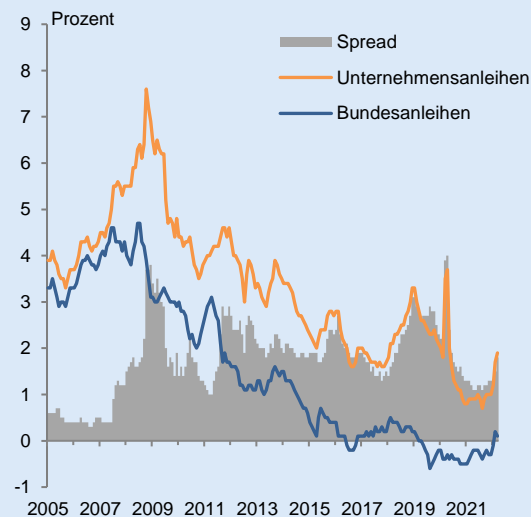
Die Finanzierungskosten für den privaten Sektor verbleiben zunächst auf niedrigen Niveaus. Die Darlehenszinsen für Neukredite lagen zuletzt noch sehr niedrig. Bei Laufzeiten zwischen einem und fünf Jahren fielen im Januar 1,5 Prozent für größere und 2,4 Prozent für kleinere Kredite an nichtfinanzielle Unternehmen an, während Wohnungsbaukredite mit 1,4 Prozent verzinst wurden (Abbildung 3). Die Finanzierungskosten über die Kapitalmärkte haben sich zuletzt leicht verteuert. Die Renditen von Unternehmensanleihen mit einer mittleren Laufzeit von über drei Jahren lagen durchschnittlich im März bei 1,9 Prozent und somit 1,2 Prozentpunkte höher als der historische Tiefstand von 0,7 Prozent im August 2021 (Abbildung 4). Im Vergleich zum Januar 2022 ist die Rendite um 0,7 Prozentpunkte gestiegen. Der Zinsabstand gegenüber Bundesanleihen mit ähnlicher Laufzeit betrug zuletzt 1,8 Prozentpunkte und ist im Vergleich zum Januar um 0,5 Prozentpunkte gestiegen. Im vergangenen Jahr betrug der Zinsabstand im Schnitt 1,2 Prozentpunkte. Die Rendite zehnjähriger Bundesanleihen, die häufig als Indikator für das Zinsniveau ohne individuelle Risikoaufschläge herangezogen wird, betrug zuletzt erneut 0,3 Prozent. Mitte Februar hatte der Zins schon bei 0,3 Prozent gelegen, fiel dann aber wieder auf -0,1 Prozent durch die sich ausbreitende Unsicherheit durch den Krieg in der Ukraine. Bis zum Ende des Prognosezeitraums dürfte sie auf 1,1 Prozent steigen (Tabelle 3).

Abbildung 3:
Darlehenszinsen


Monatsdaten; bei Neugeschäften, Laufzeit 1-5 Jahre, ohne Überziehungen.

Quelle: Deutsche Bundesbank, MFI-Zinsstatistik.

Abbildung 4:
Kapitalmarktzinsen



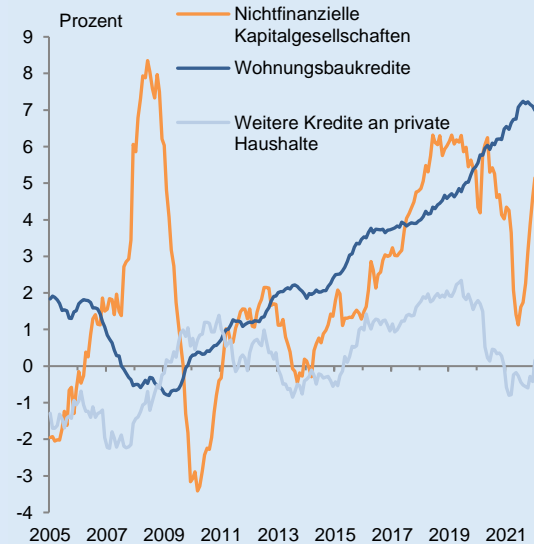
Monatsdaten, Renditen; mittlere Restlaufzeiten von über drei Jahren.

Quelle: Deutsche Bundesbank, Monatsbericht; Berechnungen des IfW Kiel.

Im Zuge des Ukraine-Kriegs gaben die Kurse an den Aktienmärkten deutlich nach. Mit Beginn des Kriegs ist die Unsicherheit stark gestiegen. Der VDAX, der als Indikator für Unsicherheit an den Aktienmärkten gilt, stieg seit Mitte Februar merklich an. Verglichen mit seinem Wert zu Jahresbeginn fiel der Deutsche Aktienindex (DAX) in der Spitze (8. März) um fast 20 Prozent. Er erholte sich zuletzt und liegt nun Mitte März rund 15 Prozent unter seinem Wert zu Jahresbeginn. In den Vereinigten Staaten ist der S&P 500 seit Jahresbeginn bis zum 8. März um 13 Prozent gefallen und erholte sich bis zuletzt nicht signifikant. Die Preise für Wohnimmobilien in Deutschland sind nur bis zum dritten Quartal 2021 verfügbar; sie lagen 12 Prozent höher als ein Jahr zuvor. In den vier Quartalen zuvor betrug die Vorjahresrate durchschnittlich 9 Prozent. Seitdem die Wohnimmobilienpreise 2010 ihren Aufwärtstrend begannen, sind sie um 87 Prozent gestiegen.

Die Kreditexpansion setzte sich unvermindert fort. Das Volumen der Kredite an den nichtfinanziellen privaten Sektor lag Ende Januar 5,5 Prozent über dem Wert von vor einem Jahr. Eine starke Dynamik war weiterhin bei den Wohnungsbaukrediten zu beobachten, die einen Zuwachs von nunmehr 7 Prozent aufwiesen

Abbildung 5:
Kreditexpansion



Veränderung gegenüber dem Vorjahresmonat; Monatsdaten.

Quelle: Deutsche Bundesbank, Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen; Berechnungen des IfW Kiel.

(Abbildung 5). Im vierten Quartal des Jahres 2021 hatte der durchschnittliche Zuwachs 7,2 Prozent betragen. Die Kredite an nichtfinanzielle Unternehmen lagen mit 5,2 Prozent ebenfalls weiter deutlich über dem Wert des Vorjahresmonats und setzten damit ihren Aufwärtstrend seit Mitte des Jahres 2021 fort. Die Konsumentenkredite und sonstigen Kredite an private Haushalte stiegen zuletzt mit 0,2 Prozent, nachdem sie im Jahr 2021 stets im negativen Bereich gelegen hatten. Der Trend bei den nichtfinanziellen Unternehmen zur zunehmenden Finanzierung über die Kapitalmärkte hält an. Seit Beginn der Pandemie betrug der durchschnittliche Anstieg der Neuemissionen von Anleihen 11 Prozent pro Jahr, während der Anstieg der Neukredite bei nur 5 Prozent pro Jahr lag. Ende Januar lag die Vorjahresrate bei Anleihen bei 9,5 Prozent und bei Krediten bei 5,5 Prozent. Das Volumen der Bankkredite an die nichtfinanziellen Unternehmen ist aber noch fast zweieinhalbmal so hoch wie das der Anleihen.

Finanzpolitik weiterhin im Krisenmodus

Mit dem Rückgang der pandemiebezogenen Maßnahmen wirkt die Finanzpolitik im Jahr 2022 gegenüber dem Vorjahr restriktiv.

Corona-Hilfen für Selbständige und Unternehmen stehen zwar zumindest in der ersten Jahreshälfte noch zur Verfügung, werden aber im Vergleich zu den beiden Vorjahren eine deutlich geringere Rolle spielen. Zudem dürften die Ausgaben für die Bereitstellung von Tests, Impfungen und Krankenhauskapazitäten merklich sinken. Das Budget des Staates wird ferner durch höhere Zusatzbeiträge einzelner gesetzlicher Krankenkassen, höhere Beiträge für die Pflegeversicherung, den Anstieg der CO₂-Abgabe und merklich höhere Tabaksteuersätze entlastet. Dem stehen allerdings diverse Steuermindereinnahmen unter anderem durch verbesserte Abschreibungsmöglichkeiten und einen höheren Grundfreibetrag entgegen. Zudem dürfte es höhere Ausgaben im Bereich Verteidigung geben und die bereits im vergangenen Jahr eingeführte Grundrente im laufenden Jahr vermehrt zur Auszahlung kommen. Expansive Effekte gehen ferner von den jüngst beschlossenen Maßnahmen zur Entlastung der privaten Haushalte angesichts stark gestiegener Energiepreise aus.¹ Mehrausgaben dürften auch durch den Anstieg der Fluchtmigration im Zuge des Kriegs in der Ukraine entstehen. Das Ausmaß des Zustroms und die damit verbundenen Ausgaben lassen sich derzeit kaum abschätzen. Für diese Prognose veranschlagen wir Mehrausgaben von 15 Mrd. Euro pro Jahr. Alles in allem ist mit einem deutlich restriktiven Impuls von Seiten der öffentlichen Hand zu rechnen. Wir schätzen die Budgetwirkung der finanzpolitischen Maßnahmen auf 29 Mrd. Euro. Werden automatische Reaktionen berücksichtigt, steigt dieser Betrag auf fast 34 Mrd. Euro bzw. 0,9 Prozent in Relation zum Bruttoinlandsprodukt (Tabelle 4).

Die Finanzpolitik im Jahr 2023 dürfte einen expansiven Impuls liefern. Unter der Annahme, dass die Corona-Maßnahmen im Jahr

2022 weitgehend auslaufen, stellt sich dadurch im Jahr 2023 eine weitere Entlastung des Budgets ein. Darüber hinaus dürfte der Beitragssatz zur Arbeitslosenversicherung steigen, und die CO₂-Abgabe wird weiter erhöht. Zugleich ist aber mit deutlichen Mehrausgaben im Bereich Verteidigung zu rechnen. Steuermindereinnahmen größeren Umfangs dürfte zudem der turnusmäßig anstehende Ausgleich der „kalten Progression“ mit sich bringen. Relevant ist dabei der Deflator des privaten Konsums, wie er im Herbst des Jahres 2022 für das ablaufende Jahr geschätzt wird (Boysen-Hogrefe 2021). Nach unserer Prognose dürfte sich dieser Wert auf 5,5 Prozent belaufen. Weitere Steuermindereinnahmen sind durch die vom Bundesverfassungsgericht angezeigte Reform der Besteuerung der Alters-einkünfte zu erwarten. Bisher kam es zu einer stufenweisen Entlastung der Rentenbeitragszahler, die im Jahr 2025 abgeschlossen worden wäre. Nun ist davon auszugehen, dass die letzten beiden Stufen vorgezogen werden. Zudem dürfte die Abschaffung der EEG-Umlage im Jahr 2022 die öffentlichen Haushalte erst im Jahr 2023 belasten, da 2022 noch bestehende Rücklagen innerhalb des EEG-Umlagesystems zur Finanzierung genutzt werden können. In der Summe dürften die finanzpolitischen Maßnahmen einen belastenden Effekt auf den Budgetsaldo haben. Unter der Berücksichtigung automatischer Reaktionen ist mit einer Budgetbelastung von gut 13 Mrd. Euro (0,3 Prozent in Relation zum Bruttoinlandsprodukt) zu rechnen.

Im Vergleich zur Zeit vor der Pandemie ist die Finanzpolitik deutlich expansiver ausgerichtet. Dem restriktiven Impuls im Jahr 2022 und der leicht expansiven Ausrichtung im Jahr 2023 gingen zwei Jahre mit einer deutlich expansiven Finanzpolitik voraus. Während das Jahr 2019 noch strukturelle Überschüsse aufwies, ist auch für das Jahr 2023 mit beträchtlichen strukturellen Defiziten zu rechnen, die zu einem Großteil auf finanzpolitische Maßnahmen zurückzuführen sind. Der Bund hat in Form von Sondervermögen die Voraussetzungen dafür geschaffen, dass auch nach der für das Jahr 2023 angekündigten Rückkehr zur Normalität der Schuldenbremse

¹ Die in Aussicht gestellten Maßnahmen umfassen die Abschaffung der EEG-Umlage, Einmalzahlungen bei Wohngeld, BAföG und in den Grundsicherungssystemen, sowie steigende Frei- und Abzugsbeträge in der

Einkommensteuer. Weitere Maßnahmen, die jüngst im Zusammenhang mit den zusätzlichen Energiepreisanstiegen durch den Ukraine-Krieg diskutiert wurden, sind nicht berücksichtigt.

Finanzierungsdefizite größeren Umfangs mit den Vorgaben der Schuldenbremse vereinbar sind. Vorrangig ist hier die Umbewertung der Sondervermögen des Bundes in

der Abrechnung der Schuldenbremse und das jüngst angekündigte Sondervermögen für die Bundeswehr zu nennen.²

Tabelle 4
Budgetwirkungen finanzpolitischer Maßnahmen

	2022	2023
Einnahmen der Gebietskörperschaften		
Rentenbesteuerung/Altereinkünftegesetz	-1,7	-5,2
Solidaritätszuschlag	-1,4	-0,5
Zweites Familienentlastungsgesetz	-3,7	-0,6
Abbau kalte Progression	0,0	-12,0
Anhebung Grundfreibetrag	-3,0	0,0
Anhebung Arbeitnehmerpauschbetrag und Pendlerpauschale	-1,8	0,0
4. Corona-Steuerhilfegesetz	-0,2	-3,3
Temporäre Umsatzsteuersenkung	6,6	0,0
Umsatzsteuer Gastronomie	0,3	2,9
Forschungszulagen	-0,4	-0,1
Degressive AfA	-3,5	0,4
Zweites Corona-Steuerhilfegesetz (übrige Elemente)	-3,6	0,4
Abschreibung EDV	-3,8	0,8
Anhebung Tabaksteuersätze	1,8	0,6
Fondsstandortgesetz und "Modernisierung" KSt	-0,4	-0,1
Sonstige Steueränderungen	0,7	3,5
CO ₂ -Abgabe	1,5	1,5
Anhebung Rundfunkbeitrag	0,2	0,0
Einnahmen der Sozialversicherungen		
Anhebung Zusatzbeitrag in der GKV	0,5	0,0
Beitragssatz Pflegeversicherung	0,5	0,0
Beitragssatz Arbeitslosenversicherung	0,0	2,5
Änderung der Insolvenzgeldumlage	-0,2	0,0
Ausgaben der Gebietskörperschaften		
Corona-Hilfen für Unternehmen und Selbständige	41,0	5,0
Kinderbonus	2,2	0,0
Anhebung Kinderzuschlag	-0,5	-0,5
Corona-Einmalzahlung in den Grundsicherungssystemen	0,9	0,6
Pflegeboni	-0,5	1,0
Wohngeld/BAföG	-0,2	0,2
Kauf von Schutzausrüstung, Test- und Impfkampagne	10,0	5,0
Subvention im Gesundheitssektor während der Corona-Epidemie	10,0	3,0
Zuschuss EEG-Umlage bzw. Abschaffung	1,8	-5,0
Kaufbonus E-Mobilität / Tank- und Ladeinfrastruktur	-1,5	0,0
Eigenkapitalhilfe DB AG	2,0	0,0
Aufbauhilfe 2021 (Flut)	-2,0	0,0
Förderung Kita und Ganztagsbetreuung	0,5	2,0
Weitere Subventionen des Bundes	-1,2	-5,5
Weitere Ausgaben	1,0	0,4
Aufstockung der Gasreserve	-1,5	1,5
Aufstockung Bundeswehretat	-5,0	-17,0
Zusätzliche Ausgaben Fluchtmigration Ukraine-Krieg	-15,0	0,0
Ausgaben der Sozialversicherungen		
Ausweitung der Kurzarbeit	2,5	0,5
Pflegereform	-1,5	0,0
Weitere Maßnahmen in den Bereichen Gesundheit und Pflege	-0,3	0,0
Anpassung der Renten Ost	-0,4	-0,4
Erwerbsminderungsrenten	-0,1	-0,1
Grundrente	-1,7	0,8
Zwischensumme	29,0	-17,7
Automatische Reaktionen		
Progressionseffekte (Einkommensteuer)	7,9	8,3
Endogener Rückgang von Steuerquoten (Mengensteuern)	-3,2	-3,8
Summe	33,7	-13,2
In Relation zum BIP	0,9	-0,3

² Zur neuen Rolle der Sondervermögen in der Schuldenbremse siehe Boysen-Hogrefe (2022). Die dort genannte Zahl von 92 Mrd. Euro ist nach dem Haushaltsabschluss des Jahres 2021 und unter Berücksichtigung des nach den Flutereignissen neu eingerichteten

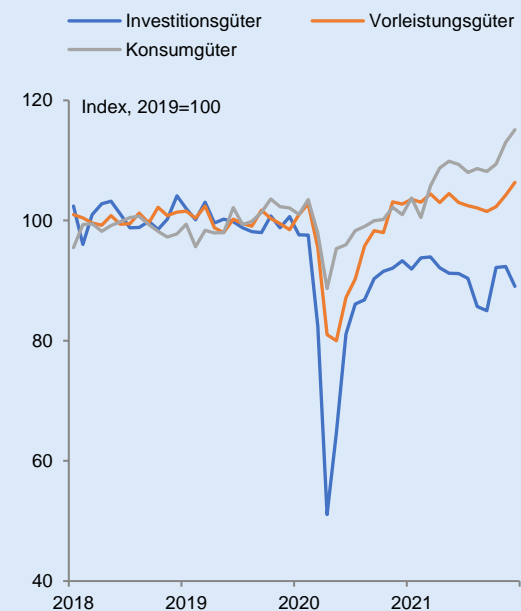
Sondervermögens überholt. Insgesamt belaufen sich die relevanten Rücklagen der Sondervermögen derzeit auf 112 Mrd. Euro (Deutsche Bundesbank 2022).

Ukraine-Krieg belastet Außenhandel

Der Außenhandel expandierte im vergangenen Jahr trotz Belastungsfaktoren durch die Pandemie kräftig. Die Exporte stiegen im vierten Quartal überraschend stark,³ nachdem sich die Erholung im Verlauf des Jahres 2021 nicht zuletzt aufgrund von Engpässen bei Vorleistungsgütern verlangsamt hatte und im dritten Quartal sogar zum Erliegen gekommen war. Der Anstieg war über die Gütergruppen (auch in preisbereinigter Betrachtung) breit angelegt. Demnach expandierten auch die Exporte von Investitionsgütern nach Rückgängen in den beiden Vorquartalen kräftig, insbesondere weil die Automobilindustrie, die spürbar von Lieferengpässen wichtiger Komponenten betroffen war, wieder mehr Produkte ins Ausland lieferte. Die Importe stiegen im Schlussquartal ebenfalls deutlich, nachdem zuvor auch ihre Erholung ins Stocken geraten war. Besonders kräftig legten die preisbereinigten Importe von Konsumgütern zu; zudem ließen die Importe von Investitionsgütern ihre seit Anfang 2021 andauernde Schwächephase hinter sich. Die Erholung bei den Dienstleistungsimporten setzte sich trotz der Pandemiewelle im Herbst fort. Insgesamt lagen damit sowohl die Exporte als auch die Importe im Jahr 2021 nur noch leicht unter ihren Niveaus aus dem Vorpandemiejahr 2019. Das Volumen im Warenhandel hat das Niveau aus dem Jahr 2019 sogar trotz der Belastung durch Lieferengpässe, die dazu führten, dass vor allem die Exporte von Investitionsgütern hinter ihrem Vorkrisenniveau und der Auftragsentwicklung zurückblieben (Abbildung 6), bereits überschritten. Der Dienstleistungshandel lag dagegen – vor allem importseitig – noch deutlich unter dem Vorkrisenniveau. Regional war die Erholung im Außenhandel im vergangenen Jahr breit gefächert. Eine nennenswerte Ausnahme ist das Vereinigte Königreich, das Ende des Jahres 2020 aus der Europäischen Union ausgeschieden war. Sowohl die Exporte als auch die Importe sanken im Jahr 2021 nach dem pandemiebedingten Einbruch im Jahr

2020 weiter. Der Anteil des Landes an den deutschen Warenexporten fiel seit dem Brexit-Votum um knapp 3 Prozentpunkte auf nunmehr 4,8 Prozent. Bei den Importen verringerte sich der Anteil von reichlich 4 Prozent auf 2,7 Prozent.

Abbildung 6:
Exporte nach Gütergruppen

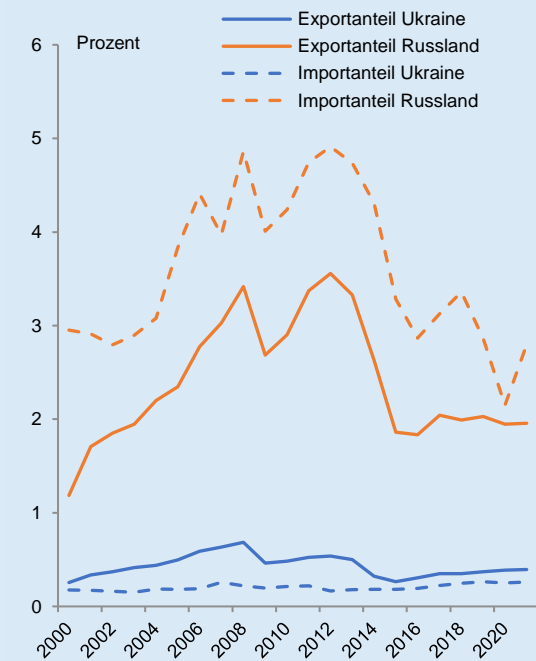


Russland und die Ukraine spielen abgesehen von Rohstoffimporten eine recht geringe Rolle für den Außenhandel. Russland hat als Handelspartner für Deutschland seit der Annexion der Krim im Jahr 2014 und den damit einhergehenden Sanktionen, die mit einem Einbruch der deutschen Exporte nach Russland um 40 Prozent einhergingen, merklich an Bedeutung verloren (Abbildung 7). Der Anteil Russlands an den Warenexporten beträgt seit 2015 rund 2 Prozent; zuvor hatte er noch bei über 3 Prozent gelegen. Insbesondere Maschinen, Kraftwagen und Kraftwagenteile sowie chemische und

³ Hierbei ist zu berücksichtigen, dass im vierten Quartal eine auffällig hohe Diskrepanz zwischen den Angaben zu den Warenexporten gemäß der Zahlungsbilanzstatistik (Deutsche Bundesbank) einerseits und den VGR (Statistisches Bundesamt) andererseits zu

beobachten war, die offenbar auf konzeptionelle Unterschiede in der Saisonbereinigung zurückzuführen ist. Laut Zahlungsbilanzstatistik war der Anstieg der Exporte wesentlich geringer.

Abbildung 7:
Bedeutung Russlands und der Ukraine für den deutschen Außenhandel



Jahresdaten. Anteil Russlands und der Ukraine an den gesamten deutschen Warenexporten bzw. -importen.

Quelle: Statistisches Bundesamt via Refinitiv Datastream; Berechnungen des IfW Kiel.

pharmazeutische Erzeugnisse werden nach Russland geliefert; diese vier Gütergruppen machen rund 60 Prozent der gesamten deutschen Warenexporte nach Russland aus. Der Anteil Russlands an den Warenimporten betrug zuletzt 2,8 Prozent, und lag damit rund 2 Prozentpunkte niedriger als in den Jahren vor dem Ukraine-Konflikt 2014. Drei Viertel der Importe aus Russland entfallen auf Energiegüter, was rund einem Viertel der gesamten Energieimporte Deutschlands entspricht. Beim Rest handelt es sich überwiegend um Importe von Vorleistungsgütern. Hier kommt Russland bei einzelnen Rohstoffen eine vergleichsweise hohe Bedeutung zu. So

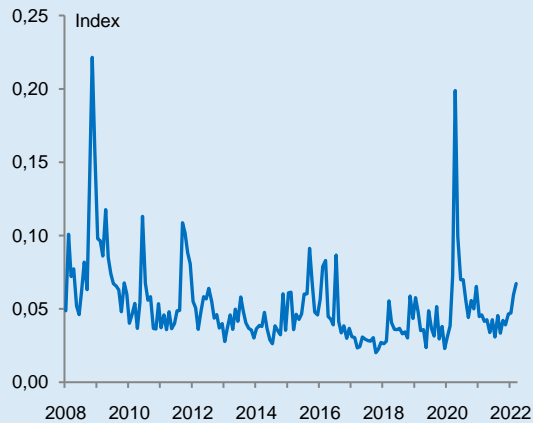
stammen reichlich 10 Prozent der deutschen Importe von Nichteisenmetallen aus Russland; dabei liegt der Anteil bei Nickel und Waren daraus mit rund 25 Prozent besonders hoch, bei Kupfer beträgt der Anteil rund 8 Prozent, und bei Blei und Aluminium jeweils rund 5 Prozent. Der Anteil der Ukraine an den deutschen Exporten und Importen beträgt jeweils unter 0,5 Prozent.

Dennoch belastet der Ukraine-Krieg das Exportgeschäft in der ersten Jahreshälfte. Im ersten Quartal wären die Exporte – nicht zuletzt aufgrund der anhaltenden Lieferengpässe –, wohl auch ohne die Invasion Russlands in die Ukraine zurückgegangen. Darauf deuten die Monatsdaten im Spezialhandel hin, die bis einschließlich Januar vorliegen. Der Ukraine-Krieg belastet das Exportgeschäft zusätzlich; die quantitativen Auswirkungen sind jedoch derzeit schwer abschätzbar. Die Lieferungen nach Russland dürften durch die Sanktionen, die deutlich über die im Jahr 2014 verhängten Einschränkungen hinaus gehen (Gern et al. 2022: Kasten 1), sowie durch den freiwilligen Rückzug vieler Unternehmen aus dem russischen Markt ab März erheblich zurückgehen. Wir gehen allerdings davon aus, dass angesichts der guten Auftragslage ein Gutteil der für Russland und die Ukraine produzierten Waren in andere Länder umgelenkt werden kann.⁴ Über die direkten Effekte auf die Exporte hinaus dürfte der Krieg zumindest kurzfristig zu weiteren Störungen internationaler Lieferketten führen, wodurch die Exporte auch indirekt wegen fehlender Vorleistungsgüter belastet werden. Zudem hat sich die Unsicherheit in den Abnehmerländern erhöht, was sich dämpfend auf die Nachfrage nach Investitionsgütern auswirken kann. Der Anstieg des auf Aktienvolatilitäten basierenden Unsicherheitsmaßes ist bislang jedoch vergleichsweise gering (Abbildung 8).

⁴ Dies gilt freilich nur für hinreichend diversifizierte Unternehmen, die nicht in hohem Maße auf die betroffenen Länder spezialisiert sind, und kurzfristig kann es dabei zu Friktionen kommen. Ein Großteil der deutschen Exporte wird von großen Unternehmen getätigt. Insgesamt sind die 5 Prozent der größten exportierenden Unternehmen für rund 85 Prozent aller Exporte verantwortlich (Wagner 2015). Diese Unternehmen sind typischerweise auf vielen Absatzmärkten aktiv (Wagner 2012) – nur 2,4 Prozent des Exportwerts in Deutschland wurde 2018 von Unternehmen

erwirtschaftet, die nur auf einen Exportmarkt ausgerichtet sind (Fauth, Jung und Kohler 2021) –, sodass wir davon ausgehen, dass sie bei guter Auftragslage vergleichsweise leicht Lieferungen regional umschichten können. Allerdings haben auch große Unternehmen häufig Hauptkunden, die für ihre Geschäftstätigkeit besonders bedeutsam sind (Kramarz et al. 2020) und könnten stärker durch den Krieg in Mitleidenschaft gezogen werden, sofern sie ihr Geschäft besonders auf Russland oder die Ukraine ausgerichtet haben.

Abbildung 8:
Unsicherheit in den deutschen Abnehmerländern



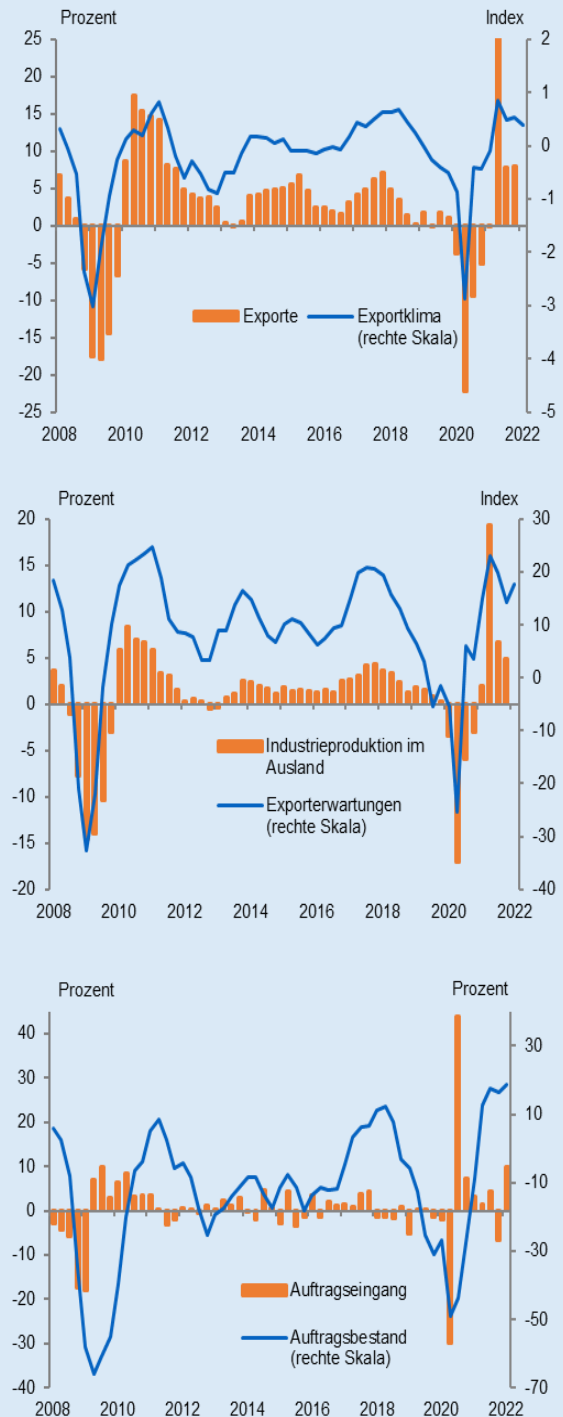
Monatsdaten; Aktienkursvolatilitäten basierend auf Tagesdaten für Aktienkurse in 46 Abnehmerländern gewichtet mit Anteilen an den deutschen Ausfuhren. Letzter Wert: 10.03.2021.

Quelle: Nationale Quellen; Berechnungen des IfW Kiel.

Wenn die Störungen in internationalen Lieferketten allmählich nachlassen, setzen die Exporte ihre Erholung fort. In unserer Winterprognose waren wir noch davon ausgegangen, dass sich im ersten Halbjahr eine deutliche Besserung im Hinblick auf Knappheiten bei Vorleistungsgütern einstellt und die Exporte schwungvoll expandieren. Aufgrund des Ukraine-Kriegs rechnen wir nun damit, dass sich die Lieferengpässe erst im zweiten Halbjahr allmählich lösen. Dann kann der hohe Auftragsbestand aus dem Ausland (Abbildung 9) nach und nach abgearbeitet werden, und die Exporte werden kräftig steigen. Auch vom Neugeschäft dürften weiterhin Impulse ausgehen (Abbildung 10), auch wenn die weltwirtschaftliche Erholung von der Corona-Pandemie durch die Auswirkungen des Kriegs spürbar belastet wird (Gern et al. 2022). Alles in allem rechnen wir nach einem Anstieg der Exporte von 9,9 Prozent im Jahr 2021 mit einem Anstieg von 4,2 Prozent im laufenden Jahr, gefolgt von 6,6 Prozent im Jahr 2023 (Abbildung 11).

Die Importe schwächeln vorübergehend. Im ersten Quartal dürften die Importe wohl zurückgegangen sein. Darauf deuten bereits die preisbereinigten Monatswerte im Spezialhandel für Januar hin. Mit der Invasion Russlands in die Ukraine werden auch die Importe belastet, wenn gleich der direkte Effekt weniger stark ausfallen

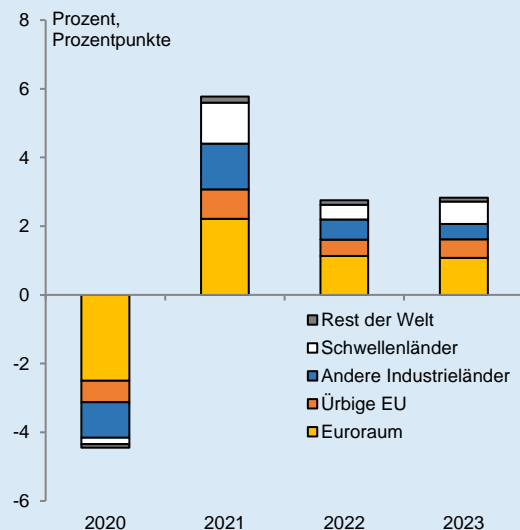
Abbildung 9:
Exportindikatoren



Quartalsdaten; Exporte, Industrieproduktion: preisbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorjahr; Auftragseingang: preisbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorquartal; Auftragsbestand: Nettoanteil der Unternehmen, der über günstige Auftragsbestände berichtet; Unternehmenszuversicht, Industrieproduktion: in 42 Ländern, gewichtet mit Anteilen am deutschen Export; Unternehmenszuversicht, Exporterwartungen, Auftragsbestand (Auftragseingang): Wert für aktuelles Quartal entspricht dem Durchschnitt der ersten beiden Monatswerte (dem ersten Monatswert) des jeweiligen Quartals.

Quelle: Deutsche Bundesbank, Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen; Thomson Reuters Datastream; ifo, Konjunkturperspektiven; Berechnungen des IfW Kiel.

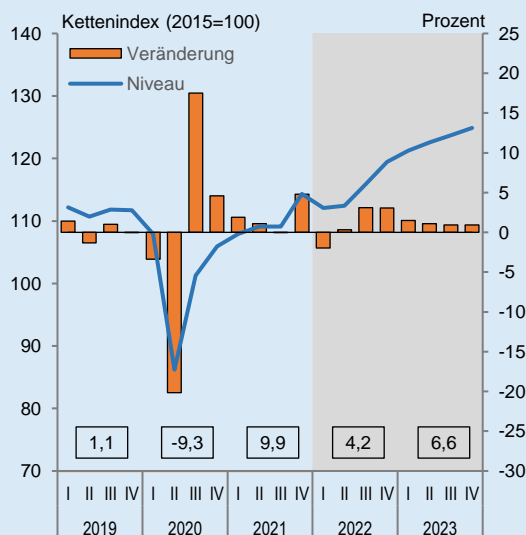
Abbildung 10:
Deutsche Exportmärkte



Jahresdaten, preisbereinigt. Bruttoinlandsprodukt in 110 Ländern, gewichtet mit Anteilen am deutschen Export, Veränderung gegenüber Vorjahr.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 7, Reihe 1; nationale Quellen; Berechnungen und Prognosen des IfW Kiel.

Abbildung 11:
Exporte



Quartalsdaten: preis-, kalender- und saisonbereinigt; Veränderung gegenüber dem Vorquartal (rechte Skala). Jahresdaten: preisbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent (gerahmt).

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 18, Reihe 1.2 und 1.3; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

dürfte als bei den Exporten. Maßgeblich ist, dass drei Viertel der Importe aus Russland Energiegüter sind und diese unseren Annahmen zufolge aufgrund der hohen Abhängigkeit von Russland

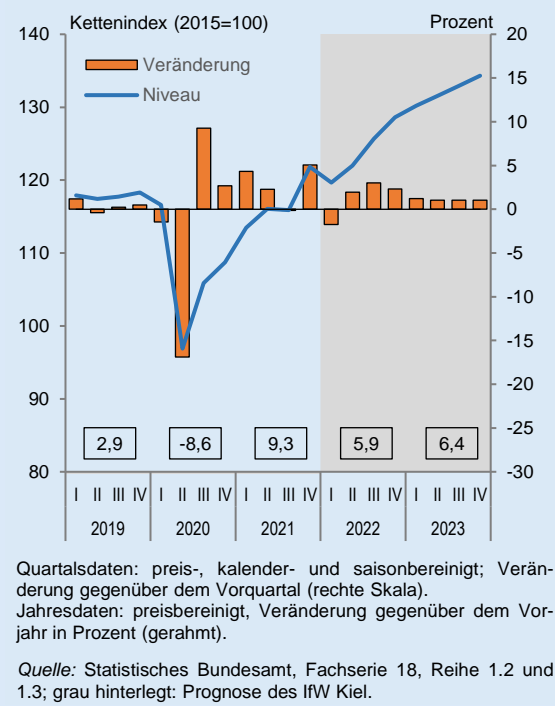
nicht mit direkten Sanktionsmaßnahmen belegt werden. Im Zuge der Erholung der Binnenkonjunktur ab dem Frühjahr legen auch die Importe wieder zu. Zur kräftigen Expansion trägt auch die weitere Erholung der Dienstleistungsimporte, insbesondere des Reiseverkehrs bei. Insgesamt werden die Importe nach einem Anstieg von 9,3 Prozent im vergangenen Jahr im Jahr 2022 wohl um 5,9 Prozent steigen. Für das Jahr 2023 rechnen wir mit einem Anstieg um 6,4 Prozent (Abbildung 12).

Der ohnehin hohe Preisauftrieb im Außenhandel verstärkt sich durch den Ukraine-Krieg weiter. Die Importpreise sind im Zuge der Erholung von dem Corona-Schock im Jahr 2020 vor allem aufgrund von steigenden Preisen für Rohstoffe und Vorleistungsgüter stark gestiegen (Kasten 2). Die Teuerung zeigt sich auch bei den Exporten deutlich, wenngleich in geringerem Maße. Im vierten Quartal setzte sich diese Entwicklung fort, wobei sich die Preisdynamik bei den Importen deutlich verstärkte, sodass sich die Terms of Trade so stark verschlechterten wie nie zuvor im wiedervereinigten Deutschland. Im laufenden Quartal hat sich die hohe Dynamik gemäß der monatlichen Preise im Außenhandel wohl fortgesetzt und die Terms of Trade dürften sich weiter deutlich verschlechtert haben; auch für das zweite Quartal ist angesichts der jüngsten Sprünge bei den Energie- und Rohstoffpreisen nicht mit einer Besserung zu rechnen. Im weiteren Verlauf nimmt der Preisauftrieb gegeben unserer Wechselkurs- und Rohstoffpreisannahmen allmählich ab. Im kommenden Jahr werden bei fallenden Rohstoffpreisen die Exportpreise stärker steigen als die Importpreise. Insgesamt rechnen wir mit einer Verschlechterung der Terms of Trade um 5,5 Prozent im laufenden Jahr. Im Jahr 2023 werden sie sich um 0,7 Prozent verbessern.

Der Leistungsbilanzüberschuss sinkt deutlich. Der Leistungsbilanzsaldo in Relation zum Bruttoinlandsprodukt war ausgehend von seinem Höchststand im Jahr 2015 von 8,6 Prozent geschrumpft und lag im Jahr 2021 bei rund 7 Prozent. Im laufenden Jahr legt das Exportvolumen zwar stärker zu als das Importvolumen, allerdings wirkt die starke Verschlechterung der Terms of Trade einem Anstieg des Leistungsbilanzsaldos entgegen und er wird voraussichtlich auf 4,1 Prozent deutlich schrumpfen. Im

kommenden Jahr wird er dann wieder auf 4,6 Prozent steigen. Der Saldo der Vermögenseinkommen aus dem Ausland hat keinen größeren Einfluss auf die Veränderung der Leistungsbilanz.

Abbildung 12:
Importe



Erholung im Verarbeitenden Gewerbe verzögert sich

Der Krieg in der Ukraine wird die Produktion im Verarbeitenden Gewerbe vor allem über neue Lieferengpässe belasten. Bereits im vergangenen Jahr wurde die Produktion im Verarbeitenden Gewerbe massiv durch Lieferengpässe behindert. Zwar stieg die Bruttowertschöpfung um 4,7 Prozent, nachdem sie im Jahr 2020 um 10 Prozent gesunken war. Insgesamt blieb sie aber um etwa 12 Prozent hinter dem Niveau zurück, das angesichts der hohen Auftrags-eingänge zu erwarten gewesen wäre ([Beckmann und Jannsen 2021](#); Beckmann et al. 2021). Nicht zuletzt Unternehmensbefragungen sprechen dafür, dass Lieferengpässe dafür maßgeblich waren. Nachdem im Oktober des vergangenen Jahres eine Entspannung eingesetzt hatte, zeichnet sich nun ab, dass durch den Krieg in der Ukraine

die Lieferengpässe wieder zunehmen und es zu einem weiteren Rücksetzer bei der Produktion kommt. So sprechen die Werkschließungen in der Automobilbranche aufgrund ausbleibender Lieferungen von Kabelbäumen aus der Ukraine dafür, dass die Produktion im März deutlich zurückgehen wird. Darüber hinaus werden die ohnehin noch angespannten Lieferketten durch den Krieg zusätzlich belastet, beispielsweise durch vorerst nicht mehr nutzbare Transportrouten, Engpässe bei anderen Vorleistungsgütern aus der Ukraine und Russland oder fehlende Arbeitskräfte aus der Ukraine. In welchem Ausmaß diese zusätzlichen Lieferengpässe auf die Produktion durchschlagen werden, ist derzeit schwer absehbar. Für unsere Prognose nehmen wir an, dass es durch die zusätzlichen Lieferengpässe im März zu einem deutlichen Rücksetzer kommen wird und sich die Bruttowertschöpfung im Durchschnitt des zweiten Quartals auf diesem niedrigeren Niveau bewegen wird. Im Ergebnis geht die Bruttowertschöpfung im zweiten Quartal um 2 Prozent zurück (Tabelle 5). Für die zweite Jahreshälfte gehen wir davon aus, dass die Engpässe wieder nachlassen und die Produktion dementsprechend anzieht.

Das hohe Auftragspolster im Verarbeitenden Gewerbe wird die durch den Krieg vorübergehend geringeren Bestellungen abfedern. Aufgrund der pandemiebedingten Lieferengpässe ist der Auftragsbestand seit über einem Jahr deutlich angeschwollen. So lag die Auftragsreichweite im Dezember mit 7,7 Monaten rund 2 Monate über dem Niveau, das vor dem Beginn der Pandemie verzeichnet wurde. Dies entspricht knapp 17 Prozent einer Jahresproduktion. Gleichzeitig lag das Produktionsniveau im Januar noch rund 12 Prozent unterhalb des Niveaus, das angesichts des Neugeschäfts möglich gewesen wäre. Vor diesem Hintergrund dürften die einbrechenden Lieferungen nach Russland und in die Ukraine sowie ein vorübergehender Rückgang der Bestellungen von Investitionsgütern angesichts der kriegsbedingt erhöhten Unsicherheit nur vergleichsweise wenig auf die Produktionstätigkeit im Verarbeitenden Gewerbe durchschlagen. Angesichts der recht geringen weltwirtschaftlichen Bedeutung von Russland und der Ukraine als Absatzmärkte dürften die unsicherheitsbedingten Rückgänge der Investitionstätigkeit zudem begrenzt bleiben. Hinzu

Tabelle 5:
Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen

	2021				2022				2023			
	I	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III	IV
Saison- und kalenderbereinigte Werte; Veränderung gegenüber Vorquartal in Prozent												
Bruttoinlandsprodukt	-1,7	2,2	1,7	-0,3	-0,9	0,6	2,3	1,4	0,8	0,5	0,4	0,4
Bruttowertschöpfung der Wirtschaftsbereiche	-0,9	1,6	2,2	-0,9	-0,6	0,6	2,3	1,4	0,8	0,5	0,4	0,4
Produzierendes Gewerbe ohne Bau	-1,1	-0,6	-1,6	1,8	2,5	-1,9	3,2	3,2	2,0	0,9	0,5	0,5
Verarbeitendes Gewerbe	-0,8	-0,9	-1,7	1,9	2,8	-2,0	3,5	3,5	2,2	1,0	0,5	0,5
Energieversorgung, Wasserversorgung u.Ä.	-2,7	1,1	-0,7	1,2	0,4	-1,5	0,8	0,8	0,5	0,2	0,2	0,2
Baugewerbe	-4,6	2,3	-3,0	1,6	1,5	0,8	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5
Handel, Verkehr, Gastgewerbe	-2,4	2,2	5,9	-1,6	-3,0	2,0	2,5	0,8	0,5	0,4	0,4	0,4
Information und Kommunikation	-0,3	0,4	1,6	1,9	0,5	1,0	1,5	1,5	1,0	1,0	1,0	1,0
Finanz- und Versicherungsdienstleister	-1,1	1,2	1,0	0,4	0,2	0,2	0,2	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Grundstücks- und Wohnungswesen	0,3	-0,3	1,1	-0,3	-0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
Unternehmensdienstleister	0,6	3,5	4,2	-0,9	0,0	1,0	1,0	1,0	0,7	0,7	0,7	0,7
Öffentliche Dienstleister	-0,2	4,1	3,3	-3,9	-3,0	2,5	3,0	1,0	0,4	0,4	0,4	0,4
Sonstige Dienstleister	2,9	-0,1	13,9	-10,0	-7,5	5,0	10,0	1,5	0,3	0,3	0,3	0,3
Quartalsdaten, preisbereinigt.												
Quellen: Statistisches Bundesamt, <i>Fachserie 18, Reihe 1.3</i> ; grau hinterlegt: Prognose des Ifw Kiel.												

kommt zwar die dämpfende Wirkung der kräftigen Rohstoffpreisanstiege auf die weltweite Aktivität. Damit verbundene Rückgänge bei den Neuaufträgen dürften im Prognosezeitraum jedoch ebenfalls durch die gute Auftragslage abgefedert werden.

Sobald die Lieferengpässe wieder nachlassen, wird das Verarbeitende Gewerbe den daraus resultierenden Produktionsspielraum voll ausschöpfen. Für unsere Prognose nehmen wir an, dass die Lieferengpässe ab der Jahresmitte sukzessive nachlassen und zu Beginn des kommenden Jahres die Produktion nicht mehr spürbar beeinträchtigen. Angesichts der guten Auftragslage wird die Produktion ab Mitte dieses Jahres wieder spürbar zunehmen und mit dem Überwinden der Lieferengpässe unter Vollauslastung operieren. Wir gehen davon aus, dass sich die Produktionskapazitäten seit dem Jahr 2018 – als die Produktion im Verarbeitenden Gewerbe zuletzt nahe ihrer Vollausslastung produziert hat – nicht spürbar erhöht haben. Zwar ist der Kapitalstock seitdem gestiegen.⁵ Allerdings hat die Beschäftigung im gleichen Zeitraum abgenommen und angesichts des Fachkräftemangels dürfte sie nur allmählich wieder ausgeweitet werden können. Zudem dürften die Unternehmen ihre Kapazitätsplanungen nicht an

einem aufgrund von Sonderfaktoren vorübergehend erhöhten Auftragsbestand ausrichten. Vor diesem Hintergrund wird die Bruttowertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe zur Mitte des kommenden Jahres wohl in etwa wieder ihr Niveau aus dem Jahr 2018 erreichen und dann trotz des weiterhin erhöhten Auftragsbestands nur noch leicht steigen.

Die Bruttowertschöpfung in den kontaktintensiven Dienstleistungsbranchen wird mit dem Nachlassen der pandemiebedingten Einschränkungen deutlich anziehen. Nach der kräftigen Erholung im dritten Quartal wurde die wirtschaftliche Aktivität der kontaktintensiven Dienstleister im Schlussquartal des vergangenen Jahres infolge des Wiederanstiegs der Infektionszahlen abermals merklich beeinträchtigt. Allerdings fiel der Einbruch der Bruttowertschöpfung im Gastgewerbe (-13 Prozent) und bei den Sonstigen Dienstleistern (-10 Prozent) weniger stark aus als ein Jahr zuvor. Im Handel fiel die Wertschöpfung nur um gut 1 Prozent. Auch das erste Quartal des laufenden Jahres war weiter maßgeblich vom Pandemiegeschehen geprägt und die Bruttowertschöpfung der kontaktintensiven Dienstleister dürfte noch einmal gesunken sein. Zusätzlich gedämpft wird die Aktivität in den konsumnahen Branchen dabei im gesamten

⁵ Dabei dürfte es sich zum Teil auch um Investitionen gehandelt haben, die die Produktionskapazitäten nur bedingt erhöht haben. So dürften die Investitionen in der Automobilbranche, die rund 25 Prozent des Kapitalstocks (Bruttoanlagevermögen zu Wieder-

beschaffungspreisen) im Verarbeitenden Gewerbe ausmachen, auch dazu gedient haben die Produktion auf Elektrofahrzeuge umzustellen, wodurch sich die Produktionskapazitäten wohl nicht merklich erhöht haben.

Prognosezeitraum durch die hohe Inflation, die die Kaufkraft der verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte spürbar verringert. Wenn die Belastungen seitens der Pandemie im Frühjahr nachlassen, wird per Saldo zwar trotzdem eine kräftige Erholung einsetzen. Insbesondere das Gastgewerbe und die Sonstigen Dienstleister, zu denen Unternehmen der Kunst-, Unterhaltungs- und Sportbranche gehören, dürften mit zweifeligen Raten expandieren. Allerdings wird die Bruttowertschöpfung in den konsumnahen Branchen angesichts des Kaufkraftentzugs ihren Vorkrisenpfad wohl vorerst nicht wieder erreichen.

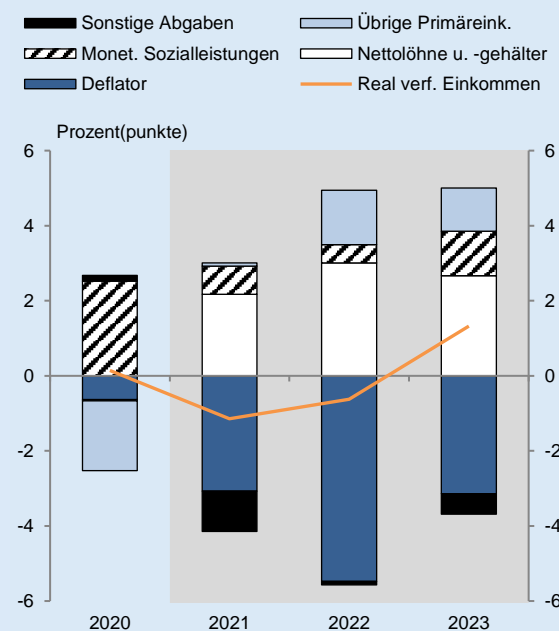
Hohe Inflation dämpft heimische Absorption

Die hohe Inflation nagt an der Kaufkraft der verfügbaren Einkommen. Nachdem die verfügbaren Einkommen im Jahr 2020 krisenbedingt kaum mehr als stagnierten, setzte im vergangenen Jahr eine Erholung ein. Insbesondere die Lohnsumme legte mit der Besserung am Arbeitsmarkt wieder recht kräftig zu. Dämpfend wirkte jedoch die Nullrunde bei der Rente und die krisenbedingte Stagnation bei den Unternehmens- und Vermögenseinkommen. Insgesamt fiel das Plus mit 1,9 Prozent daher recht verhalten aus. Die Kaufkraft der verfügbaren Einkommen ging aufgrund des kräftigen Verbraucherpreisanstiegs sogar erstmals seit dem Jahr 2009 zurück, nachdem sie im Jahr 2020 kaum mehr als stagniert hatte. Im laufenden Jahr dürften die verfügbaren Einkommen mit einem Anstieg von 4,9 Prozent deutlich stärker zulegen. Die monetären Sozialleistungen werden zwar voraussichtlich nur verhalten ausgeweitet, vor allem weil die Kurzarbeit weiter sinken wird und bei den Renten die Nullrunde des Vorjahres noch nachwirkt. Allerdings steigen die Lohnsumme und die Unternehmens- und Vermögenseinkommen der privaten Haushalte aufgrund der fortschreitenden wirtschaftlichen Erholung kräftig. Für das kommende Jahr rechnen wir mit einem Anstieg der verfügbaren Einkommen in ähnlicher Größenordnung. Sowohl im laufenden als auch im kommenden Jahr werden die ausgesprochen hohen Verbraucherpreisanstiege – der Deflator der privaten Konsumausgaben dürfte um 5,5 Prozent (2022) bzw. 3,1 Prozent (2023) steigen – die

Kaufkraft der verfügbaren Einkommen spürbar dämpfen. Für das laufende Jahr zeichnet sich sogar ein abermaliger deutlicher Rückgang der real verfügbaren Einkommen um knapp 0,6 Prozent ab (Abbildung 13). Für das kommende Jahr rechnen wir mit einem Anstieg von rund 1,3 Prozent. Insgesamt werden die real verfügbaren Einkommen im Jahr 2023 demnach noch unterhalb des Jahres 2019 liegen.

Abbildung 13:

Beiträge zur Veränderung des real verfügbaren Einkommens



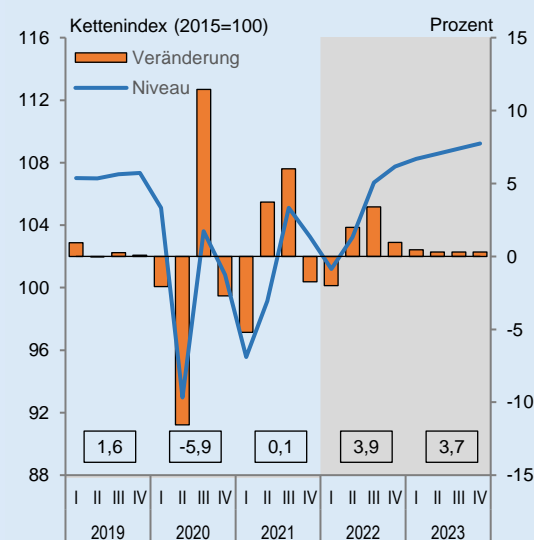
Jahresdaten, Expansionsbeiträge (real verfügbare Einkommen: Veränderung gegenüber dem Vorjahr); sonstige Abgaben: Abgaben auf soz. Leistungen, verbrauchsnahe Steuern und sonst. Transfers; Deflator: private Konsumausgaben.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.2*; eigene Berechnungen; grau hinterlegt: Prognose des Ifw Kiel.

Das pandemiebedingte wellenartige Muster bei den privaten Konsumausgaben setzt sich fort. Nachdem sich die privaten Konsumausgaben mit dem Rückgang des Pandemiegeschehens im vergangenen Sommerhalbjahr kräftig erholt hatten, gingen sie mit dem Anstieg der Fallzahlen im vierten Quartal um 1,8 Prozent zurück (Abbildung 14). Das seit dem Beginn der Pandemie zu beobachtende Muster großer Einbußen insbesondere bei den kontaktintensiven Dienstleistungen bei zunehmenden Infektionsgeschehen setzte sich fort. Insgesamt haben diese Belastungen aber von Pandemiewelle zu

Pandemiewelle abgenommen. Für das erste Quartal zeichnet sich ein weiterer recht deutlicher Rückgang des privaten Konsums von 2 Prozent ab, da das hohe Infektionsgeschehen nochmals stärker belastet als im vierten Quartal. Dafür sprechen auch die Mobilitätszahlen, die seit dem Beginn der Pandemie einen recht hohen Gleichlauf mit den besonders von den Infektionsschutzmaßnahmen betroffenen Branchen aufweisen, sowie die Reservierungen für Restaurantbesuche, die ein guter Frühindikator für das besonders betroffene Gastgewerbe sind. Zusätzlich dämpfen auch die ausgesprochen hohen Verbraucherpreisanstiege den privaten Konsum; alleine im ersten Quartal dürften sie um rund 2 Prozent gegenüber dem Vorquartal zugenommen haben. Die im Januar deutlich gestiegenen Einzelhandelsumsätze sprechen aber gegen einen stärkeren Rückgang der privaten Konsumausgaben im ersten Quartal.

Abbildung 14:
Private Konsumausgaben



Quartalsdaten: preis-, kalender- und saisonbereinigt; Veränderung gegenüber dem Vorquartal (rechte Skala).

Jahresdaten: preisbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent (gerahmt).

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 18, Reihe 1.2 und 1.3; grau hinterlegt: Prognose des Ifw Kiel.

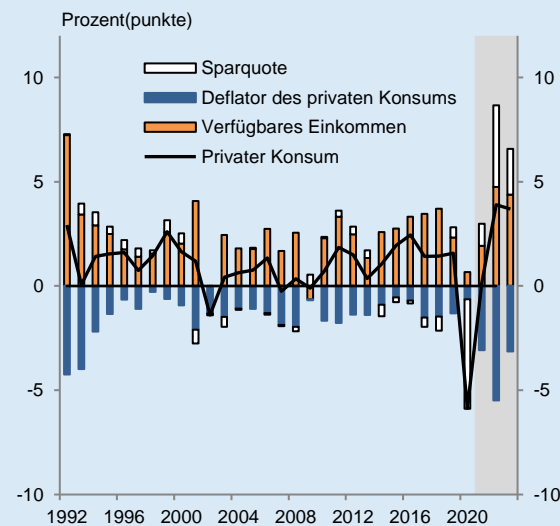
Die hohen Ersparnisse der privaten Haushalte stützen die Erholung bei den privaten Konsumausgaben. Mit dem nachlassenden

Infektionsgeschehen wird im Sommerhalbjahr abermals eine kräftige Erholung der privaten Konsumausgaben einsetzen. Die Normalisierung der Konsumaktivität wird sich vor allem in einem Rückgang der Sparquote zeigen. So lag die Sparquote im vierten Quartal saisonbereinigt bei 12,5 Prozent und damit um knapp 2 Prozentpunkte über ihrem Vorkrisenniveau; im ersten Quartal dürfte sie weiter gestiegen sein. Die im gesamten Prognosezeitraum anhaltend hohen Verbraucherpreisanstiege werden den privaten Konsum zwar belasten. Die hohen zusätzlichen Ersparnisse von mehr als 200 Mrd. Euro (bzw. mehr als 12 Prozent der jährlichen Konsumausgaben im Jahr 2021), die die privaten Haushalte aufgrund der eingeschränkten Konsummöglichkeiten seit dem Beginn der Pandemie angehäuft haben, dürften diese dämpfenden Effekte jedoch etwas abfedern. In unserer Winterprognose waren wir davon ausgegangen, dass rund 10 Prozent dieser zusätzlichen Ersparnisse nach dem Ende der pandemiebedingten Einschränkungen wieder für Konsumzwecke aufgewendet werden. Angesichts der nun deutlich höheren Verbraucherpreisanstiege rechnen wir nun damit, dass rund 20 Prozent der zusätzlichen Ersparnis wieder zurück in den Konsum fließt, auch weil die Haushalte aufgrund der seit dem Beginn der Pandemie eingeschränkten Konsummöglichkeiten eine recht hohe Zahlungsbereitschaft besitzen dürften. Aufgrund der bereits hohen zusätzlichen Ersparnis gehen wir nicht davon aus, dass die Haushalte aus Vorsichtsmotiven aufgrund des Krieges im nennenswerten Umfang zusätzliche Finanzpolster aufbauen.⁶ Insgesamt wird die Sparquote im Jahr 2023 demzufolge bei rund 9 Prozent liegen. Vor diesem Hintergrund dürften die privaten Konsumausgaben im laufenden Jahr um 3,9 Prozent und im kommenden Jahr um 3,7 Prozent zulegen (Abbildung 15).

⁶ Tendenziell dürften die privaten Haushalte bei erhöhter Unsicherheit ihre Ersparnisbildung erhöhen. Für einzelne Krisen lässt sich dafür auch empirische Evidenz finden (Mody et al. 2012). Allerdings lassen sich

solche Ergebnisse nur schwer verallgemeinern (Lugilde et al. 2018), wohl auch, weil jede Krise sehr spezifische Auswirkungen auf das Sparverhalten haben kann.

Abbildung 15:
Zerlegung der Zuwachsrates des privaten Konsums



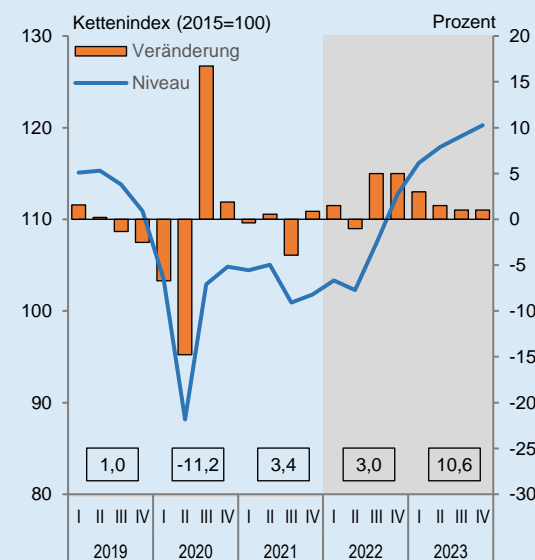
Jahresdaten; verfügbares Einkommen einschließlich Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche, Privater Konsum: preisbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorjahr.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 18, Reihe 1.2; Berechnungen des IfW Kiel; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

Die Erholung bei den Ausrüstungsinvestitionen verzögert sich nur kurz. Die Ausrüstungsinvestitionen sind im vierten Quartal um knapp 1 Prozent gestiegen, nachdem sie im dritten Quartal deutlich zurückgegangen waren (Abbildung 16). Maßgeblich war ein kräftiger Anstieg der öffentlichen Investitionen, die rund 10 Prozent ausmachen. Die privaten Investitionen stagnierten. Insgesamt kam die Erholung bei den Ausrüstungsinvestitionen bislang nur schleppend voran. Im vierten Quartal lagen sie noch rund 10 Prozent unterhalb ihres Vorkrisenniveaus. Dazu tragen offenbar auch die Lieferengpässe bei den Herstellern bei, liegen die Auftragseingänge für Investitionsgüter aus dem Inland doch bereits seit längerer Zeit spürbar über ihrem Vorkrisenniveau. Vor diesem Hintergrund dürfte ein Investitionsattentismus bei den Unternehmen angesichts der durch den Krieg erhöhten Unsicherheit nur wenig auf die Ausrüstungsinvestitionen durchschlagen, solange er temporär begrenzt bleibt. Kurzfristig belasten dürften die durch den Krieg wieder zunehmenden Lieferengpässe. So zeichnet sich in der Automobilindustrie aufgrund fehlender Kabelbäume aus der Ukraine zumindest für kurze Zeit ein deutlicher Produktionsrückgang ab. Fahrzeuge

machen rund 30 Prozent der Ausrüstungsinvestitionen aus. Die öffentlichen Ausrüstungsinvestitionen dürften im gesamten Prognosezeitraum insbesondere aufgrund der zusätzlichen Investitionen für die Bundeswehr in hohem Tempo ausgeweitet werden. Wir rechnen mit Zuwachsraten von jeweils rund 30 Prozent in den Jahren 2022 und 2023. In der ersten Jahreshälfte dürften die zusätzlichen Belastungen durch den Krieg die Ausrüstungsinvestitionen spürbar bremsen. Aufgrund des laut Frühindikatoren offenbar kräftigen Jahresauftakts rechnen wir für das erste Quartal gleichwohl mit einem moderaten Anstieg. Wenn in der zweiten Jahreshälfte die Lieferengpässe nachlassen, dürften die Ausrüstungsinvestitionen angesichts der guten Auftragslage kräftig anziehen und sich ihrem Vorkrisenpfad wieder annähern. Im laufenden Jahr dürften die Ausrüstungsinvestitionen aufgrund des verhaltenen Jahresauftakts lediglich um 3 Prozent steigen. Für das kommende Jahr rechnen wir mit einer Zuwachsrates von etwas mehr als 10 Prozent (Tabelle 6).

Abbildung 16:
Ausrüstungsinvestitionen



Quartalsdaten: preis-, kalender- und saisonbereinigt; Veränderung gegenüber dem Vorquartal (rechte Skala). Jahresdaten: preisbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent (gerahmt).

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 18, Reihe 1.2 und 1.3; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

Tabelle 6:
Bruttoanlageinvestitionen

	2020	2021	2022	2023
Gesamt	-2,2	1,5	2,9	5,5
Unternehmensinvestitionen	-5,5	2,1	3,1	7,0
Ausrüstungen	-11,2	3,4	3,0	10,6
Wirtschaftsbau	-0,7	1,2	1,2	1,6
Sonstige Anlagen	1,0	0,7	4,7	5,7
Wohnungsbau	3,4	1,3	3,2	3,1
Öffentlicher Bau	4,9	-3,5	-0,4	4,5
<i>Nachrichtlich:</i> Bauinvestitionen	2,5	0,7	2,2	2,9

Preisbereinigt; Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent.

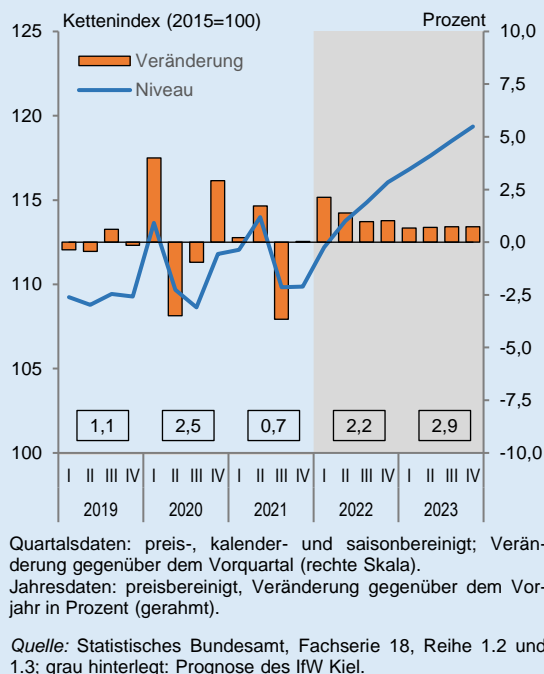
Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.2*; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

Der Preisanstieg in der Bauwirtschaft beschleunigt sich vorerst weiter. Die Bauinvestitionen neigten in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahres über alle Sparten hinweg zur Schwäche. So stagnierten sie im vierten Quartal lediglich, nach einem deutlichen Rücksetzer im dritten Quartal. Im Jahresdurchschnitt 2021 stiegen die Bauinvestitionen verhalten um 0,6 Prozent. Dazu beigetragen haben nicht zuletzt die Materialengpässe, die im vergangenen Jahr in der Spitze rund die Hälfte der Unternehmen im Hochbau und rund 40 Prozent der Unternehmen im Tiefbau beeinträchtigten. Zum Jahresende dürften zudem auch ungünstige Witterungsbedingungen die Bauwirtschaft gedämpft haben. Die Materialengpässe beim Bau und die stark gestiegenen Rohstoffpreise führten zu weiter anziehenden Baupreisen. In den vergangenen vier Quartalen nahm der Deflator der Bauinvestitionen um jeweils mehr als 2 Prozent zu, im Jahr 2021 insgesamt um mehr als 8 Prozent – die bei weitem höchste jemals im wiedervereinigten Deutschland verzeichnete Rate. Der Deflator der Bruttowertschöpfung im Baugewerbe, der bereits seit längerer Zeit spürbar aufwärtsgerichtet ist, stieg im vergangenen Jahr mit 8,6 Prozent sogar noch etwas stärker als der Deflator der Bauinvestitionen. Dies deutet darauf hin, dass die kräftigen Preisanstiege nicht nur auf die sprunghaft gestiegenen Materialkosten

zurückgehen. Zu Beginn des laufenden Jahres dürften die Bauinvestitionen gestiegen sein. Die Bauproduktion stieg im Januar um über 10 Prozent und machte den Rückgang vom Dezember damit mehr als wett. Zudem war der Anteil der Bauunternehmen, die von Behinderungen aufgrund von Materialengpässen berichten, zuletzt rückläufig. Im weiteren Verlauf des Prognosezeitraums dürften sich die Rahmenbedingungen für die Bauinvestitionen zwar tendenziell verschlechtern, da neben den hohen Preisen auch die sich zumindest etwas verschlechternden Finanzierungsbedingungen die Nachfrage insbesondere für Wohnbauten dämpfen werden. Gleichwohl dürfte die Nachfrage relativ robust bleiben. Der Bedarf nach Wohnraum wird voraussichtlich weiterhin hoch sein und die Finanzierungsbedingungen sind historisch gesehen weiterhin recht günstig. Darüber hinaus dürfte sich eine etwas geringere Nachfrage bei der seit längerem angespannten Kapazitätslage in der Bauwirtschaft zunächst vor allem in einem geringeren Preisauftrieb niederschlagen. Alles in allem rechnen wir mit einem Anstieg der Bauinvestitionen von 2,2 Prozent im laufenden Jahr und 2,9 Prozent im Jahr 2023 (Abbildung 17). Der Rekordpreisanstieg im vergangenen Jahr dürfte im laufenden Jahr mit einer Rate von 10,6 Prozent nochmal übertroffen werden, nicht zuletzt aufgrund der weiteren Rohstoffpreisanstiege. Für das kommende Jahr erwarten wir einen deutlich geringeren Anstieg des Deflators der Bauinvestitionen um knapp 4 Prozent, auch weil die Rohstoffpreise dann wieder etwas nachgeben dürften.⁷

⁷ Durch den Krieg und den damit verbundenen Rohstoffpreisanstiegen sowie drohenden Engpässen dürfte sich auch der Umbau in der Energieversorgung beschleunigen. Die Energiebranche war in den vergangenen Jahren für rund 10 Prozent der Bauinvestitionen (ohne Grundstücks- und Wohnungswesen)

verantwortlich. Derzeit ist unklar in welchem Ausmaß Investitionen getätigt werden und inwieweit diese schon im Prognosezeitraum zum Tragen kommen. Angesichts der ohnehin bereits angespannten Kapazitäten in der Bauwirtschaft dürften sie zusätzlich preistreibend wirken.

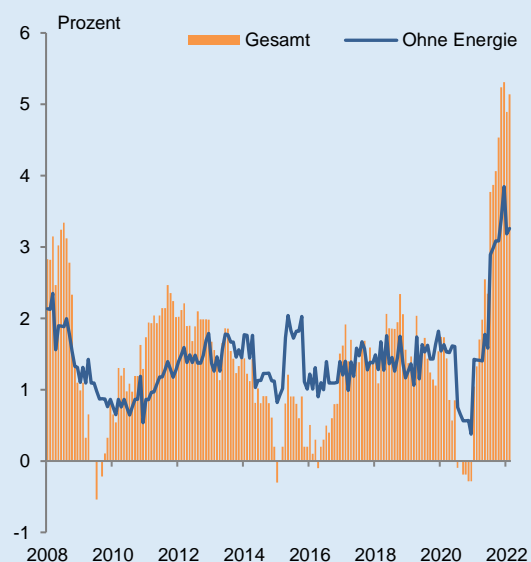
Abbildung 17:
Bauinvestitionen


Der Preisauftrieb nimmt zu

Der Preisdruck steigt weiter. Die Inflation wird wohl noch für einige Zeit außergewöhnlich hoch bleiben. Das inflationäre Umfeld, das sich während der Pandemie aufgebaut hat, dürfte noch für einige Zeit Bestand haben. Preistreibend wirken insbesondere die starken Rohstoffpreisanstiege und gestörte Lieferketten, die das Angebot verknappen und die Produktionskosten erhöhen. Gleichzeitig trifft die Produktion auf eine robuste Nachfrage auf der Konsumentenseite. Die Kombination aus expansiver Fiskal- und Geldpolitik hat weltweit zu einer Stabilisierung der Haushaltseinkommen während des pandemiebedingten Wirtschaftseinbruchs geführt. Aufgrund der eingeschränkten Konsummöglichkeiten haben sich bei den privaten Haushalten zusätzliche Ersparnisse von über 220 Mrd. Euro aufgestaut. Diese dürften bei den Konsumenten zu einer recht hohen Zahlungsbereitschaft führen. Durch den Krieg in der Ukraine kam es zuletzt zu weiteren Preissteigerungen bei Rohstoffen sowie zu zusätzlichen Lieferengpässen. Die starken Rohstoffanstiege und die hohen Teuerungsraten bei Vorleistungen, die sich in den hohen Importpreisanstiegen widerspiegeln, dürften erst nach und nach an die Verbraucher weitergereicht werden

(Kasten 2). Daher ist damit zu rechnen, dass die Inflation noch für geraume Zeit hoch bleiben wird, auch wenn – so unsere Annahme – die Rohstoffpreise wieder etwas zurückgehen und die Lieferengpässe in der zweiten Jahreshälfte sukzessive nachlassen werden. Nach 3,1 Prozent im vergangenen Jahr wird die Inflation im laufenden Jahr mit voraussichtlich 5,8 Prozent beträchtlich höher ausfallen. Im Jahr 2023 werden die Raten sich nur allmählich beruhigen und die Inflation dürfte noch bei 3,4 Prozent liegen.

Der Preisauftrieb aus dem Jahr 2021 setzt sich weiter fort. Am Ende des vergangenen Jahres lag die Inflation bei 5,3 Prozent, nachdem sie im November erstmals über die 5 Prozent Marke gestiegen war (Abbildung 18). Im Januar 2022 sank die Rate auf 4,9 Prozent. Hier spielte der weggefallene Mehrwertsteuereffekt eine Rolle, jedoch war dieser Effekt kaum sichtbar, da die Preise abgesehen davon kräftig gestiegen waren. Die Kernrate ohne Energie ging ebenfalls nur geringfügig von 3,8 Prozent im Dezember auf 3,2 Prozent im Januar zurück. Insgesamt lag der Mehrwertsteuereffekt wohl in der Größenordnung von rund 1 Prozentpunkt, sodass der unterproportionale Rückgang im Januar 2022 auf einen zunehmenden Inflationsdruck hindeutet. Im Februar 2022 stieg die Inflationsrate wieder auf 5,1 Prozent und die Kernrate auf 3,3 Prozent.

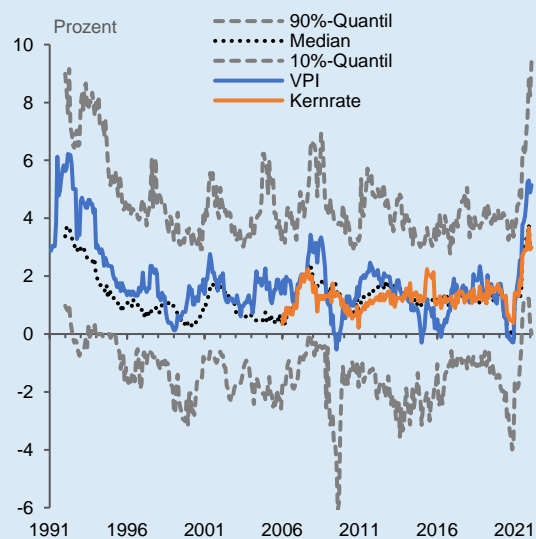
Abbildung 18:
Verbraucherpreise


Monatsdaten, Veränderung gegenüber Vorjahresmonat.

Quelle: Deutsche Bundesbank, Zeitreihen-Datenbanken; Berechnungen des IfW Kiel.

Der Verbraucherpreisanstieg ist breit angelegt. Dies zeigt sich, wenn man die Verteilung der Inflationsraten der 109 Kategorien des VPI (4-Steller) betrachtet. Der Median der Teuerungsrate, der in diesem Zusammenhang als alternativer Indikator zur Kernrate für den zugrundeliegenden Preisauftrieb betrachtet werden kann, stand im Februar bei 3,2 Prozent. Das 10 und 90 Prozent Quantil liegt bei 0 bzw. 9,4 Prozent (Abbildung 19). Für die vergangenen Monate zeigt sich eine deutliche Verschiebung der Verteilung der Teuerungsrate nach oben. Der Mehrwertsteuereffekt wird zwar auch hier sichtbar, ändert das Bild aber nicht. Ein weiterer Indikator zur Einschätzung der Breite des Inflationsdrucks ist der Anteil des Warenkorb (Summe Gewichte), welcher über einer Teuerungsrate von 2 Prozent liegt. Im Januar 2022 lag der Wert für den HVPI bei 64 Prozent (Boysen-Hogrefe et al. 2022: Kasten 2). Insgesamt ist die Inflation derzeit so breit angelegt wie zu keiner anderen Zeit seit dem Beginn der Währungsunion und für Deutschland am ehesten zu vergleichen mit der Zeit des Wiedervereinigungsbooms.

Abbildung 19:
Verteilung der Preissteigerungsraten im VPI



Monatsdaten, Veränderung gegenüber dem Vorjahresmonat.
Kernrate ohne Energie und Lebensmittel. Letzter Datenpunkt:
Februar 2022.

Quelle: Destatis, Preisstatistik; Berechnungen des Ifw Kiel.

Der Krieg in der Ukraine verstärkt den ohnehin schon hohen Preisdruk. Insbesondere die Rohstoffpreise zogen nach dem Beginn des Krieges noch einmal kräftig an. Zudem zeichnen sich

zusätzliche Belastungen für die ohnehin noch angespannten internationalen Lieferketten ab. Die vorliegenden Monatswerte und die Entwicklung der Energiepreise deuten darauf hin, dass die Vorjahresrate im ersten Quartal insgesamt bei über 5 Prozent liegt. Im Vergleich zum Vorquartal dürften die Preise um rund 2 Prozent gestiegen sein. Neben den Ölpreisen sind auch andere Rohstoffpreise kräftig gestiegen. Dazu zählen insbesondere die Gaspreise, die im Vergleich zum Februar um rund 90 Prozent gestiegen sind. Zuletzt lagen sie rund 37 Prozent höher als zum Ende letzten Jahres. Insgesamt gehen wir für die Gaspreise ähnlich wie für die Ölpreise davon aus, dass sie zwar allmählich wieder etwas sinken werden, aber für einige Zeit auf deutlich erhöhtem Niveau bleiben werden. Gas macht im Warenkorb der Verbraucherpreise rund 2,5 Prozent aus. Allerdings werden aufgrund laufender Lieferverträge Gaspreisanstiege kurzfristig nur zum Teil an die Verbraucher weitergegeben. Sollten die Gaspreise für einen sehr langen Zeitraum auf erhöhtem Niveau bleiben, so würden sie wohl vollumfänglich weitergegeben und entsprechend ihres Gewichts im Warenkorb die Inflation spürbar erhöhen. Die Einführung des Mindestlohns im Oktober 2022 wird die Inflation in 2022 und 2023 nur in geringem Maße ansteigen lassen. Die EEG-Umlage wird zur Mitte des Jahres abgeschafft. Die Inflation dürfte dadurch um rund 0,3 Prozentpunkte sinken.

Löhne beschleunigen sich spürbar

Die Tarifverdienstzuwächse legen im Prognosezeitraum stark zu, bleiben insgesamt aber hinter den Verbraucherpreisanstiegen zurück. Für das Jahr 2022 stehen die Tarifverdienste weitestgehend fest. Die laufenden Tarifverhandlungen in der chemischen Industrie werden auf die Tarifverdienste insgesamt aufgrund des geringen Gewichts keinen großen Einfluss ausüben. Die anstehenden Verhandlungen in der gewichtigen Metall- und Elektroindustrie werden das Jahresergebnis ebenfalls kaum beeinflussen, da sie erst im Herbst stattfinden. Vor dem Hintergrund der vorliegenden Abschlüsse werden die Tarifverdienste in diesem Jahr voraussichtlich um 2,7 Prozent zulegen (Tabelle 7).

Tabelle 7:
Löhne und Produktivität

	2020	2021	2022	2023
<i>Stundenkonzept</i>				
Tariflöhne	2,0	1,5	2,7	3,9
Effektivlöhne	3,4	1,6	3,2	3,6
Lohndrift	1,4	0,0	0,5	-0,3
Lohnkosten	4,0	1,5	2,6	3,5
Arbeitsproduktivität	0,4	0,9	-0,1	2,2
Lohnstückkosten	3,4	0,8	2,7	1,2
Lohnstückkosten (real)	1,8	-2,2	-0,2	-2,0
<i>Personenkonzept</i>				
Tariflöhne	2,1	1,5	2,7	3,9
Effektivlöhne	-0,1	3,5	4,0	4,2
Lohndrift	-2,2	1,9	1,3	0,3
Lohnkosten	0,4	3,4	3,5	4,2
Arbeitsproduktivität	-3,8	2,8	0,8	3,0
Lohnstückkosten	4,3	0,5	2,7	1,2
Lohnstückkosten (real)	2,7	-2,4	-0,2	-2,0

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent; Effektivlöhne: Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmerstunde bzw. je Arbeitnehmer; Lohndrift: Differenz zwischen Tariflöhnen und Effektivlöhnen in Prozentpunkten; Lohnkosten: Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmerstunde bzw. je Arbeitnehmer; Arbeitsproduktivität: Bruttoinlandsprodukt (preisbereinigt) je Erwerbstätigenstunde bzw. je Erwerbstätigen; Lohnstückkosten: Lohnkosten in Relation zur Arbeitsproduktivität; Lohnstückkosten (real): Lohnstückkosten deflationiert mit dem Deflator des Bruttoinlandsprodukts.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.2*; Deutsche Bundesbank, *Tarifverdienststatistik*; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

Damit steigen sie zwar deutlich stärker als im vergangenen Jahr, als der Zuwachs mit 1,5 Prozent pandemiebedingt vergleichsweise gering ausfiel, allerdings weitaus schwächer als die Verbraucherpreise. Ein Ausgleich für die hohe Verbraucherpreisinflation ist mittlerweile zu einem zentralen Bestandteil der Forderungen auf Arbeitnehmerseite geworden. Inwieweit diese Forderungen durchgesetzt werden können, hängt entscheidend davon ab, wie stark durch die höhere Inflation der Verteilungsspielraum gestiegen ist. Für den Verteilungsspielraum sind allerdings nicht die Verbraucherpreise, sondern die Wertschöpfungspreise der Unternehmen relevant. Letztere legen weniger deutlich zu als die Verbraucherpreise, da letztere stark von steigenden Importpreisen beeinflusst sind. Wir gehen daher davon aus, dass die künftigen Tarifabschlüsse zwar spürbar höhere Zuwächse beinhalten werden, einen Kaufkraftverlust für die Arbeitnehmer jedoch nicht verhindern können. Darüber hinaus ist ein beachtlicher Teil des Inflationschubs durch den Krieg in der Ukraine und

somit durch einen negativen Angebotsschock verursacht, der für sich genommen die ökonomische Aktivität und mit ihr die Arbeitsnachfrage dämpft. Vor diesem Hintergrund erwarten wir für das Jahr 2023 einen Anstieg der Tarifverdienste von 3,9 Prozent; dies wäre der höchste Zuwachs seit dem Jahr 1995. Einer höheren Rate steht auch entgegen, dass die Tarifverdienste im Bauhauptgewerbe, privaten Transport- und Verkehrsgewerbe, Gebäudereinigerhandwerk sowie in der Holz und Kunststoff verarbeitenden Industrie für das ganze kommende Jahr bereits feststehen, im öffentlichen Dienst der Länder zumindest bis September 2023.

Die Effektivverdienste steigen deutlich schneller als die Tarifverdienste. Die gesamtwirtschaftlichen Effektivverdienste (Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer) legten im vergangenen Jahr viel stärker zu als die Tarifverdienste, was im Wesentlichen dem Abbau der Kurzarbeit geschuldet war. Mit 3,5 Prozent fiel der Zuwachs der Effektivverdienste noch ein Stück weit höher aus als von uns im Dezember erwartet, wofür vor allem Aufwärtsrevisionen der amtlichen Zahlen für die ersten drei Quartale verantwortlich waren. Auch im laufenden und kommenden Jahr werden die Effektivverdienste voraussichtlich schneller steigen als die Tarifverdienste. Während im laufenden Jahr der weitere Abbau der Kurzarbeit maßgeblich ist, spielt mit fortschreitender Zeit der höhere allgemeine Preisauftrieb eine zunehmend wichtigere Rolle. Für eine hohe Lohndynamik spricht zudem, dass Arbeitskräfteknappheiten bereits jetzt ein im langjährigen Vergleich außerordentlich hohes Niveau erreicht haben; so lag der Anteil der Unternehmen, die Arbeitskräftemangel als Produktionshindernis beklagen, bei rund einem Drittel. Die beschlossene Erhöhung des gesetzlichen Mindestlohns auf 12 Euro brutto je Stunde zum 1. Oktober 2022 erhöht die effektiven Stundenverdienste unseren Schätzungen zufolge *ceteris paribus* um 0,9 Prozent (Kasten 3). Wir rechnen allerdings damit, dass wie bei der Einführung des Mindestlohns die Arbeitszeit der betroffenen Arbeitnehmer infolge der Mindestloohnerhöhung sinkt, so dass die durchschnittlichen Pro-Kopf-Verdienste weit weniger stark steigen als die Stundenverdienste. Im laufenden Jahr beträgt der Effekt der Mindestloohnerhöhung auf die Pro-Kopf-Verdienste unserer Prognose zufolge knapp ein Zehntel, im

kommenden Jahr rund drei Zehntel. Alles in allem rechnen wir mit einem Anstieg der Verdienste je Arbeitnehmer von 4,0 Prozent (2022) bzw. 4,2 Prozent (2023). Die im Vergleich zu unserer Dezemberprognose höhere Rate für das Jahr 2022 ist vor allem dem revisionsbedingt größeren statistischen Überhang aus dem Jahr 2021 geschuldet; die Prognose für das Jahr 2023 haben wir vor allem aufgrund der höheren Preisdynamik aufwärtsrevidiert. Die Mindestloohnerhöhung auf 12 Euro war in unserer Dezemberprognose hingegen bereits berücksichtigt (allerdings schon für die Mitte dieses Jahres).

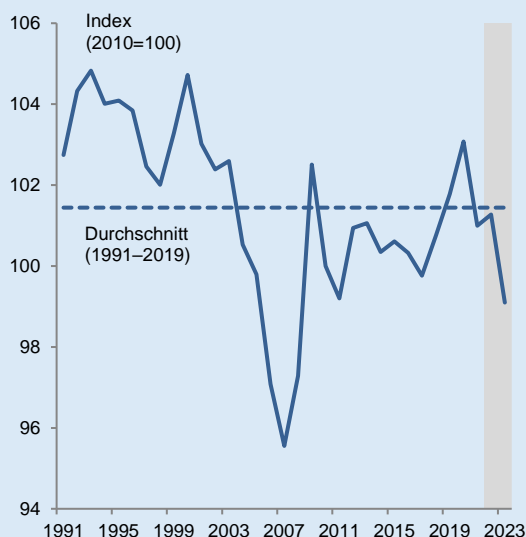
Die realen Lohnstückkosten sinken in der Tendenz vorerst weiter. Da die Arbeitsproduktivität je Erwerbstätigen deutlich sank, während die Lohnkosten je Arbeitnehmer sogar leicht stiegen, legten die Lohnstückkosten im Jahr 2020 mit 4,3 Prozent sehr kräftig zu, und damit deutlich schneller als die heimischen Preise (gemessen am Deflator des Bruttoinlandsprodukts). Nach bereits überdurchschnittlich hohen Anstiegen in den beiden vorangegangenen Jahren erreichten die realen Lohnstückkosten damit ein Niveau, das zuletzt Anfang der 2000er Jahre verzeichnet wurde (Abbildung 20). Im vergangenen Jahr sanken die realen Lohnstückkosten aber wieder kräftig, weil sich die Arbeitsproduktivität

spürbar erholte. Im Prognosezeitraum werden die realen Lohnstückkosten in der Tendenz weiter sinken. Zum einen reagieren die Löhne, die durch Tarif- und Arbeitsverträge typischerweise für längere Zeiträume festgeschrieben sind, erst mit zeitlicher Verzögerung auf die gestiegenen Preise. Zum anderen wird sich die Arbeitsproduktivität voraussichtlich beschleunigen, da Beschäftigungszuwächse aufgrund des demografiebedingt sich verlangsamen Arbeitskräfteangebots zunehmend schwieriger werden.

Arbeitsmarkt bleibt robust

Die Kurzarbeit reagierte kaum auf den erneuten konjunkturellen Dämpfer durch die Pandemie im zurückliegenden Winterhalbjahr. Die Zahl der Kurzarbeiter ist bis zuletzt weiter gesunken, wenngleich seit Herbst langsamer als noch im Sommerhalbjahr. Im Dezember waren 641 000 Arbeitnehmer in konjunktureller Kurzarbeit – nur noch rund ein Zehntel von 6 Mill. Kurzarbeitern, die zum Hochpunkt im April 2020 registriert wurden, aber immer noch deutlich mehr als vor der Corona-Krise (im Jahr 2019 waren durchschnittlich 60 000 Arbeitnehmer in Kurzarbeit). Da der durchschnittliche Arbeitsausfall von November auf Dezember von 36 auf 43 Prozent stieg, erhöhte sich die Kurzarbeit in Beschäftigtenäquivalenten geringfügig. Die im Januar und Februar bei den Arbeitsagenturen eingegangenen Anzeigen zur Kurzarbeit sowie die Schätzung des ifo Instituts laut monatlicher Konjunkturumfrage deuten für Januar auf einen leichten Anstieg der Zahl der Kurzarbeiter hin, für Februar auf einen leichten Rückgang. Insgesamt hatte damit das erneute Aufflammen des Pandemiegeschehens im zurückliegenden Winterhalbjahr und der dadurch verursachte Dämpfer für die wirtschaftliche Erholung weitaus weniger Auswirkungen auf die Kurzarbeit als im Dezember von uns erwartet. Die Anzeigen zur Kurzarbeit und die ifo Schätzung für Februar beziehen sich indes noch auf die Zeit vor Beginn des Ukraine-Kriegs.

Abbildung 20:
Reale Lohnstückkosten



Jahresdaten; Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmerstunde (nominal) in Relation zur Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigenstunde (nominal).

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.2*; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

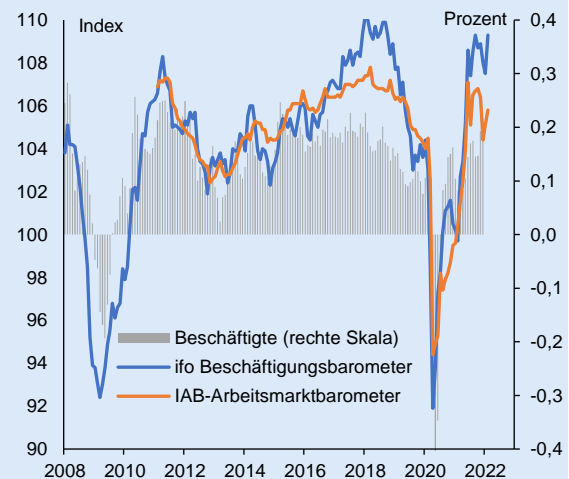
Die Erwerbstätigkeit setzte ihre Erholung ungebremst fort. Die Zahl der Erwerbstätigen legte zwischen Juli und Dezember mit gleichbleibendem Tempo von saisonbereinigt rund 60 000 Personen pro Monat zu. Das Statistische Bundesamt revidierte dabei vergangene Werte hoch, sodass die Verlangsamung der Erholung zu Beginn des Herbsts, die sich zum Zeitpunkt unserer Dezemberprognose noch in den amtlichen Daten gezeigt hatte, mittlerweile nicht mehr vorhanden ist. Im Januar stieg die Zahl der Erwerbstätigen mit einem Plus von 80 000 gegenüber Dezember sogar etwas schneller als in den Vormonaten. Die einzelnen Beschäftigungsformen entwickelten sich zuletzt unterschiedlich. Während die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung ihren Anstieg beschleunigt fortsetzte, gab die ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigung wieder nach, nachdem sie sich insbesondere im Sommer ein Stück weit erholt hatte. Die Selbständigkeit war im vierten Quartal 2021 weiter abwärtsgerichtet, der Rückgang verlangsamte sich aber erneut.

Die Arbeitslosigkeit sank bis zuletzt weiter und erreichte bereits wieder ihr Vorkrisenniveau. Im Februar waren saisonbereinigt 2,31 Mill. Erwerbspersonen als arbeitslos registriert (Quote: 5,0 Prozent). Damit ist das Vorkrisenniveau bei der registrierten Arbeitslosigkeit (sowohl absolut als auch relativ zur Zahl der Erwerbspersonen) wieder erreicht, nachdem sie krisenbedingt im Juni 2020 auf 2,93 Mill. Personen (Quote: 6,4 Prozent) geschnellt war. Während die Zahl der Arbeitslosen im deutlich konjunkturreagibleren Rechtskreis SGB III (Arbeitslosenversicherung) ihr Vorkrisenniveau sogar bereits unterschritten hat, hat die Arbeitslosigkeit im Rechtskreis SGB II (Grundsicherung) erst die Hälfte ihres krisenbedingten Anstiegs wettgemacht. Dass die Arbeitslosigkeit insgesamt bereits wieder ihr Vorkrisenniveau erreicht hat, liegt auch daran, dass die Zahl der Personen, die am Arbeitsmarkt aktiv ihre Arbeit anbieten, krisenbedingt nachgab.

Die Erwerbstätigkeit dürfte ihre Erholung von der Corona-Krise trotz des Kriegs in der Ukraine fortsetzen, wenngleich das Tempo nachlassen dürfte. Die Einstellungsbereitschaft der Unternehmen bewegte sich vor Beginn des Ukraine-Kriegs ausweislich des ifo

Beschäftigungsbarometers auf im langjährigen Vergleich außerordentlich hohem Niveau (Abbildung 21). Ähnliches gilt für die Einschätzungen der lokalen Arbeitsagenturen zur künftigen Entwicklung der

Abbildung 21:
Arbeitsmarktindikatoren



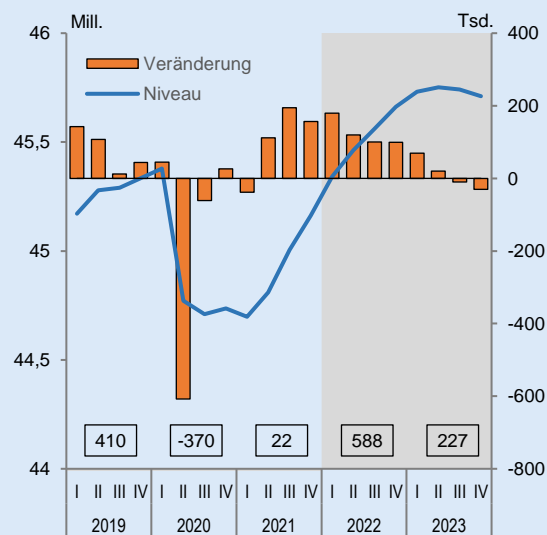
Monatsdaten; Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte: Veränderung zum Vormonat (Dreimonatsschnitt), saisonbereinigt. ifo Beschäftigungsbarometer: umbasiert auf 2015=105. IAB-Arbeitsmarktbarometer: 90=sehr schlechter Ausblick, 110=sehr guter Ausblick.

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, *Saisonbereinigte Zeitreihen*; ifo Institut; Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung; Berechnungen des IfW Kiel.

Beschäftigung in der kurzen Frist (IAB-Arbeitsmarktbarometer). Vor diesem Hintergrund sowie aufgrund des kräftigen Beschäftigungsanstiegs im Januar und des hohen statistischen Überhangs vom Schlussquartal des vergangenen Jahres ist für das erste Quartal ein kräftiger Anstieg der Zahl der Erwerbstätigen angelegt. Wir rechnen mit einem Zuwachs von 180 000 Erwerbstätigen; dies wäre ein höherer Zuwachs als im Vorquartal (Abbildung 22). Für den weiteren Verlauf des Prognosezeitraum gehen wir von einer sich fortsetzenden Erholung von der Corona-Krise aus, wenngleich das Tempo abnehmen dürfte. Zum einen lässt das Tempo mit fortschreitender Erholung naturgemäß nach. Zum anderen dämpfen mehrere Faktoren den weiteren Beschäftigungsaufbau. Erstens dürften die wirtschaftlichen Folgen des Ukraine-Kriegs die Arbeitsnachfrage der Unternehmen etwas bremsen. Die Folgen schlagen sich unserer Einschätzung zufolge allerdings in erster Linie in der Arbeitszeit (inkl. Kurzarbeit) sowie der

Arbeitsproduktivität nieder, und weniger in der Zahl der Arbeitsstellen. Hierfür spricht vor allem das bereits außerordentlich hohe Maß an Arbeitskräfteknappheit trotz der Tatsache, dass sich die Wirtschaft erst teilweise von der Corona-Krise erholt hat. Zweitens wird zum 1. Oktober 2022 der gesetzliche Mindestlohn auf 12 Euro je Stunde erhöht. Angesichts der hohen Eingriffsintensität gehen wir von Beschäftigungsverlusten insbesondere bei den ausschließlich geringfügig entlohnt Beschäftigten aus, die sich im weiteren Prognosezeitraum nach und nach materialisieren und so den Anstieg der Erwerbstätigkeit dämpfen werden (Kasten 3). Drittens wird sich im kommenden Jahr bemerkbar machen, dass das Arbeitskräfteangebot alterungsbedingt wohl seinen Zenit erreichen wird.

Abbildung 22:
Erwerbstätige

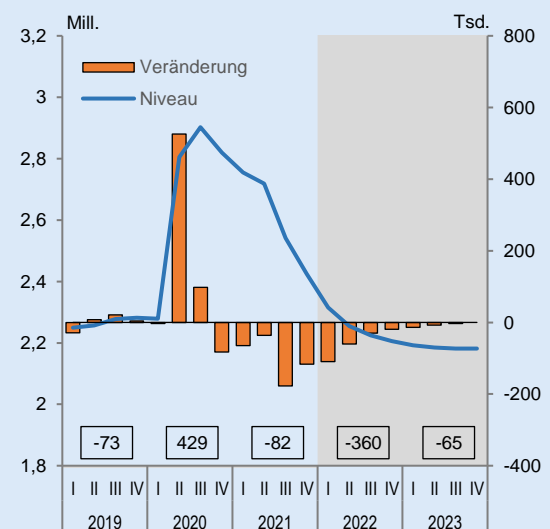


Quartalsdaten: saisonbereinigt; Veränderung gegenüber dem Vorquartal (rechte Skala).
Jahresdaten: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Tsd. (gerahmt).

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 18, Reihe 1.3; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

schwerer wiegenden Vermittlungshemmnissen steigen werden. Von der Mindestloohnerhöhung auf 12 Euro dürfte die Arbeitslosigkeit kaum berührt sein, da die ausschließlich geringfügig entlohnt Beschäftigten keinen Anspruch auf Arbeitslosengeld aus der Arbeitslosenversicherung besitzen und die überwiegende Mehrheit aufgrund fehlender Bedürftigkeit auch keinen Anspruch auf Grundsicherung besitzen dürfte, da sie in Haushalten mit ausreichendem Einkommen leben. Alles in allem sinkt die Arbeitslosenquote nach Definition der Bundesagentur für Arbeit voraussichtlich auf jahresdurchschnittlich 4,9 Prozent (2022) bzw. 4,7 Prozent (2023), nach 5,7 Prozent im vergangenen Jahr (Tabelle 8).

Abbildung 23:
Arbeitslose



Quartalsdaten: saisonbereinigt; Veränderung gegenüber dem Vorquartal (rechte Skala).
Jahresdaten: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Tsd. (gerahmt).

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 18, Reihe 1.3; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

Die Arbeitslosigkeit wird voraussichtlich nur noch wenig sinken. Die Zahl der registrierten Arbeitslosen dürfte im abgelaufenen ersten Quartal erneut kräftig gesunken sein; das legen die Monatswerte aus Januar und Februar nahe (Abbildung 23). Danach dürfte die Arbeitslosigkeit nur noch wenig sinken, da mit sinkender Arbeitslosigkeit der Anteil friktioneller Arbeitslosigkeit sowie der Anteil von Arbeitslosen mit

Tabelle 8:
Beschäftigung (1 000 Personen)

	2019	2020	2021	2022	2023
Geleistete Arbeitsstunden der Erwerbstätigen (Inland, Mill. Std.)	62.539	59.454	60.611	61.938	62.723
Erwerbstätige (Inland)	45.268	44.898	44.920	45.508	45.735
Selbständige	4.151	4.038	3.929	3.939	3.973
Arbeitnehmer (Inland)	41.117	40.860	40.991	41.569	41.762
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	33.518	33.579	33.900	34.457	34.644
Ausschließlich geringfügig Beschäftigte	4.579	4.290	4.104	4.178	4.185
Pendlersaldo	143	95	116	136	145
Erwerbstätige (Inländer)	45.126	44.803	44.804	45.372	45.590
Arbeitnehmer (Inländer)	40.974	40.765	40.875	41.433	41.617
Registrierte Arbeitslose	2.267	2.695	2.613	2.254	2.188
Arbeitslosenquote (Prozent)	5,0	5,9	5,7	4,9	4,7
Erwerbslosenquote (Prozent)	3,0	3,6	3,3	2,8	2,6

Selbständige: einschließlich mithelfender Familienangehöriger; Arbeitslosenquote: Abgrenzung der Bundesagentur für Arbeit; Erwerbslosenquote: standardisiert nach dem ILO-Konzept.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1 2*; Bundesagentur für Arbeit, *Monatsbericht*; Bundesagentur für Arbeit, *Beschäftigungsstatistik*; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

Finanzierungssaldo der öffentlichen Haushalte bleibt im Minus

Die öffentlichen Haushalte standen im Jahr 2021 unter dem Eindruck der Corona-Pandemie. Ausgaben in mehreren Bereichen des Staatskontos, insbesondere bei den sonstigen Subventionen, waren durch Hilfen für Unternehmen und Selbständige, zusätzlichen Zahlungen im Gesundheitssektor und Kampagnen für Tests und Impfungen erheblich erhöht. Diese zusätzlichen Ausgaben dürften in diesem und im kommenden Jahr nach und nach entfallen. Zugleich ist aber mit Mehrausgaben durch die direkten und indirekten Folgen des Kriegs in der Ukraine und die angestrebte klimafreundliche Umwandlung der Wirtschaftsstrukturen angelegt, dass die Defizite der öffentlichen Haushalte im laufenden Jahr zwar sinken dürften, aber weiterhin wohl deutlich über dem Niveau des Jahres 2019 liegen werden.

Die Einnahmen des Staates dürften 2022 mit geringerem Tempo expandieren als noch im Vorjahr. Nach dem rasanten Anstieg der Steuereinnahmen im vergangenen Jahr, der vom Wiederanstieg der Umsatzsteuersätze sowie einem erheblichen Plus bei den gewinnabhängigen Steuern gekennzeichnet war, deutet sich nun eine langsamere Gangart an. So dürfte sich mit der konjunkturellen Belastung und dem drastischen Anstieg der Energiepreise die Gewinnsituation vieler Unternehmen in der Tendenz

verschlechtern, was zu Anpassungen bei den Vorauszahlungen führen dürfte. Zudem haben sich die Abschreibungsmöglichkeiten für Unternehmen verbessert. Etwas stärker werden hingegen die Beitragseinnahmen expandieren, auch weil diverse Krankenkassen zu Beginn des Jahres die Zusatzbeiträge angehoben haben. Die übrigen Einnahmen des Staates werden, auch wenn der Bundesbankgewinn wegen Risikorückstellungen abermals ausfällt, wohl relativ robust zulegen können, insbesondere getrieben von steigenden Verkäufen. Insgesamt rechnen wir mit einem Plus bei den Einnahmen von 4,3 Prozent (Tabelle 9). In Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt ändern sich die Einnahmen des Staates somit kaum.

Nach der Ausgabenrally in den ersten beiden Pandemie Jahren fällt der Anstieg im Jahr 2022 deutlich geringer aus. Auch wenn die Corona-Pandemie noch nicht vollständig überwunden ist, dürften die diesbezüglichen Ausgaben des Staates merklich sinken. Insbesondere die Subventionen werden kräftig zurückgehen, verbleiben aber klar über dem Niveau von vor der Corona-Krise. Zum einen werden auch im laufenden Jahr Unternehmenshilfen im Zusammenhang mit Corona und Kurzarbeit ausgehändigt, zum anderen steigen Subventionen zur Erreichung der Klimaziele. Schließlich ist mit Staatshilfen angesichts der Sanktionen gegen Russland für die betroffenen Unternehmen zu rechnen. Bei den Vorleistungskäufen, die

Tabelle 9:
Einnahmen und Ausgaben des Staates (Mrd. Euro)

	2019	2020	2021	2022	2023
Einnahmen	1.613,8	1.566,9	1.705,8	1.779,4	1.874,3
➤ relativ zum BIP	46,5	46,5	47,8	47,4	46,7
Steuern	827,4	773,4	872,9	907,9	960,3
➤ relativ zum BIP	23,8	23,0	24,4	24,2	23,9
Sozialbeiträge	598,2	607,9	632,8	662,2	697,9
➤ relativ zum BIP	17,2	18,1	17,7	17,7	17,4
Sonstige Einnahmen	188,2	185,5	200,1	209,3	216,1
➤ relativ zum BIP	5,4	5,5	5,6	5,6	5,4
Ausgaben	1.562,7	1.712,1	1.838,2	1.871,8	1.955,4
➤ relativ zum BIP	45,0	50,8	51,5	49,9	48,8
Arbeitnehmerentgelt	272,7	284,1	294,1	303,9	313,5
Vorleistungen	184,2	209,8	232,5	255,7	255,2
Soziale Sachleistungen	299,9	310,1	327,5	340,4	355,2
Bruttoinvestitionen	83,7	90,9	91,7	107,1	126,0
Geleistete Vermögenseinkommen	27,3	21,0	21,0	20,2	19,4
Monetäre Sozialleistungen	546,6	595,1	609,0	618,4	642,8
Subventionen	30,9	71,3	105,0	63,4	64,1
Sonstige laufende Übertragungen	74,7	82,5	90,1	95,1	98,6
Vermögensübertragungen	43,5	48,0	68,1	68,5	81,3
Sonstige Ausgaben	-1,3	-1,2	-1,3	-1,3	-1,3
Finanzierungssaldo	51,1	-145,2	-132,5	-92,4	-81,1
➤ relativ zum BIP	1,5	-4,3	-3,7	-2,5	-2,0
Einnahmen der Gebietskörperschaften	1047,0	1001,9	1110,9	1152,9	1211,5
Ohne Transfers von der Sozialversicherung	1.045,9	1.000,7	1.109,8	1 151,8	1 210,3
Transfers der Sozialversicherung	1,1	1,1	1,2	1,2	1,2
Ausgaben der Gebietskörperschaften	1.005,0	1.112,1	1.247,8	1 242,5	1 294,7
Ohne Transfers an die Sozialversicherung	882,3	970,7	1.090,0	1 092,4	1 151,9
Transfers an die Sozialversicherung	122,8	141,4	157,8	150,1	142,8
Finanzierungssaldo der Gebietskörperschaften	42,0	-110,2	-136,9	-89,5	-83,1
Einnahmen der Sozialversicherung	690,7	717,8	782,7	779,5	806,8
Ohne Transfers von den Gebietskörperschaften	568,0	576,3	624,9	629,4	664,0
Ausgaben der Sozialversicherung	681,6	752,8	778,3	782,4	804,7
Ohne Transfers an die Gebietskörperschaften	680,5	751,6	777,1	781,2	803,6
Finanzierungssaldo der Sozialversicherung	9,1	-35,0	4,4	-2,9	2,1

Abweichungen der Summen rundungsbedingt. Relativ zum Bruttoinlandsprodukt in Prozent.

Quelle: Statistisches Bundesamt, interne Arbeitsunterlage; Berechnungen des IfW Kiel; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

während der Pandemie deutlich erhöht worden waren, rechnen wir hingegen mit einem abermaligen Plus. Zum einen entfallen noch nicht alle Corona-bezogenen Ausgaben, und zum anderen rechnen wir mit erheblichen Mehrausgaben im Zuge der Fluchtmigration aus der Ukraine.⁸ Zudem wird die hohe Inflation auch die Vorleistungskäufe des Staates verteuern. Die Arbeitnehmerentgelte legen wegen einer Einmalzahlung für die Beschäftigten der Länder zu Beginn des Jahres deutlich zu. Über das gesamte Jahr ist der Anstieg entsprechend der in den Tarifverträgen angelegten Dynamik eher moderat. Ein

ähnliches Tempo dürften die sozialen Sachleistungen aufweisen, die auch ein Teil der pandemiebedingten Ausgaben aufweisen (u.a. Impfungen) und im Vergleich zum Vorjahr ihr Expansionsstempo mindern. Die Vermögenstransfers werden hingegen kaum zulegen, da die Eigenkapitalhilfen für die Deutsche Bahn und Zahlungen an die Betreiber der Kernkraftwerke aus dem vergangenen Jahr entfallen. Angesichts von Zuschüssen für Klimaschutzrelevante Investitionen ist die Grundtendenz aber aufwärtsgerichtet. Ebenfalls moderat fällt der Zuwachs bei den monetären Sozialleistungen aus, da die Ausgaben

⁸ Entsprechend der Erfahrungen aus den Jahren 2015 und 2016 rechnen wir damit, dass Ausgaben im Rahmen der Fluchtmigration vorrangig den

Vorleistungskäufen zugeordnet werden und nur zu einem geringen Teil bei sozialen Sachleistungen oder monetären Sozialleistungen aufschlagen werden.

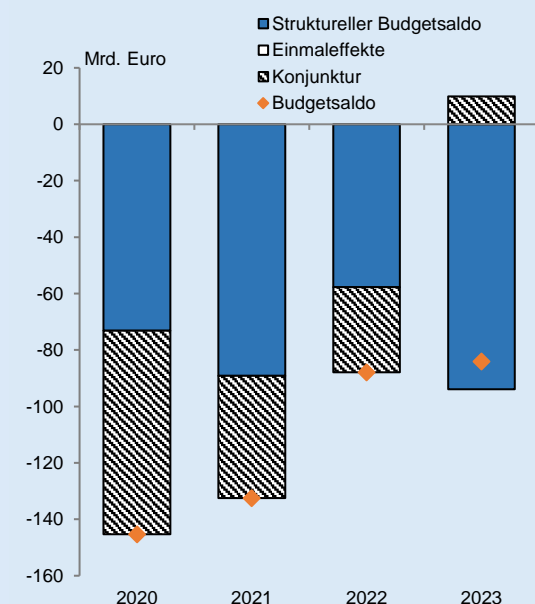
für die Kurzarbeit sinken und da trotz der noch ausstehenden Auszahlung von Grundrenten der Ausgabenanstieg der Rentenversicherung wegen der Nullrunde im vergangenen Jahr relativ gering bleibt. Besonders kräftig ist hingegen der Zuwachs bei den Bruttoinvestitionen. Angesichts des starken Plus bei den Auftragseingängen im öffentlichen Bau ist hier mit einer Beschleunigung im laufenden Jahr zu rechnen. Zudem dürften die Lagerinvestitionen des Staates deutlich ausgeweitet werden, da die Munitionsbestände der Bundeswehr ausgestockt werden sollen. Insgesamt dürften die Ausgaben aber nur um knapp 2 Prozent zulegen. Der Finanzierungssaldo wird zwar weiter im Defizit verharren, doch sinkt dieses deutlich auf 89,5 Mrd. Euro (2,5 Prozent in Relation zum Bruttoinlandsprodukt).

Im Jahr 2023 werden die Einnahmen wohl ähnlich stark zulegen wie im Vorjahr. Trotz des starken Anstiegs des nominalen Bruttoinlandsprodukts werden die Steuereinnahmen nur verhalten steigen, da durch den Ausgleich der kalten Progression des Vorjahres und die Reform der Rentenbesteuerung die Aufwärtsdynamik deutlich geschwächt wird. Die Sozialbeiträge dürften mit den anziehenden Löhnen hingegen kräftig zulegen, während die übrigen Einnahmen des Staates etwas an Tempo verlieren, weil sich bei den Verkäufen des Staates nun keine Aufhol-effekte der Pandemie mehr zeigen dürften. Insgesamt werden die Einnahmen mit 5,3 Prozent wegen Steuerrechtsänderungen und Veranlagungsverzögerungen bei den gewinnabhängigen Steuern merklich schwächer zulegen als das nominale Bruttoinlandsprodukt.

Der Ausgaben des Staates werden 2023 wieder etwas stärker ausgeweitet. Zwar rechnen wir mit einer Stagnation bei den Vorleistungskäufen, da wir bei den Ausgaben für die Fluchtmigration keinen weiteren Anstieg unterstellen und pandemiebedingte Ausgaben anders als noch im Vorjahr nicht mehr zu Buche schlagen, doch werden insbesondere die Ausgaben für Vermögens-transfers (Investitionszuschüsse) und Bruttoinvestitionen des Staates kräftig ausgeweitet. Letztere dürften im Zuge steigender Verteidigungsausgaben einen deutlichen Anstieg der Ausrüstungsinvestitionen enthalten. Etwas schwächer dürften die monetären Sozialleistungen angesichts der deutlichen Rentenanpassungen aus dem Vorjahr und zu Jahresmitte

anziehen. Ebenso werden die sozialen Sachleistungen ihrem längerfristigen Trend folgend deutlich zulegen. Die Ausgaben für Subventionen dürften sich wenig ändern. Während die Gütersubventionen mit dem Aus der EEG-Umlage zulegen werden, dürften Unternehmenshilfe rückläufig sein. In der Summe dürften die Staatsausgaben um 4,5 Prozent steigen. In Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt werden sie sich wohl auf 48,8 Prozent belaufen. Insgesamt dürfte das Finanzierungsdefizit nur leicht auf 83 Mrd. Euro (2,0 Prozent in Relation zum Bruttoinlandsprodukt) steigen. In struktureller Rechnung steigt das Defizit wieder spürbar auf das Niveau der Jahre 2020 und 2021 (Abbildung 24).

Abbildung 24:
Struktureller Budgetsaldo

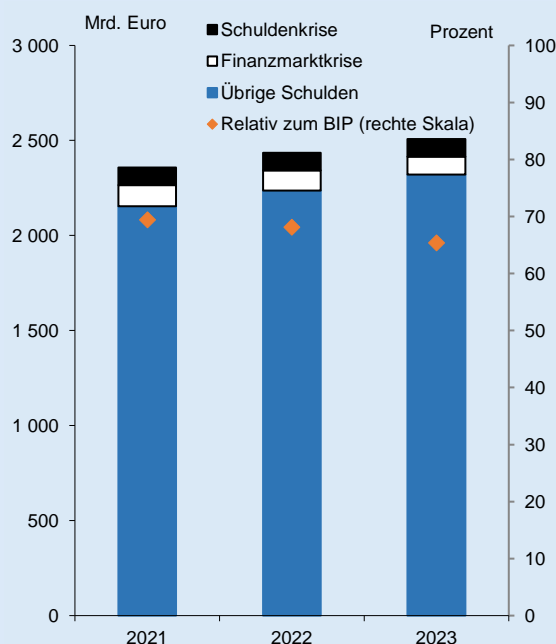


Quelle: Europäische Kommission, AMECO; Berechnungen und Prognosen des Ifw Kiel.

Der Schuldenstand relativ zur Wirtschaftsleistung sinkt bis zum Jahr 2023 merklich. Trotz der fortlaufenden Defizite dürfte der Bruttoschuldenstand relativ zum Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2022 nur leicht und im Jahr 2023 deutlich zurückgehen auf dann reichlich 65 Prozent (Abbildung 25). Maßgeblich ist der starke Anstieg des nominalen Bruttoinlandsprodukts. Zudem dürfte im Prognosezeitraum das Finanzvermögen des Staates in Reaktion auf den starken Anstieg der Pandemiejahre tendenziell sinken.

Zwar hat die neue Bundesregierung angekündigt aus Haushaltsmitteln für 10 Mrd. Euro einen Kapitalstock für die Rentenversicherung einzurichten, doch nimmt sich der Betrag vergleichsweise klein aus, wenn man berücksichtigt, dass das Finanzvermögen des Staates zwischen dem ersten Quartal 2020 bis zum dritten Quartal 2021 um rund 150 Mrd. Euro gestiegen ist.

Abbildung 25:
Bruttoschuldenstand



Schuldenkrise: Verbindlichkeiten, die durch das erste Griechenlandpaket, die Einlagen im ESM und die über die EFSF abgewickelten Bürgschaften entstehen. Finanzmarktkrise: Verbindlichkeiten, die den Gebietskörperschaften durch die Bankrettung entstehen: FMS-Wertmanagement und EAA.

Quelle: Deutsche Bundesbank, Monatsbericht; BMF, Monatsbericht; Berechnungen und Prognosen des IfW Kiel.

Risiken und Wirtschaftspolitik

Der weitere Verlauf und die politischen Folgen des Ukraine-Kriegs sind ungewiss. Das mit Abstand größte Risiko für die Prognose rührt vom Kriegsgeschehen in der Ukraine her. Von der Frage, ob – und falls ja wann – die Situation weiter eskaliert oder es zu einer Befriedigung kommt, hängen insbesondere die Rohstoffpreisentwicklung, das Ausmaß der Lieferengpässe, das Sanktionsregime sowie die Flüchtlingsströme ab. Hier ist unterstellt, dass die bislang verhängten Sanktionen während des gesamten Prognosezeitraums in Kraft bleiben und die

russischen Energielieferungen fortgesetzt werden. Weil aber eine Lieferunterbrechung drohen könnte, dürften entsprechende Risikozuschläge und höhere Kosten für das parallel vorangetriebene Ausweichen auf alternative Lieferquellen (z. B. vermehrter Einsatz von LNG) die Energierohstoffpreise deutlich über dem Niveau halten, das sich ohne den Konflikt ergeben würde. Jede Zuspitzung des Konfliktes dürfte unmittelbar auf die Risikoeinschätzung und somit auf wichtige Energierohstoffnotierungen durchschlagen. Umgekehrt würden Entspannungssignale wirken. Energiepreissprünge können bei Friktionen im Überwälzungsprozess kurzfristig realwirtschaftliche Aktivität zusätzlich behindern. Käme es zeitnah zu einem abrupten Stopp der Energielieferungen, wäre wohl mit einem erheblichen Einbruch der Wirtschaftsleistung hierzulande zu rechnen. Naturgemäß hängen auch Fluchtbewegungen stark von der weiteren militärischen und politischen Entwicklung in der Ukraine ab. Je länger der Krieg andauert, desto mehr Menschen werden im Westen Schutz suchen. Sollte es zu einer Befriedigung kommen, wird es nicht zuletzt von den politischen Verhältnissen abhängen, wie viele Menschen in ihre Heimat zurückkehren werden. Das Ausmaß der kriegsbedingten Migration ist derzeit kaum absehbar. Für diese Prognose wird sie nur mit Blick auf die fiskalischen Ausgaben für die Flüchtlingsversorgung eingestellt, für die wir in beiden Prognosejahren jeweils 15 Mrd. Euro veranschlagen. Sollten Menschen aus der Ukraine dauerhaft in Deutschland bleiben, würden sie auch das Arbeitskräftepotenzial anheben, was in dieser Prognose aufgrund der Ungewissheit über die zu erwartende Zahl und Bleibedauer noch nicht berücksichtigt ist und somit ein Aufwärtsrisiko, insbesondere für das kommende Jahr darstellt.

Mögliche neue Pandemiewellen bergen Abwärtsrisiken. Diese Prognose geht davon aus, dass ab dem Frühjahr hierzulande keine Infektionsschutzmaßnahmen mehr in Kraft sind, die die ökonomische Aktivität nennenswert beeinträchtigen. Dies beinhaltet die Annahme, dass die Pandemie in Deutschland in eine endemische Phase mündet und angesichts der Impffortschritte keine Überlastung des Gesundheitssystems droht, die abermalige Kontaktbeschränkungen erforderlich machen würde. Andernfalls wäre mit Aktivitätseinbußen in den kontaktintensiven Dienst-

leistungsbereichen und – bei Arbeitsausfällen infolge von Krankheit und Quarantäne – auch darüber hinaus zu rechnen. Ferner besteht ein erhöhtes Risiko für die internationalen Lieferketten dadurch, dass in anderen Weltregionen (insbesondere in China) die Pandemiepolitik stärker ökonomisch durchschlägt, weil weiterhin immer wieder größere Lockdown-Maßnahmen verhängt werden.

Im Wesentlichen sollte der Staat die stark gestiegenen Energiepreise durchwirken lassen.

Relativpreissignale sind im marktwirtschaftlichen Gefüge nicht nur Symptom des Problems, sondern auch Teil der Lösung. Das Problem ist die höhere tatsächliche oder drohende Knappheit eines Gutes, die Lösung besteht in dezentralen Anreizen, mit diesem Gut sparsamer umzugehen und verstärkt nach Ersatzstoffen zu suchen. Die gestiegene Knappheit (in Form größerer Versorgungsunsicherheit) bei Energieträgern kann der Staat über Preiseingriffe nicht aus der Welt schaffen. Umso mehr kommt es darauf an, dass er die marktwirtschaftlichen Anpassungsmechanismen nicht behindert. Im äußersten Fall müsste sonst staatliche Rationierung an die Stelle von Marktprozessen treten, wodurch der gesamtwirtschaftliche Schaden noch größer wird. Denn in diesem Fall ist – anders als bei Preissignalen – nicht mehr gewährleistet, dass Energie dort eingespart wird, wo es mit den geringstmöglichen Einschränkungen möglich ist. Aber auch schon die Quersubventionierung von Energieträgern bzw. die Anpassung von Steuern an steigende Marktpreise verwässert die Effizienz des Preissystems, sofern nicht die Besteuerung selbst – dann aber unabhängig von der Höhe der Energienotierungen – als unvertretbar verzerrend gilt. Dann sollte sie jedoch auf Dauer und nicht nur in Reaktion auf Hochpreisphasen geändert werden. Eingriffe in das Preissystem sind daher die falsche Antwort auf akut steigende Energiepreise. Dies kann auch nicht dadurch begründet werden, dass Unternehmen abrupt mit höheren Rohstoffpreisen konfrontiert sind. Denn grundsätzlich sollten – sofern Lieferverträge nicht ohnehin Anpassungsklauseln für steigende Rohstoffpreise enthalten – Nachverhandlungen zwischen den Marktparteien möglich sein. Denn eine Vertragsseite, die sich darauf nicht einlässt, läuft Gefahr, ihren Geschäftspartner durch Insolvenz zu verlieren und dann im Neugeschäft

ohnehin mit höheren Beschaffungspreisen konfrontiert zu sein. Allenfalls kommen staatlich garantierte Notfallkredite unter Risikobeteiligung der Kreditwirtschaft für solche Unternehmen in Betracht, die bei regionalen Preisspitzen im internationalen Wettbewerb kurzfristig in Existenznot kämen, langfristig aber am Markt bestehen könnten.

In Reaktion auf höhere Energiepreise verfehlt ein nationaler Subventionswettbewerb das Ziel und sollte auf EU-Ebene unterbunden werden.

Die Mitgliedsländer der EU haben sich bei den Sanktionen gegen Russland als Antwort auf den Überfall auf die Ukraine sehr geschlossen gezeigt. Auf diese Geschlossenheit kommt es weiterhin an, wenn es um die Reaktion auf die Sanktionsfolgen (insbesondere den Energiepreisanstieg) geht. Denn wenn alle EU-Länder nach und nach Energiesteuern senken oder Energiezuschüsse ausreichen, führt dies bei kurzfristig wenig elastischem Angebot tendenziell dazu, dass die Nettopreise für Energie steigen, so dass die staatlichen Hilfen letztlich nicht den Energieverbrauchern, sondern den Anbietern zugutekommen. Für ein einzelnes (kleines) Land ist dieser Effekt vernachlässigbar, für den europäischen Wirtschaftsraum als ganzer jedoch nicht. Aufgrund des darin liegenden Gefangenendilemmas ist eine Koordination auf EU-Ebene geboten. Die EU-Wettbewerbspolitik sollte einen nationalen Subventionswettbewerb insbesondere für die energieintensiven Industrien (und idealerweise auch für private Haushalte) verhindern. Wenn höhere Energiepreise alle Unternehmen in ähnlicher Weise treffen, sollten sich höhere Energiekosten auch leichter an die Abnehmer überwälzen lassen. Deshalb ist es wichtig, dass es hierbei innerhalb der EU nicht durch nationale Sonderwege zu Wettbewerbsverzerrungen kommt.

Preisschübe sollten systematisch im Steuer-Transfer-System Berücksichtigung finden.

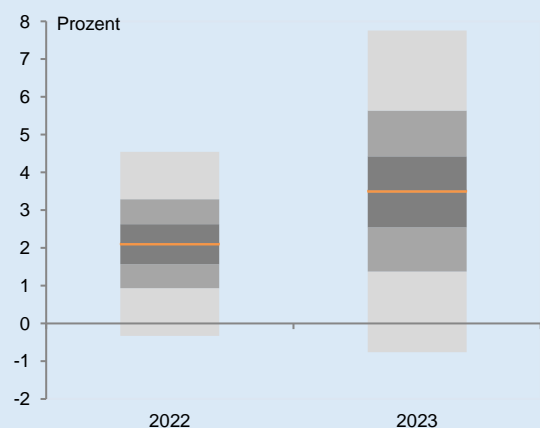
Einkommensschwache Gruppen, die infolge höherer Lebenshaltungskosten an ihre Belastungsgrenze stoßen, können über gezielte, verwendungsungebundene Transfers unterstützt werden. Ad-hoc Maßnahmen (z. B. Heizkostenzuschüsse) können zwar akute Not lindern, besser wäre es aber, steigende Lebenshaltungskosten – unabhängig von der Ursache – systematisch im Steuer-Transfer-System dadurch zu

berücksichtigen, dass Nominalwerte zeitnah an steigende Verbraucherpreise angepasst werden („Tarife und Transfers auf Rädern“). Dies betrifft etwa den Grundfreibetrag und die Tarifstufen bei der Einkommensteuer ebenso wie ALG-II-Sätze. Zudem ist darauf zu achten, dass künftig scharfe Schwellenwerte beim Einkommensbezug, bis zu dem bestimmte Transfers gewährt bzw. ab dem Einkommen abrupt mit Abgaben belegt werden, nicht mehr auftreten, um krasse Fehlanreize in der Nähe dieser Sprungstellen zu vermeiden (Bruckmeier et al. 2018). Eine systematische Anpassung der Nominalbeträge im Steuer-Transfer-System an steigende Lebenshaltungskosten wird in Phasen höherer Inflation, wie sie im Prognosezeitraum herrscht, noch wichtiger. Denn die höheren Energiepreise kommen in zwei Schüben bei den privaten Haushalten an. Zum einen direkt in Form höherer eigener Energiekosten und indirekt darüber, dass sich die höheren Energiekosten in der Konsumgüterproduktion nach und nach in höhere Preisen an die Verbraucher weiterwälzen. Auch dieser Preisanstieg schmälert die ökonomische Leistungsfähigkeit der privaten Haushalte und sollte zeitnah im staatlichen Umverteilungssystem berücksichtigt werden, wobei für die Anpassung der Nominalwerte nicht nur Inflationsprognosen, sondern rückwirkend auch Prognosefehler seit der vor-maligen Anpassung Eingang finden sollte (Boysen-Hogrefe 2021).

Eine stabilitätsorientierte Finanzpolitik muss die realwirtschaftlichen Möglichkeiten im Auge behalten. Mit der geänderten Schuldenbremse und dem jüngst angekündigten Sondervermögen für die Bundeswehr erschließt sich die Bundesregierung in den kommenden Jahren defizitträchtige Ausgabenspielräume, die mit der bisherigen Schuldenbremse nicht vereinbar gewesen wären. Befürworter begründen dies damit, dass die Schuldentragfähigkeit Deutschlands dadurch nicht gefährdet sei. Dies trifft zwar zu, greift aber für die ökonomische Beurteilung mit Blick auf die nächsten Jahre zu kurz. Denn aus gesamtwirtschaftlicher Sicht ist auch bedeutsam, ob zusätzliche schuldenfinanzierte Ausgaben unter konjunkturellen Aspekten stabilitätsge-recht sind. Das wird zunehmend zweifelhaft, denn während die Wachstumskräfte der

deutschen Wirtschaft aus demografischen Gründen kontinuierlich schwinden, werden immer neue Ansprüche an das Produktionspotenzial formuliert. Angefangen mit steigenden Bedarfen für die Alterssicherungs- und Gesundheitssysteme, über erhebliche Mehrausgaben zur Dekarbonisierung und den Infrastrukturausbau, einer dauerhaften Aufstockung der Verteidigungsausgaben bis hin zu jüngst angekündigten weiteren Energiekostenzuschüssen. Kurzfristig weicht die Finanzpolitik – unabhängig von der gesamtwirtschaftlichen Auslastung – in neue Schulden aus, Vorschläge zur Konsolidierung (Repriorisierung von Ausgaben oder Mehreinnahmen) sind derzeit nicht zu vernehmen. Dies dürfte auch daher rühren, dass im laufenden Jahr die Defizitgrenze der Schuldenbremse immer noch ausgesetzt ist. Der Ukraine-Krieg wirkt zudem kurzfristig als negativer angebotsseitiger Schock. Wird die Überforderung der Produktionsmöglichkeiten nicht durch eine gegensteuernde Geldpolitik abgewendet, was sich für den Euroraum derzeit nicht abzeichnet, verstärkt eine expansive Finanzpolitik den inflationären Druck. Dieser war bereits vor dem Ausbruch des Ukraine-Kriegs in Gang gekommen und erlangt durch die jüngsten Energiepreisanstiege einen zusätzlichen Schub. Versucht die Finanzpolitik, die Folgen der Inflation durch defizitfinanzierte Hilfen an den Privatsektor auszugleichen, verstärkt sie nur die Ursache des Symptoms, das sie bekämpfen will.

Abbildung 26:
Prognoseintervalle für die Zunahme des realen Bruttoinlandsprodukts



Bruttoinlandsprodukt: preisbereinigt; prognostizierter Anstieg (orangene Linie) und Prognoseintervall (grau hinterlegte Flächen) bei Konfidenzniveaus von 33, 66 und 95 Prozent (basierend auf Prognosefehlern des Instituts für Weltwirtschaft jeweils im ersten Quartal der Jahre 1994–2021).

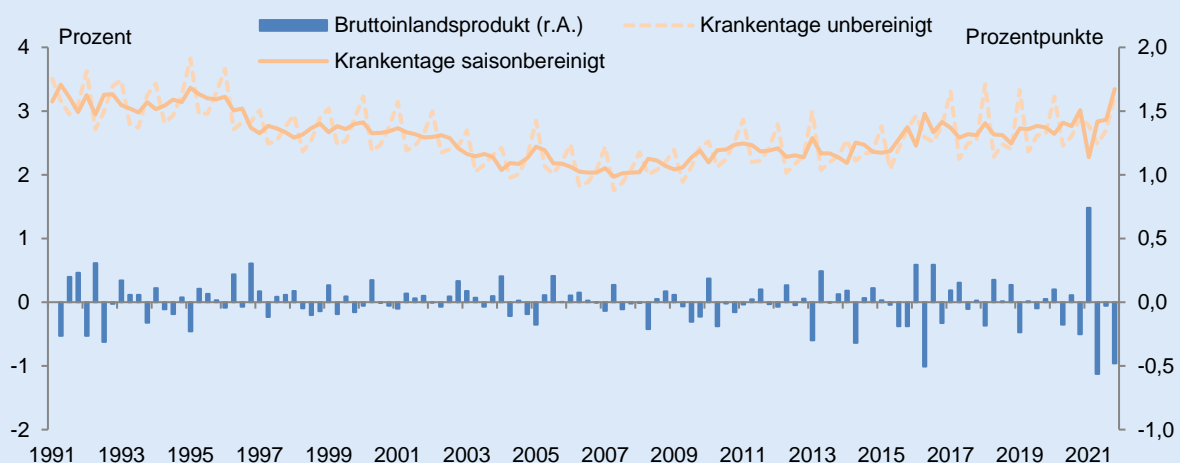
Quelle: Berechnungen des IfW Kiel.

Kasten 1:**Wie stark belasten pandemiebedingte Arbeitsausfälle die Wirtschaftsleistung?**

Mit den stark steigenden Corona-Infektionen können Arbeitsausfälle zu einem zusätzlichen Belastungsfaktor für die wirtschaftliche Aktivität geworden sein. Umfragen zufolge waren zu Jahresbeginn rund 40 Prozent der Betriebe von pandemiebedingten Arbeitsausfällen betroffen (IAB 2022; ZDH 2022). Damit stellt sich die Frage nach den gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen, zumal derzeit viele zusätzliche Faktoren (z.B. Möglichkeit im Homeoffice zu arbeiten, Ausfall der Kinderbetreuung oder Quarantäneregelungen) einen spürbaren Einfluss auf das Ausmaß der Arbeitsausfälle und deren wirtschaftliche Bedeutung haben.

Krankheitsbedingte Arbeitsausfälle dürften für gewöhnlich eine unterproportionale Auswirkung auf die Wirtschaftsleistung haben, da sie innerbetrieblich zum Teil aufgefangen oder ein Teil der entfallenen Wertschöpfung nach der Gesundung nachgeholt werden können. Zudem geht neben dem Faktor Arbeit auch noch der Kapitalstock in den Produktionsprozess ein. Überproportionale Effekte wären vor allem dann denkbar, wenn Arbeitsausfälle die betrieblichen Abläufe in Unternehmen lahmlegen oder produktionsrelevante Infrastruktur spürbar gestört würde. Der Zusammenhang zwischen Arbeitsausfall und Wirtschaftsleistung in Deutschland ist empirisch schwer zu messen, da Schwankungen beim Krankenstand in der Vergangenheit kein wesentlicher Treiber für Produktionsschwankungen waren und durch andere Faktoren überlagert worden sind. Demzufolge variieren die Ergebnisse von empirischen Analysen je nach Modellspezifikation. Insgesamt deuten sie für die Jahre 1991 bis 2019 darauf hin, dass ein erhöhter Krankenstand von 1 Arbeitstag je Erwerbstätigen in einem Quartal etwa mit einer um 0,7 bis 1,1 Prozentpunkte geringeren Zuwachsrate des Bruttoinlandsprodukts in diesem Quartal einhergegangen ist (Jannsen 2020a, 2020b). Geht man von einem Effekt von 1 Prozentpunkt aus, so sprechen die Ergebnisse bei rund 50 Arbeitstagen je Quartal ebenfalls für einen unterproportionalen Effekt von krankheitsbedingten Arbeitsausfällen auf die Wirtschaftsleistung: Bei einem krankheitsbedingten Arbeitsausfall von 2 Prozent (entspricht etwa 1 Arbeitstag) würde das Bruttoinlandsprodukt demzufolge um rund 1 Prozent sinken. Unterproportionale Auswirkungen auf die Wirtschaftsleistung finden sich auch in anderen empirischen Studien (Grinza und Rycx 2020). Sobald sich der Krankenstand wieder verringert, kehrt das Bruttoinlandsprodukt wieder auf sein altes Niveau zurück.

Vor der Pandemie schwankte der Krankenstand jenseits des saisonalen Musters nicht sehr stark. So lag der höchste Anstieg zwischen zwei Quartalen bei 0,5 Krankentagen und – unterstellt man einen Zusammenhang von 1 zwischen Veränderung des Krankenstands und des Bruttoinlandsprodukts – demzufolge lag der größte negative Effekt auf die Zuwachsrate des Bruttoinlandsprodukts wohl bei etwa 0,5 Prozentpunkten (Abbildung K1-1). Nach dem Beginn der Pandemie war zunächst kein deutlich erhöhter Krankenstand zu verzeichnen. Im ersten Quartal 2021 war der Krankenstand sogar ausgesprochen niedrig, wohl vor allem weil die Grippewelle aufgrund der Infektionsschutzmaßnahmen ungewöhnlich wenige Arbeitsausfälle verursachte. Im vierten Quartal 2021 erreichte der Krankenstand jedoch erstmals ein deutlich erhöhtes Niveau und stieg abgesehen von den üblichen saisonalen Schwankungen um 0,5 Tage.

Abbildung K1-1**Krankenstand und Effekt auf das Bruttoinlandsprodukt**

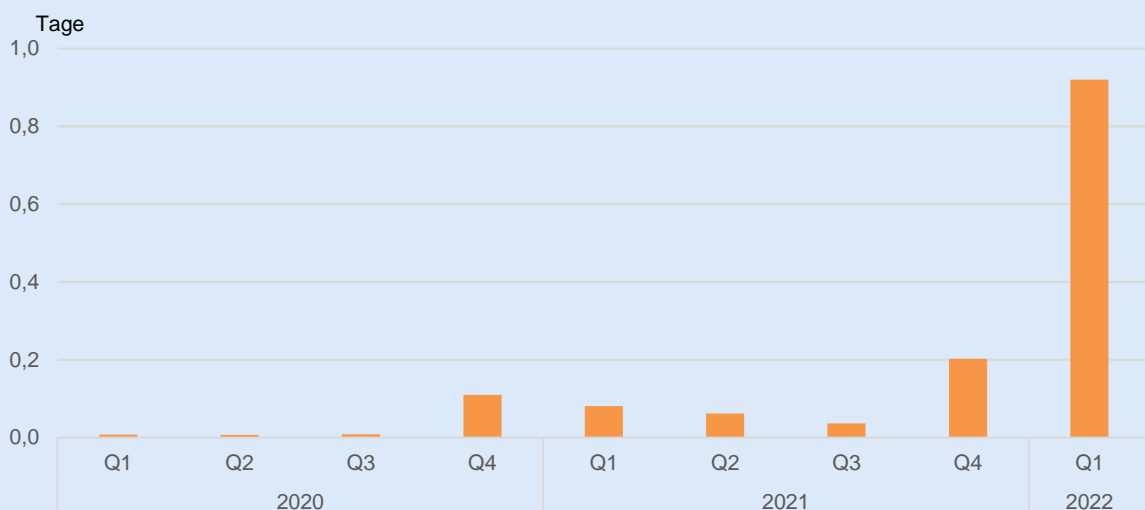
Quartalsdaten. Krankentage saisonbereinigt mit dem Saisonbereinigungsverfahren X11; Bruttoinlandsprodukt, saison- und kalenderbereinigt; Effekt der Krankentage auf die Zuwachsrate in Prozentpunkten.

Quelle: IAB, Arbeitszeitrechnung; Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IfW Kiel.

Anhand der Corona-Infektionszahlen lassen sich die Auswirkungen auf den Krankenstand abschätzen. Dazu kann die Altersstruktur der Infizierten mit den nach Alterskohorten typischen Erwerbstätigenquoten (für das Jahr 2020) in Verbindung gesetzt werden, um so die Zahl der infizierten Erwerbstätigen abzuschätzen. Demnach schwankte der Anteil der Erwerbstätigen unter den Infizierten bislang von Woche zu Woche zwischen 50 und 70 Prozent. Seit Beginn dieses Jahres 2022 lag er im Durchschnitt bei rund 53 Prozent. Über die Zahl der Arbeitstage, die jeder infizierte Erwerbstätige im Durchschnitt ausfällt, ergibt sich der Einfluss auf den Krankenstand. Für die Berechnungen wird die durchschnittliche Anzahl der Ausfalltage auf 6 gesetzt.^a Demzufolge waren die krankheitsbedingten Ausfälle durch die Pandemie bis zum Ende des vergangenen Jahres eher gering. Der größte Effekt ergab sich mit 0,2 Arbeitstagen je Erwerbstätigen im vierten Quartal 2021, was sich auch in dem merklichen Anstieg des Krankenstandes widerspiegelt.^b

Im ersten Quartal des laufenden Jahres dürften die Neuinfektionen einen deutlich größeren Einfluss auf den Krankenstand ausgeübt haben. Bleiben die Fallzahlen bis Ende März auf dem Mitte März verzeichneten Niveau, so würde sich die Zahl der täglichen Neuinfektionen im ersten Quartal auf durchschnittlich etwa 145 000 belaufen. Bei einer Erwerbstätigenquote von rund 53 Prozent unter den Infizierten und einem Ausfall von 6 Arbeitstagen je erkranktem Erwerbstätigen würde die Zahl der Krankentage im ersten Quartal um 0,7 Tage höher gelegen haben als im vierten Quartal. Für sich genommen könnte dadurch die Zuwachsrates des Bruttoinlandsprodukts um etwa 0,7 Prozentpunkte gedämpft worden sein (Abbildung K1 - 2). Selbst wenn die Fallzahlen ab Mitte März deutlich steigen oder sinken würden, hätte dies für den Arbeitsausfall im ersten Quartal insgesamt keine größeren Auswirkungen mehr. Wenn die hohen Fallzahlen noch länger Bestand haben, könnten sich im zweiten Quartal jedoch zusätzliche Belastungen durch Arbeitsausfälle ergeben oder die bei sinkenden Fallzahlen zu erwartende Erholung zumindest verzögern.

Abbildung K1-2
Pandemiebedingte zusätzliche Krankentage



Quartalsdaten. Krankentage anhand von Annahmen zur Zahl der Neuinfektionen, Erwerbstätigenquote und der Ausfallzeit abgeschätzt. Andere Faktoren sind nicht berücksichtigt.

Quelle: IAB, Arbeitszeitrechnung; Schätzungen des Ifw Kiel.

Freilich gibt es eine Reihe von weiteren Faktoren, die den Zusammenhang zwischen Infektionszahlen und Wirtschaftsleistung spürbar beeinflussen. Einige dieser Faktoren sprechen für größere Auswirkungen:

- Quarantäne von Kontaktpersonen: Infizierte haben in der Regel mehrere Kontaktpersonen, die sich in Quarantäne begeben möchten oder müssen. Schätzungen für frühere Wellen sind daher davon ausgegangen, dass die quarantänebedingten Arbeitsausfälle bedeutsamer waren als die krankheitsbedingten Ausfälle (Wanger und Weber 2021). Mittlerweile sind die Quarantäneregeln jedoch deutlich gelockert worden (RKI 2022). Rund 80 Prozent der Personen (ein Großteil der geimpften Personen oder frisch Genesene) müssen sich den neuen Regeln zufolge nicht mehr in Quarantäne begeben. Gleichwohl können sich durch Quarantäne angesichts der hohen Zahl von Neuinfektionen spürbare zusätzliche Arbeitsausfälle ergeben: Bei einem linearen

Zusammenhang zwischen Arbeitsausfall und Bruttoinlandsprodukt würde sich bei einer betroffenen Kontaktperson je Infiziertem der negative Effekt verdoppeln.

- **Arbeitsausfälle durch Kinderbetreuung:** Zusätzliche Arbeitsausfälle können entstehen, wenn Erwerbstätige pandemiebedingt die Kinderbetreuung übernehmen müssen. Im Jahr 2020 waren in 3,2 Mill. Familien mit Kindern unter elf Jahren beide Elternteile erwerbstätig. Zudem waren 548 000 Alleinerziehende mit Kindern im Alter von unter elf Jahren erwerbstätig (Statistische Bundesamt 2022). Der Anteil der Kinder unter elf Jahren an den Infizierten hat im Pandemieverlauf stark geschwankt. Zuletzt ist er deutlich gestiegen und lag bei rund 15 Prozent. Dies entspricht rund 450 000 Personen bzw. knapp 6 Prozent aller Kinder unter elf Jahren. Sofern deren Anteil an den Infizierten im gesamten ersten Quartal auf diesem Niveau bleibt, hätten sich in dem hier zugrunde gelegten Szenario für das Infektionsgeschehen im ersten Quartal rund 2 Mill. Kinder unter elf Jahren infiziert. Dies entspricht etwa 25 Prozent aller Personen in dieser Alterskohorte. Insgesamt könnte es aufgrund der Kinderbetreuung somit zu zusätzlichen spürbaren Arbeitsausfällen gekommen sein. Allerdings dürfte dieser Faktor gegenüber früheren Wellen an Bedeutung verloren haben, in denen es zeitweise zu nahezu vollständigen Schließungen der Kinderbetreuungseinrichtungen gekommen war und die fehlende Kinderbetreuung gegenüber krankheits- oder quarantänebedingten Arbeitsausfällen spürbar größere Auswirkungen gehabt haben könnte (Wanger und Weber 2021). Sofern in 25 Prozent der betroffenen Familien ein Erwerbstätiger zusätzlich für jeweils 6 Arbeitstage ausfällt, würde sich dadurch die Zahl der zusätzlichen Krankentage im ersten Quartal von 0,7 auf 0,8 erhöhen. Für geringere Effekte spricht, dass in vielen Familien auch mehrere Kinder betroffen sein dürften, ohne dass es zu einem zusätzlichen Arbeitsausfall kommt. Für größere Effekte spricht, dass Quarantänefälle als Kontaktpersonen bei den Kindern unter elf Jahren zu zusätzlichen Arbeitsausfällen führen können.
- **Nicht erfasste Infizierte:** Aufgrund vielfach milder Verläufe und begrenzter Textkapazitäten wird die Zahl der Infizierten wohl nur noch unvollständig erfasst. Schätzungen gehen zum Teil davon aus, dass die Zahl der Infizierten deutlich höher ist, als derzeit ausgewiesen. Zwar dürften Arbeitsausfälle bei den nicht erfassten Infizierten angesichts der wohl mildereren Krankheitsausfälle in geringem Umfang auftreten. Allerdings könnten sich bei einer sehr großen Zahl gleichwohl merkliche zusätzliche dämpfende Effekte auf die Wirtschaftsleistung ergeben.

Andere Faktoren sprechen für geringere Auswirkungen:

- **Homeoffice:** Die Zahl der Arbeitsausfälle kann durch die Möglichkeit, im Homeoffice zu arbeiten, spürbar reduziert werden. Bei asymptomatischen oder sehr milden Verläufen könnten Infizierte zumindest teilweise zu Hause arbeiten. Auch die Arbeitsausfälle durch Quarantäne oder Kinderbetreuung werden durch die Möglichkeit im Homeoffice zu arbeiten reduziert. Laut Umfragen lag der Anteil der Erwerbstätigen, die in der ersten Jahreshälfte 2021 ganz oder überwiegend im Homeoffice gearbeitet haben, bei bis zu 30 Prozent (ifo Institut und infas 2021). Grundsätzlich könnten wohl bis zu 50 Prozent der Beschäftigten ihrer Tätigkeit größtenteils zu Hause nachgehen (ifo Institut und infas 2021). Wenn bei 30 Prozent der Infizierten durch Homeoffice der Arbeitsausfall um durchschnittlich 50 Prozent reduziert würde, wären die Arbeitsausfälle um 15 Prozent niedriger. Im Basisszenario würde die negative Wirkung auf die Zuwachsrates des Bruttoinlandsprodukts von 0,6 Prozentpunkten auf rund 0,5 Prozentpunkte sinken.
- **Niedriges Produktionsniveau:** Arbeitsausfälle führen zu geringeren Produktionsausfällen, wenn die Kapazitäten in den Betrieben ohnehin nicht voll ausgelastet sind. Im vierten Quartal lag die gesamtwirtschaftliche Kapazitätsauslastung wohl deutlich unterhalb ihres Normalniveaus. Die geringe Auslastung konzentriert sich dabei auf bestimmte Branchen, wie dem Gastgewerbe oder dem Verarbeitendem Gewerbe, die besonders unter der Pandemie bzw. damit zusammenhängenden Lieferengpässen leiden. So lag die Produktion im Verarbeitenden Gewerbe aufgrund der Lieferengpässe zuletzt um mehr als 10 Prozent unter dem Niveau, das angesichts der Auftragsgänge möglich gewesen wäre ([Beckmann und Jannsen 2021](#)). Gerade in diesen Branchen dürften Arbeitsausfälle bis zu einem bestimmten Grad zunächst nur vergleichsweise geringe Produktionsausfälle verursachen.
- **Weniger Grippeerkrankungen:** Die bislang vorliegenden Zahlen deuten darauf hin, dass die Grippewelle auch in diesem Jahr vergleichsweise mild ausfällt. Grundsätzlich könnten die niedrigeren Grippefälle fast vollständig die höheren Arbeitsausfälle durch Corona kompensieren. Mit den nachlassenden Infektionsschutzmaßnahmen könnte jedoch auch die Zahl der Grippefälle zunehmen.

Alles in allem sind die Auswirkungen der krankheitsbedingten Arbeitsausfälle auf das Bruttoinlandsprodukt wohl spürbar, aber nur einer von mehreren sich zum Teil überlappenden Faktoren. Aufgrund des insgesamt ohnehin geringen Produktionsniveaus sowie der wohl ungewöhnlich niedrigen Zahl an Grippefällen gehen wir für unsere Prognose davon aus, dass die Auswirkungen trotz der hohen Fallzahlen wohl recht gering ausgefallen sind. Wir rechnen damit, dass die Zuwachsrate des Bruttoinlandsprodukts im ersten Quartal um weniger als 0,5 Prozentpunkte durch Arbeitsausfälle gedämpft worden ist. Sofern die Fallzahlen auch weit in das zweite Quartal hinein sehr hoch bleiben, könnten sich zusätzliche Belastungen dadurch ergeben, dass coronabedingte Arbeitsausfälle nicht mehr durch weniger Grippefälle kompensiert werden, da die Grippewelle im Frühjahr üblicherweise ausläuft.

^a Die Anzahl der Ausfalltage dürfte sich im Zeitablauf ändern und von Welle zu Welle geschwankt haben. Derzeit können Infizierte 10 Tage nach Auftreten der ersten Symptome oder des ersten positiven Testergebnisses ohne Test die Isolation verlassen (RKI - Coronavirus SARS-CoV-2 - Quarantäne- und Isolierungsdauern bei SARS-CoV-2-Expositionen und -Infektionen; entsprechend Beschluss der Ministerpräsidentenkonferenz vom 7. und 24. Januar 2022). Die Zahl der effektiven Arbeitstage (Arbeitstage ohne Urlaub und Krankenstand) lag im Jahr 2020 bei 209 (IAB 2021) und somit knapp 60 Prozent der Kalendertage.

^b Sofern die Ausfallzeiten in früheren Wellen aufgrund von schwereren Krankheitsverläufe höher waren, würde sich ein größerer BIP-Effekt ergeben. Bei einer durchschnittlichen Ausfallzeit von 10 Arbeitstagen läge der maximale Effekt im vierten Quartal 2022 bei 0,3 Arbeitstagen bzw. 0,3 Prozentpunkte dämpfende Wirkung auf die Zuwachsrate des Bruttoinlandsprodukts.

Kasten 2:**Zur Überwälzung der Erzeuger- und Importpreise auf die Verbraucherpreise**

Der Anstieg der Verbraucherpreise wird begleitet von deutlich stärkeren Preisanstiegen bei den Erzeugerpreisen im Verarbeitenden Gewerbe und den Preisen für Warenimporte. Nicht unmittelbar ersichtlich ist dabei jedoch, wieviel von diesen Preisanstiegen bereits an die Verbraucher weitergegeben wurde bzw. wieviel Preisdruck sich dadurch aufgebaut hat. An dieser Stelle soll mittels der Input-Output-Tabelle des Jahres 2018 (IO2018) von der Preisdynamik auf der Erzeugerseite und auf der Importseite auf die Verbraucherpreise geschlossen werden.

Die Erzeugerpreise im Verarbeitenden Gewerbe lagen im Januar 25 Prozent über dem Vorjahreswert, während die Inflation laut Verbraucherpreisindex 4,9 Prozent betrug. Für diese Diskrepanz gibt es mehrere Gründe. Zum einen besteht der Warenkorb der Konsumenten nur zu einem Teil aus Erzeugnissen des Verarbeitenden Gewerbes, Waren machen derzeit nur gut ein Viertel am Warenkorb aus. Zum anderen wurden die höheren Erzeugerpreise von Handelsunternehmen gegebenenfalls noch nicht vollständig weitergegeben. Zudem ist auch zu berücksichtigen, dass die Produkte des Verarbeitenden Gewerbes als Vorleistungen zur Produktion anderer Güter genutzt werden. Anhand von Input-Output-Tabellen lässt sich abschätzen, wie stark die Verbraucherpreise steigen würden, wenn die Erzeuger- oder Importpreisanstiege sofort und vollständig weitergegeben würden. Die resultierenden Indikatoren können als Richtschur dafür herangezogen werden, in welchem Umfang die Preisanstiege bereits weitergegeben wurden und wie groß der zukünftige Preisdruck ist.

Um den möglichen Einfluss der Erzeugerpreise auf den Verbraucherpreisindex zu ermitteln, werden zunächst die Erzeugerpreise in derselben Gliederung herangezogen, wie sie in den Input-Output-Tabellen für das Jahr 2018 vorliegen. Ferner werden aus der IO2018 die Anteile der vom Verarbeitenden Gewerbe erzeugten Güter (Endprodukte) am privaten Konsum ermittelt. Mit den güterspezifischen Anteilen wird der Vorjahresvergleich der Erzeugerpreisindizes gewichtet und zum direkten Inflationsbeitrag der Erzeugerpreise des Verarbeitenden Gewerbes aggregiert. Dies kann als direkter Effekt der Erzeugerpreise auf die Verbraucherpreise verstanden werden.

Unberücksichtigt bleibt dabei der indirekte Einfluss der Erzeugerpreise auf andere Güter über die Vorleistungsverflechtung. Um den Einfluss über die erste Vorleistungsstufe auf Güter wie Dienstleistungen oder Waren anderer Branchen als dem Verarbeitenden Gewerbe zu ermitteln, werden die Vorjahresvergleiche der Erzeugerpreisindizes mit der Vorleistungsmatrix aus der IO 2018 multipliziert. Für jedes Gut entsteht so der Preisbeitrag der Erzeugerpreise des Verarbeitenden Gewerbes in der ersten Vorleistungsstufe. Dieser Vorgang kann wiederholt werden, um den Effekt weiterer Vorleistungsstufen zu ermitteln. Die Summe über alle Vorleistungsstufen kann schließlich wieder mit den Konsumgewichten aus der IO2018 multipliziert werden, um den Gesamteffekt zu ermitteln.^a

Es zeigt sich, dass trotz des hohen Anstiegs der direkte Effekt der Erzeugerpreise rechnerisch den aktuellen Preisanstieg nicht dominiert (Abbildung K2-1). Hierbei ist allerdings zu bedenken, dass die güterspezifischen Erzeugerpreise nicht den Konsumentenpreisen entsprechen müssen und dass Nettogütersteuern generell einen Unterschied zwischen diesen beiden Größen erzeugen, was im Vorjahresvergleich bis Dezember 2021 besonders relevant ist, da die Konsumentenpreise durch die Änderungen des Mehrwertsteuersatzes beeinflusst sind. Werden die Preiseffekte der ersten Vorleistungsstufe hinzugezogen, entspricht dieser Preiseffekt bereits dem Anstieg der Verbraucherpreise im Dezember. Werden ferner die weiteren Vorleistungsstufen berücksichtigt, ergibt sich ein Preiseffekt, der mit 7,2% deutlich über dem des im Januar vorliegenden VPI-Vorjahresvergleich lag. Relativ hohe Werte bei den Erzeugerpreiseffekten wurden in den vergangenen Jahren tendenziell von Phasen höherer Verbraucherpreisinflation begleitet, so z.B. im Jahr 2011.^b Insgesamt ist damit zu rechnen, dass der Anstieg der Erzeugerpreise noch mehrere Monate auf die Verbraucherpreise wirken wird.

Das Anschwellen der Erzeugerpreise geht mit einem starken Anstieg vieler Importpreise einher. Das Verarbeitende Gewerbe nutzt Importe als Vorleistungen, so dass es möglich ist, dass der Anstieg der Erzeugerpreise zu einem großen Teil auf gestiegene Importpreise zurückgeht. Der Effekt der Importpreise wird deshalb gesondert analysiert, wobei ein ähnlicher Ansatz wie bei den Erzeugerpreisen genutzt wird. Allerdings wird nun explizit zwischen Importen und heimischer Produktion unterschieden.

Das Vorgehen ist wie folgt: Es liegen die Warenimportpreise entsprechend der Abgrenzung von 27 Gütergruppen der IO2018 vor sowie die entsprechende Verwendung dieser Gütergruppen als privater Konsum. Anhand der IO2018 wird der direkte Importanteil bestimmt. Der entsprechend gewichtete Importpreisanstieg ergibt dann den direkten Effekt der Importpreise der Gütergruppen auf die Konsumgüterpreise.

In einem nächsten Schritt wird die Importmatrix der Vorleistungen (alle Werte relativ zum Produktionswert) aus der IO2018 herangezogen und mit den Importpreisen multipliziert. Es ergibt sich für alle 72 Gütergruppen ein Importpreisindex der ersten Vorleistungsstufe. Dieser kann dann über die Konsumanteile zum Importpreiseffekt der ersten Vorleistungsstufe zusammengefasst werden. Schließlich ist zu berücksichtigen, dass die Importpreise aber auch bei heimisch produzierten Gütern über höhere

Vorleistungsstufen wirken können. Dazu wird die heimische Vorleistungsmatrix (alle Werte relativ zum Produktionswert) mit den zuvor berechneten Importpreisindizes multipliziert. Das Resultat kann wieder über die Konsumanteile zum Importpreiseffekt der zweiten Vorleistungsstufe zusammengefasst werden. Dieses Vorgehen wird iteriert und der Gesamteffekt aus der Summe der Preiseffekte über alle Vorleistungsstufen zuzüglich des direkten Effektes gebildet.

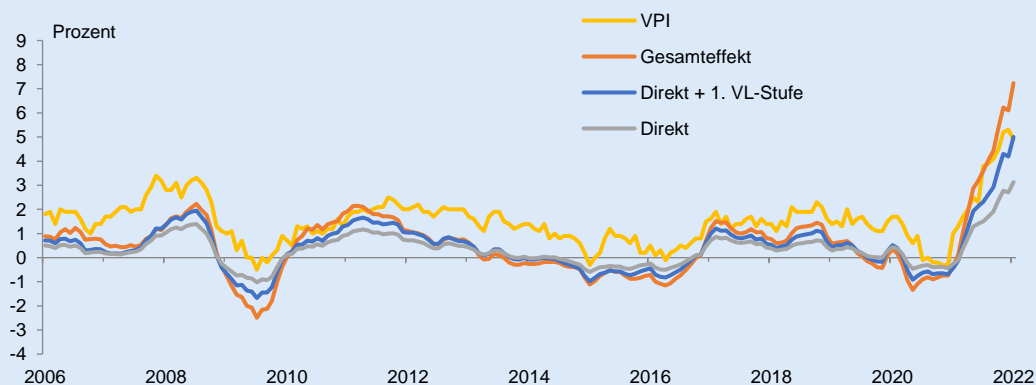
Im Dezember war der Preiseffekt der Warenimportpreise nur wenig geringer als der der heimischen Erzeugerpreise, was damit zusammenhängt, dass die heimischen Erzeugerpreise selber stark von den Importpreisen getrieben sind (Abbildung K2-2). Es zeigt sich, dass bei einer sofortigen und vollständigen Weitergabe der Warenimportpreise der Verbraucherpreisanstieg nochmal höher gewesen wäre. Dies deutet ebenfalls auf zusätzlichen Preisdruck in den kommenden Monaten hin.

Um den Einfluss der Energiepreise gesondert zu erfassen, haben wir die gleiche Analyse nur für die Importpreise für Energierohstoffe und -produkte betrachtet. Es zeigt sich, dass in den vergangenen Monaten der überwiegende Effekt auf Waren mit direktem Bezug zur Energie zurückzuführen ist (Abbildung K2-3). Bemerkenswert ist allerdings die Abschwächung im Januar, die dafür spricht, dass entweder Überwälzungseffekte vermehrt eingesetzt haben oder andere Ursachen die Verbraucherpreise aktuell vermehrt antreiben.

Die Analyse weist daraufhin, dass die Preisanstiege bei Erzeuger- und Importpreisen aus der zweiten Jahreshälfte noch nicht vollständig auf der Verbraucherpreisebene angekommen sind. So hätte eine vollständige und sofortige Überwälzung der Importpreise einen Anstieg der Verbraucherpreise von 5,9 Prozent im Januar bedeutet, während 4,9 Prozent gemessen wurden. Implizit ist die heimische induzierte Preisveränderung negativ, so dass Unternehmen Einbußen bei Gewinnmarge hinnehmen mussten. Wir rechnen damit, dass dies kein nachhaltiger Zustand ist. In der Vergangenheit lag der vollständige Preiseffekt der Importpreise im Schnitt 1 Prozentpunkt unter der Inflationsrate. Da der Importpreiseffekt derzeit deutlich über der Inflationsrate liegt, dürften weitere Preisanstiege in Zuge von Vorleistungsverflechtungen noch ausstehen. Diese kommen zusätzlich zu den jüngsten Energiepreisturbulenzen im Zusammenhang des Kriegs in der Ukraine zum Zuge.

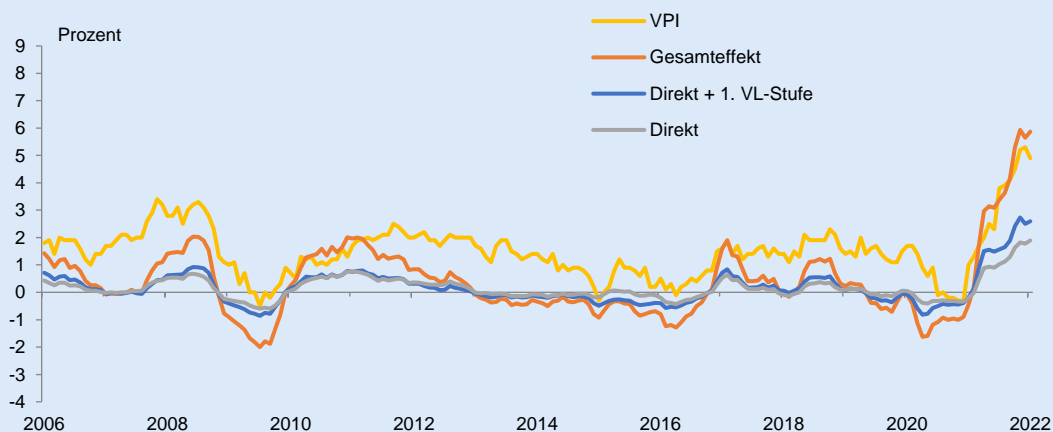
Abbildung K2-1

Einfluss der Erzeugerpreise im Verarbeitenden Gewerbe auf die Konsumentenpreise



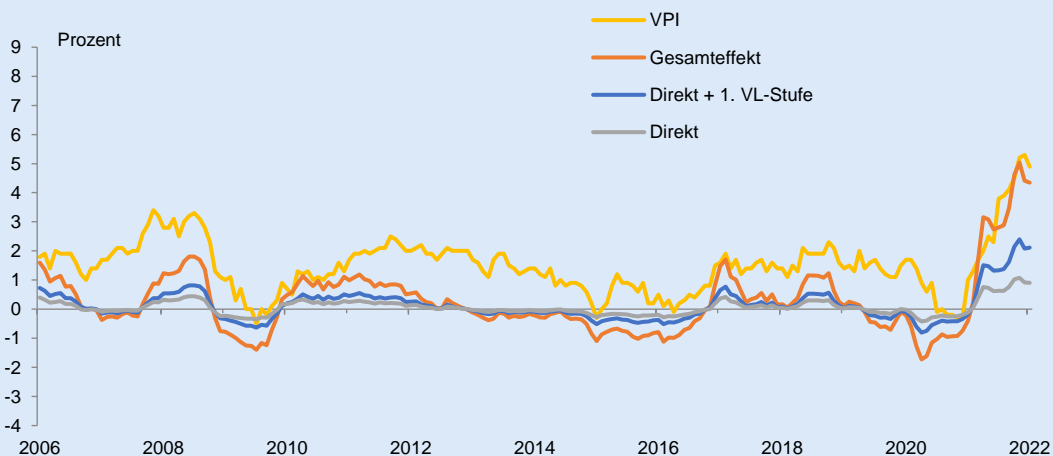
Vorjahresvergleich in Prozent bzw. Prozentpunkte. Direkt: Preisbeitrag der Güter des Verarbeitenden Gewerbes. Direkt+1. VL-Stufe: Direkter Preisbeitrag plus Preisbeitrag durch die Verwendung als Vorleistungen auf der ersten Vorleistungsstufe für andere Güter. Gesamteffekt: Direkter Preisbeitrag und Preisbeiträge über alle Vorleistungsstufen anderer Güter. VPI: Vorjahresvergleich des Verbraucherpreisindex.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Preisstatistik via Genesis*; Statistisches Bundesamt, Input-Output-Tabelle 2018; Berechnungen des IfW Kiel.

Abbildung K2-2
Einfluss der Warenimportpreise auf die Konsumentenpreise


Vorjahresvergleich in Prozent bzw. Prozentpunkte. Direkt: Preisbeitrag der als Konsumgüter importierten Waren. Direkt+1. VL-Stufe: Direkter Preisbeitrag plus Preisbeitrag durch die Verwendung als Vorleistungen auf der ersten Vorleistungsstufe für andere Güter. Gesamteffekt: Direkter Preisbeitrag und Preisbeiträge über alle Vorleistungsstufen anderer Güter. VPI: Vorjahresvergleich des Verbraucherpreisindexes.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Preisstatistik via Genesis*; Statistisches Bundesamt, Input-Output-Tabelle 2018; Berechnungen des IfW Kiel.

Abbildung K2-3
Einfluss der Energieimportpreise auf die Konsumentenpreise


Vorjahresvergleich in Prozent bzw. Prozentpunkte. Direkt: Preisbeitrag der als Konsumgüter importierten Waren. Direkt+1. VL-Stufe: Direkter Preisbeitrag plus Preisbeitrag durch die Verwendung als Vorleistungen auf der ersten Vorleistungsstufe für andere Güter. Gesamteffekt: Direkter Preisbeitrag und Preisbeiträge über alle Vorleistungsstufen anderer Güter. VPI: Vorjahresvergleich des Verbraucherpreisindexes.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Preisstatistik via Genesis*; Statistisches Bundesamt, Input-Output-Tabelle 2018; Berechnungen des IfW Kiel.

^a Sofern die Vorleistungsmatrix invertierbar ist, kann der vollständige Effekt auch durch die Multiplikation mit der Einheitsmatrix minus der Inversen der Vorleistungsmatrix erzielt werden. Effektiv macht es allerdings keinen Unterschied, ob dieses Vorgehen oder eine hinreichend große Anzahl an Iterationen durchgeführt werden. Anzumerken ist, dass in dieser Analyse implizit unterstellt wird, dass die heimischen Erzeugerpreise auch für Importe der gleichen Gütergruppe gelten („law of one price“), da hier nicht zwischen heimischer Produktion und Importen unterschieden wird.

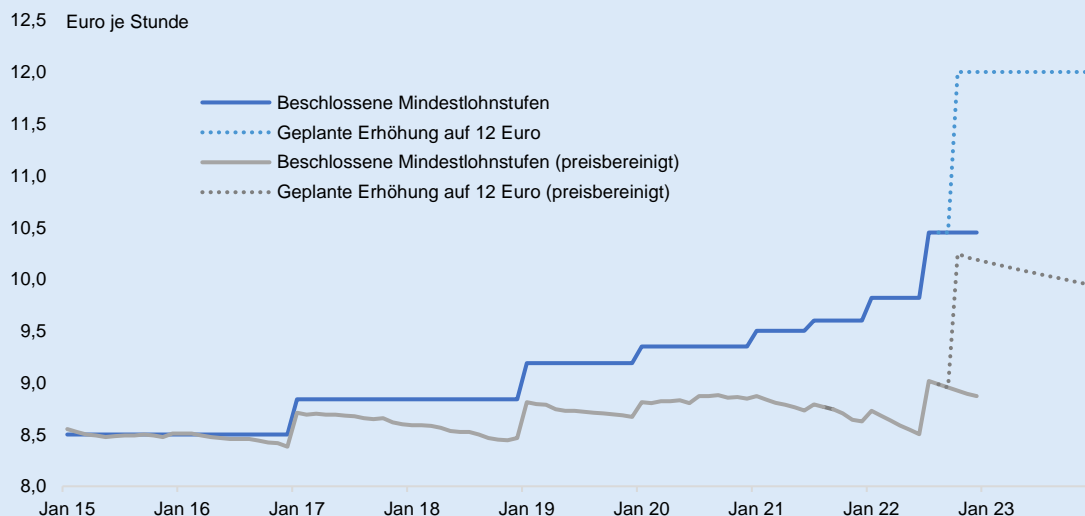
^b Nach der Spitze im Jahr 2008 zeigte sich dies nicht, was allerdings mit dem Absturz der Erzeugerpreise im Jahr 2009 einherging.

Kasten 3: Zur Mindestloohnerhöhung auf 12 Euro

Seit seiner Einführung im Jahr 2015 ist der gesetzliche Mindestlohn von 8,50 Euro brutto je Stunde in mehreren Schritten auf derzeit 9,82 Euro angehoben worden, und eine weitere Erhöhung auf 10,45 Euro ist für Juli 2022 vorgesehen. Jede der bislang beschlossenen Mindestloohnerhöhungen erfolgte dabei auf Empfehlung der Mindestlohnkommission. Ein Gesetzentwurf der Bundesregierung sieht nun vor, dass der Mindestlohn am 1. Oktober 2022 einmalig auf 12 Euro angehoben werden soll. Die nächste Anpassung ist für Januar 2024 vorgesehen und soll wieder auf Empfehlung der Mindestlohnkommission erfolgen.

Die geplante Erhöhung des gesetzlichen Mindestlohns auf 12 Euro wäre die mit Abstand größte Erhöhung seit Einführung des Mindestlohns (Abbildung K3-1). Ausgehend von 10,45 Euro, die ab Juli 2022 gelten, entspräche dies einem Anstieg um knapp 15 Prozent. Zwar ist die beschlossene Erhöhung von derzeit 9,82 Euro auf 10,45 Euro mit 6,4 Prozent bereits überdurchschnittlich hoch. Sie lässt sich allerdings damit begründen, dass der Mindestlohn trotz der Orientierung an der Tariflohnentwicklung dieser bislang hinterherhinkte, da zwischen der Entscheidung über eine Mindestlohnanpassung und ihrer Umsetzung eine Zeitverzögerung von einem halben Jahr liegt (Börschlein, Bossler und Wiemann 2021). Die Kaufkraft des Mindestlohns (gemessen an den Verbraucherpreisen) stieg durch die vergangenen Mindestloohnerhöhungen etwas. Die geplante Erhöhung auf 12 Euro hingegen wird den realen Wert des Mindestlohns deutlich erhöhen, selbst unter Berücksichtigung der stark gestiegenen Inflationsrate.

Abbildung K3-1
Entwicklung des gesetzlichen Mindestlohns



Monatsdaten; Preisbereinigung auf Basis der Verbraucherpreise inkl. Prognose des IfW Kiel bis 2023.
Quelle: Mindestlohnkommission; Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IfW Kiel.

Die geplante Erhöhung des Mindestlohns auf 12 Euro zeichnet sich durch eine höhere Eingriffsintensität aus als die Einführung des Mindestlohns. Während vor Einführung des Mindestlohns knapp 4 Mill. bzw. 10,7 Prozent der Beschäftigungsverhältnisse Stundenlöhne von weniger als 8,50 Euro aufwiesen und in den Geltungsbereich des Mindestlohns fielen, werden von der Erhöhung auf 12 Euro nach Schätzungen des Statistischen Bundesamts 6,2 Mill. bzw. 15,7 Prozent der Jobs betroffen sein werden (Tabelle K3-1).

Um die Folgen für den durchschnittlichen Stundenverdienst in der Gesamtwirtschaft abzuschätzen, muss berücksichtigt werden, dass die betroffenen Arbeitnehmer deutlich weniger Wochenstunden arbeiten als im Durchschnitt. So arbeiteten die von der Mindestlohneinführung betroffenen Arbeitnehmer 19,2 Wochenstunden, während im gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt 30,62 Wochenstunden gearbeitet wurde. Der Anteil der geleisteten Arbeitsstunden in der Gesamtwirtschaft (Arbeitsvolumen), der von der Mindestlohneinführung betroffen war, lag mit 6,7 Prozent somit deutlich niedriger als der Anteil der betroffenen Jobs. Das von der Mindestloohnerhöhung auf 12 Euro betroffene Arbeitsvolumen wird unseren Schätzungen zufolge hingegen bei 11,7 Prozent liegen. Vor Einführung des Mindestlohns von 8,50 Euro lag der Stundenverdienst der betroffenen Arbeitnehmer bei durchschnittlich 7,20 Euro; die Einführung des Mindestlohns von 8,50 Euro entsprach somit einem Anstieg von 18,1 Prozent. Die Mindestloohnerhöhung auf 12 Euro wird schätzungsweise einem Anstieg der betroffenen Stundenverdienste um durchschnittlich 16,2 Prozent entsprechen, und damit in einer ähnlichen Größenordnung wie die Mindestlohneinführung liegen.^a

Für sich genommen (d.h. insbesondere ohne Berücksichtigung von Anpassungsreaktionen und Mindestlohnverstößen) führte die Mindestlohneinführung somit zu einem Anstieg der durchschnittlichen Stundenverdienste in der Gesamtwirtschaft von 0,5 Prozent. Der Impuls durch die Erhöhung auf 12 Euro fällt mit einem Plus von 0,9 Prozent aufgrund der höheren Eingriffsintensität deutlich größer aus.^b

Welche Beschäftigungseffekte können von der Mindestlohnerhöhung auf 12 Euro erwartet werden? Rund die Hälfte der empirischen Studien, die sich mit den Folgen der Mindestlohneinführung für die Beschäftigung befasst haben, findet Hinweise auf Jobverluste (Caliendo, Schröder und Wittbrodt 2019, Knabe, Schöb und Thum 2020, Dustmann et al. 2022). Diese bewegen sich in einer Bandbreite von +11.000 bis -260.000 Stellen (Knabe, Schöb und Thum 2020: Tabelle 1). Vier von vier Studien finden darüber hinaus Hinweise darauf, dass die Mindestlohneinführung zu einer Abnahme der Arbeitszeit der betroffenen Arbeitnehmer führte. Rechnet man den Arbeitszeitrückgang in ein Stellenäquivalent um, gingen zusätzlich zwischen 140.000 und 334.000 Stellen verloren (Knabe, Schöb und Thum 2020). Zieht man jeweils den in der Mitte dieser Bandbreiten liegenden Wert heran, ergibt sich insgesamt ein negativer Beschäftigungseffekt von 362.000 Stellen, wovon 125.000 auf den direkten Stellenverlust und 237.000 auf die reduzierte Arbeitszeit zurückgehen (Tabelle K3-1, untere Hälfte). Bezogen auf die knapp 4 Mill. von der Mindestlohneinführung betroffenen Jobs entspricht dies einem Beschäftigungseffekt von -9,1 Prozent. Bezogen auf die durch die Mindestlohneinführung induzierte Erhöhung der Stundenverdienste der betroffenen Jobs von 18,1 Prozent ergibt sich somit eine Lohnelastizität der Beschäftigung von -0,5.^c Überträgt man diese Elastizität auf die Mindestlohnerhöhung auf 12 Euro, ergibt sich ein Beschäftigungsrückgang von 8,2 Prozent ($=0,5 \times 16,2$ Prozent). Bezogen auf 6,2 Mill. von der Erhöhung betroffene Arbeitsstellen entspricht dies einem Beschäftigungsverlust von insgesamt 524.000 Stellen. Unter der Annahme, dass sich dieser Beschäftigungseffekt genauso auf Stellenverlust und Arbeitszeitreduzierung aufteilt wie bei der Mindestlohneinführung, erhält man einen Stellenverlust von 180.000 Jobs. Hierbei handelt es sich um einen kurzfristigen Effekt (1-2 Jahre), da er auf Basis der Studien zur Mindestlohneinführung abgeleitet wurde, die in der Regel nur Daten aus den Jahren 2015 und 2016 auswerteten.

Tabelle K3-1:

Vergleich zwischen Mindestlohneinführung und -erhöhung auf 12 Euro

	Mindestlohn von	Arbeitnehmer			
		8,50 Euro		12 Euro	
		Betroffene	Alle	Betroffene	Alle
(1) Zahl der Jobs (in 1000)		3974	37153	6200	39580
(2) Anteil an allen Jobs/Arbeitnehmern (Prozent)		10,7		15,7	
(3) Bezahlte Arbeitsstunden je Woche (ohne Überstunden)		19,20	30,62	22,30	29,90
(4) Arbeitsvolumen (Mill. Stunden)		3423	51034	6254	53531
(5) Anteil am gesamten Arbeitsvolumen (Prozent)		6,7		11,7	
(6) Stundenverdienst vor Einführung bzw. Erhöhung des Mindestlohns (Euro)		7,20	16,97	10,33	21,55
(7) Stundenverdienst nach Einführung bzw. Erhöhung des Mindestlohns (Euro)		8,50	17,06	12,00	21,74
(8) Stundenverdienst (Veränderung in Prozent) [Zeile 7 relativ zu 6]		18,1	0,5	16,2	0,9
(9) Beschäftigungseffekt (Veränderung in 1000)		-362		-524	
(10) davon: Jobs (Veränderung in 1000)		-125		-180	
(11) davon: Arbeitszeit (Stellenäquivalent, Veränderung in 1000)		-237		-343	
(12) Beschäftigungseffekt (Veränderung in Prozent) [Zeile 9 relativ zu 1]		-9,1		-8,2	
(13) Lohnelastizität der Beschäftigung (inkl. Arbeitszeit) [Zeile 12 relativ zu 8]		-0,5		-0,5	

Annahme: Anteil der vom Mindestlohn betroffenen Jobs entspricht dem Anteil der vom Mindestlohn betroffenen Arbeitnehmer. Stundenverdienst nach Einführung bzw. Erhöhung des Mindestlohns: Ohne Berücksichtigung von Anpassungsreaktionen und Mindestlohnverstößen. Effekte der Erhöhung des Mindestlohns auf 12 Euro beinhalten auch die der Erhöhung auf 10,45 Euro zum 1. Juli 2022. Beschäftigungseffekt: Kurzfristiger Effekt nach 1-2 Jahren.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Verdienststrukturerhebung April 2014 sowie Verdiensterhebung April 2021 (Sonderabfrage); Knabe, Schöb und Thum (2020); Berechnungen des IfW Kiel.

Vergleicht man die Rahmenbedingungen zur Mindestlohnführung mit denen zur Erhöhung auf 12 Euro ergeben sich Unterschiede, die für sich genommen sowohl für schwächere als auch für stärkere

Beschäftigungseffekte der Erhöhung auf 12 Euro sprechen. Für schwächere Effekte spricht, dass derzeit ein noch höherer Arbeitskräftemangel herrscht als zur Zeit der Mindestlohneinführung. Während im Jahr 2015 mit einem Fünftel bereits überdurchschnittlich viele Unternehmen im Dienstleistungsbereich berichteten, dass Arbeitskräftemangel die Geschäftstätigkeit belastete, beklagten dies zu Beginn des Jahres 2022 sogar mehr als ein Drittel – der höchste Wert seit Erfassungsbeginn im Jahr 2003 („Limits to production“-Umfrage). Im Verarbeitenden Gewerbe und im Bau sind die Anteile aktuell ähnlich hoch und stellen ebenfalls historische Höchstwerte dar. Im Unterschied zur Mindestlohneinführung soll darüber hinaus mit der Mindestloohnerhöhung auf 12 Euro zeitgleich die Minijob-Verdienstgrenze von 450 Euro je Monat auf 520 Euro angehoben werden. Dies dürfte dazu führen, dass Minijobber einen geringeren Anreiz haben, ihre Arbeitszeit zu reduzieren, da ein Überspringen der Verdienstgrenze unwahrscheinlicher wird, jenseits dessen das Nettoeinkommen aufgrund der einsetzenden Sozialabgabepflicht zunächst sinkt. Es könnte allerdings auch dazu führen, dass lediglich der Anteil der Arbeitszeitreduzierung am gesamten Beschäftigungseffekt kleiner und der Anteil des Stellenverlusts größer wird, der gesamte Beschäftigungseffekt aber ähnlich hoch ausfällt.

Für stärkere Beschäftigungseffekte der Erhöhung auf 12 Euro im Vergleich zur Mindestlohneinführung spricht, dass die Einführung in eine Zeit eines langgestreckten Aufschwungs fiel, während die Erhöhung auf 12 Euro in einer gesamtwirtschaftlich außerordentlich schwierigeren Phase stattfindet. Die Coronakrise hat gerade im Dienstleistungsbereich, wo überdurchschnittlich viele Arbeitnehmer weniger als 12 Euro je Stunde verdienen, viele Unternehmen schwer belastet, und mit dem Krieg in der Ukraine kommt aller Voraussicht nach der nächste Rückschlag auf die Unternehmen zu. Unabhängig davon steigt mit der Höhe des Mindestlohns das Risiko, dass es zu Beschäftigungsverlusten kommt. Selbst dort, wo Arbeitgeber relativ großen Lohnsetzungsspielraum und damit Marktmacht gegenüber den Arbeitnehmern besitzen (sog. monopsonistischer Arbeitsmarkt), führt ein Mindestlohn jenseits eines bestimmten Niveaus zu Jobverlusten. Je höher der Mindestlohn gesetzt wird, desto wahrscheinlicher ist es, dass dieses Niveau überschritten wird.

Ein wesentliches Argument für einen gesetzlichen Mindestlohn ist eine damit erhoffte Reduzierung von (relativer) Armut in Deutschland. Die bisherige Forschung zur Mindestlohneinführung kann hier allerdings kaum signifikante Effekte finden, weder auf die Zahl der Erwerbstätigen, die aufgrund von geringem Einkommen zusätzlich Arbeitslosengeld II beziehen, noch auf die Armutsgefährdung der betroffenen Haushalte (Caliendo, Schröder und Wittbrodt 2019). Ein Grund könnte die mindestlohnbedingte Reduzierung der Arbeitszeit sein, wodurch das Monatseinkommen der Betroffenen kaum oder gar nicht stieg. Bei erwerbstätigen ALG-II-Beziehern wird ein Großteil des mindestlohnbedingten Einkommenszuwachses sowieso durch eine beträchtliche Reduzierung von ALG II zunichtegemacht. Grundsätzlich kann ein gesetzlicher Mindestlohn die Armutsgefährdung in Deutschland nicht spürbar senken, auch wenn es keine Beschäftigungsverluste gäbe und unabhängig von der Höhe des Mindestlohns. Zum einen kann der Mindestlohn die allermeisten Armutsgefährdeten nicht erreichen. Nur rund 10 Prozent der Armutsgefährdeten sind Vollzeitbeschäftigte; die Übrigen sind Teilzeitbeschäftigte, Rentner, Selbständige und Arbeitslose. Zum anderen sind die wenigsten Arbeitnehmer mit niedrigen Stundenverdiensten armutsgefährdet. Vor Einführung des Mindestlohns waren dies nur ein Fünftel der Arbeitnehmer mit einem Stundenlohn von weniger als 8,50 Euro (Heumer, Lesch und Schröder 2013). Grund ist, dass Arbeitnehmer mit niedrigen Stundenverdiensten oft in Haushalten mit mittleren und hohen Einkommen leben (Müller und Steiner 2013).

^a Dieser Anstieg beinhaltet auch die Mindestloohnerhöhung auf 10,45 Euro zum 1. Juli 2022. Eine gesonderte Betrachtung war aufgrund der Datenlage nicht möglich. – ^b In den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) dürfte sich die Erhöhung des Mindestlohns auf 12 Euro auch deshalb stärker in den durchschnittlichen Stundenverdiensten niederschlagen als die Einführung des Mindestlohns, weil die Verdienstinformationen seit kurzem aus der neu konzipierten Verdiensterhebung stammen, während sie zur Zeit der Mindestlohneinführung noch aus der Arbeitskostenerhebung stammten. Im Gegensatz zur neuen Verdiensterhebung klammert die Arbeitskostenerhebung Unternehmen mit weniger als zehn Beschäftigten aus. Da Niedriglohnbezieher überproportional häufig in kleinen Betrieben arbeiten, dürfte der Effekt der Mindestlohneinführung auf die durchschnittlichen Stundenverdienste in den VGR untererfasst worden sein. –

^c Die in der internationalen Mindestlohnliteratur geschätzten Elastizitäten sind im Durchschnitt niedriger, beinhalten in der Regel allerdings nicht den Beschäftigungsverlust, der sich über eine Reduzierung der Arbeitszeit ergibt.

Kasten 4:
Prognosen des IfW Kiel und tatsächliche Entwicklung im Jahr 2021

Die Corona-Pandemie hat die Prognoseunsicherheit deutlich erhöht. Rezessionen können nur schwer vorhergesagt werden mit der Folge, dass Prognosen für solche Phasen besonders große Fehler aufweisen und systematisch zu optimistisch sind (Dovern und Jannsen 2017). Die Pandemie hat zu besonders starken Schwankungen der Wirtschaftsleistung geführt, so dass die Prognosefehler selbst für Rezessionen zum Teil recht groß ausgefallen sind. Seit dem Beginn der Pandemie haben die Erfahrungswerte zu ihren Auswirkungen auf das Wirtschaftsgeschehen aber zugenommen. Auch können mittlerweile zeitnah verfügbare Frühindikatoren, wie beispielsweise Mobilitäts- oder Schiffsfahrtsdaten, besser ausgewertet werden. Nicht zuletzt deshalb waren die Prognosefehler für das Bruttoinlandsprodukt für das Jahr 2021 nur etwas höher als im längerfristigen Vergleich von 1994 bis 2020 (Tabelle K-1).^a Dazu hat zwar auch beigetragen, dass sich die Prognosefehler für den unterjährigen Quartalsverlauf zum Teil ausgeglichen haben. Allerdings hat sich die unseren Prognosen zugrundeliegende Einschätzung, dass die wirtschaftliche Aktivität sich mit nachlassendem Infektionsgeschehen immer wieder rasch ihrem normalen Niveau annähert bislang insgesamt als richtig herausgestellt.

Ein Sonderfaktor war der starke Anstieg der Wertschöpfung beim Impfstoffhersteller BioNTech. BioNTech dürfte im Jahr 2021 in etwa 0,5 Prozentpunkte zur Zuwachsrate des Bruttoinlandsprodukts beigetragen haben. Diese Wertschöpfung spiegelt sich vor allem in den vom Kooperationspartner Pfizer geleisteten Lizenzzahlungen wider, die in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen als Dienstleistungsexporte im Bereich „Gebühren für die Nutzung von geistigem Eigentum“ verbucht werden. Diese Lizenzeinnahmen sind erst gegen Ende des vergangenen Jahres geflossen und waren damit im Jahresverlauf noch nicht in den Zahlen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen enthalten. Erst mit der Veröffentlichung des Jahresergebnisses für 2021 sind diese Einnahmen nachträglich in den jeweiligen Quartalen verbucht worden. Ablesbar ist dies an den Revisionen in der Zahlungsbilanzstatistik. Wir haben in unserer Winterprognose diesen Umstand in unserer detaillierten Durchrechnung nicht berücksichtigt, da diese auf den Zahlen des Statistischen Bundesamts aufbaut. Allerdings haben wir darauf hingewiesen, dass das Bruttoinlandsprodukt aus diesem Grund wohl um 0,5 Prozentpunkte stärker zulegen dürfte. Insgesamt fiel die Zuwachsrate mit 2,9 Prozent etwas niedriger aus als unsere Prognose von zusammengekommen 3,1 Prozent, vor allem weil es bei den unterjährigen Zahlen zu Revisionen kam. In unseren Prognosen zuvor war der BioNTech-Effekt noch nicht berücksichtigt. Für das laufende Jahr gehen wir davon aus, dass die Wertschöpfung von BioNTech zeitnah in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen abgebildet und sich somit kein größerer Revisionsbedarf ergeben wird.

Nach der ersten Pandemiewelle haben sich die unmittelbaren Auswirkungen der Corona-Pandemie vor allem beim privaten Konsum niedergeschlagen. In unserer Frühjahrprognose haben wir die Stagnation beim privaten Konsum im Jahr 2021 insgesamt zwar in etwa so erwartet, allerdings bei einem deutlich anderen unterjährigen Verlauf. So waren wir von einem Einbruch der privaten Konsumausgaben von 10 Prozent für das erste Quartal ausgegangen. Dazu haben wir aufbauend auf den Erfahrungen aus der ersten Pandemiewelle die Auswirkungen der Infektionsschutzmaßnahmen auf einzelne Verwendungskategorien des privaten Konsums analysiert (Jannsen 2021). Insgesamt fiel der Rückgang mit 5,2 Prozent deutlich geringer aus als von uns prognostiziert. Eine wesentliche Rolle dürfte dabei gespielt haben, dass der Onlinehandel die privaten Konsumausgaben wesentlich stärker gestützt hatte als erwartet. Insgesamt lässt sich bislang feststellen, dass die wirtschaftlichen Belastungen durch die Pandemie trotz des höheren Infektionsgeschehens von Welle zu Welle abgenommen haben. In der ersten Jahreshälfte waren wir zudem nicht von dem recht deutlichen Rückgang der privaten Konsumausgaben im vierten Quartal ausgegangen. Zwar war es angesichts des saisonalen Pandemieverlaufs denkbar, dass es im Winterhalbjahr 2021/2022 erneut zu einem Dämpfer bei den privaten Konsumausgaben kommen könnte. Allerdings war nicht zuletzt aufgrund der Verfügbarkeit von Impfstoffen schwer absehbar, ob und in welchem Ausmaß es tatsächlich dazu kommen würde. Aus diesem Grund haben wir auch in der aktuellen Prognose keine weiteren dämpfenden Effekte seitens der Pandemie für das Winterhalbjahr 2022/2023 eingestellt.

Im Verlauf des Jahres 2021 haben Lieferengpässe zunehmend die Produktion im Verarbeitenden Gewerbe belastet. Dazu hat die Pandemie wesentlich beigetragen, unter anderem weil Transportrouten im Schiffsverkehrsverkehr massiv gestört wurden und es zu einer Verlagerung von Ausgaben von den besonders betroffenen kontaktintensiven Dienstleistungsbranchen hin zu Waren kam. Dies wurde von vielen Unternehmen offenbar nicht antizipiert, so dass es zu Engpässen bei Vorleistungsgütern, wie beispielsweise Halbleitern, kam. In unserer Sommerprognose haben wir damit begonnen, das Ausmaß der Lieferengpässe genauer zu analysieren und quantitativ abzuschätzen, beispielsweise über den langfristigen Zusammenhang zwischen den Auftragseingängen und der Industrieproduktion (Beckmann et al. 2021, Beckmann und Jannsen 2021) oder über die internationale Schifffahrt (IfW Kiel 2022). Allerdings war schwer absehbar, wie sich die Lieferengpässe weiterentwickeln würden. Für unsere Prognosen haben wir jeweils unterstellt, dass sie allmählich nachlassen werden. Tatsächlich haben sie sich im Verlauf des Jahres weiter

verschärft und erst gegen Ende des Jahres 2021 gab es erste Signale, dass sie etwas nachgelassen haben. Verwendungsseitig haben sich die Lieferengpässe vor allem bei den Ausrüstungsinvestitionen und den Exporten bemerkbar gemacht, wo die Aktivität deutlich hinter den Auftragseingängen zurückgeblieben war und es demzufolge zu einem deutlichen Anstieg des Auftragsbestands gekommen ist.

Tabelle K4 – 1:

Prognosen des Ifw Kiel und tatsächliche Entwicklung für das Jahr 2021

	Statistisches Bundesamt	Frühjahrsprognose		Sommerprognose		Herbstprognose		Winterprognose	
	Ist-Wert	Prognose	Fehler (2)-(1)	Prognose	Fehler (4)-(1)	Prognose	Fehler (6)-(1)	Prognose	Fehler (8)-(1)
Deutsche Wirtschaft:	1	2	3	4	5	6	7	8	9
Inländische Verwendung	2,2	1,4	-0,8	3,4	1,2	2,4	0,2	2,4	0,2
Privater Konsum	0,1	0,2	0,1	2,4	2,3	-0,5	-0,6	0,3	0,2
Staatlicher Konsum	3,1	2,3	-0,8	1,7	-1,4	2,5	-0,6	3,0	-0,1
Ausrüstungen	3,4	7,3	3,9	7,4	4,0	5,9	2,5	3,4	0,0
Bauten	0,7	0,5	-0,2	2,0	1,3	1,2	0,5	1,6	0,9
Sonst. Anlageinvestitionen	0,7	3,0	2,3	0,0	-0,7	0,8	0,1	0,3	-0,4
Vorratsveränderungen	1,0	0,1	-0,9	0,9	-0,1	1,4	0,4	1,0	0,0
Außenbeitrag	0,8	2,3	1,5	0,7	-0,1	0,4	-0,4	0,3	-0,5
Ausfuhr	9,9	12,8	2,9	11,2	1,3	8,1	-1,8	7,5	-2,4
Einfuhr	9,3	8,7	-0,6	10,9	1,6	8,3	-1,0	7,8	-1,5
Bruttoinlandsprodukt	2,9	3,7	0,8	3,9	1,0	2,6	-0,3	2,6	-0,3
Weltwirtschaft:									
Bruttoinlandsprodukt									
USA	5,7	6,6	0,9	6,7	1,0	5,7	0,0	5,6	-0,1
Euroraum ex. Deutschland	6,4	5,3	-1,1	5,8	-0,6	6,0	-0,4	6,0	-0,4
Weltwirtschaft	5,8	6,4	0,6	6,5	0,7	5,8	0,0	5,6	-0,2
Preisliche Wettbewerbsfähigkeit	0,9	1,1	0,2	1,3	0,4	1,5	0,6	0,8	-0,1
Exportmärkte	5,8	5,2	-0,6	5,7	-0,1	5,1	-0,7	5,5	-0,3
Nachrichtlich:									
Rohölpreis (US-Dollar je Barrel)		67,7	-	67,9	-	68,3	-	69,3	-

Vorjahresveränderung in Prozent; Vorratsveränderungen, Außenbeitrag: Lundberg-Komponente; Bruttoinlandsprodukt Weltwirtschaft: Gewichtet gemäß Bruttoinlandsprodukt nach Kaufkraftparität; Preisliche Wettbewerbsfähigkeit: Auf Basis der Verbraucherpreise gegenüber 55 Ländern, Anstieg bedeutet Verschlechterung; Exportmärkte: Auf Basis des Bruttoinlandsprodukts (preisbereinigt) in 59 Ländern, gewichtet mit Anteilen am deutschen Export; Rohölpreis: Werte sind Setzungen; Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.2*; US Department of Commerce, *National Economic Accounts*; Eurostat, *Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen*; eigene Berechnungen; Prognosen des Ifw Kiel.

^a In dem Zeitraum von 1994 bis 2020 lagen die absoluten durchschnittlichen Prognosefehler für die Zuwachsraten des Bruttoinlandsprodukts für das jeweils laufende Jahr in der Frühjahrsprognose bei 0,6 Prozentpunkten und reduzierten sich auf 0,1 Prozentpunkte in der Winterprognose.

Literatur

- Beckmann, J. K.-J. Gern und N. Jannsen (2021). Lieferengpässe bleiben Belastungsfaktor. *Wirtschaftsdienst* 101 (11), 915-916.
- Beckmann, J. und N. Jannsen (2021). Bedeutung von Lieferengpässen für die laufende Produktion in Deutschland. [IfW-Box 2021.09](#).
- Börschlein, E.-B., M. Bossler und J. Wiemann (2021). Gesetzlicher Mindestlohn: 2022 dürfte der Rückstand gegenüber der Tariflohnentwicklung aufgeholt sein. IAB-Forum. 15. Februar 2021. Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB).
- Boysen-Hogrefe, J. (2021). Die Rückkehr der kalten Progression. Blogbeitrag ÖkonomenBlog der INSM, via Internet (15. März 2022): <https://www.insm-oekonomenblog.de/29789-die-rueckkehr-der-kalten-progression/>
- Boysen-Hogrefe, J. (2022). Berlin sieht es locker – Brüssel (noch) nicht. *Wirtschaftsdienst* 102 (1), 19-22.
- Boysen-Hogrefe, Jens, D. Groll, S. Kooths, N. Sonnenberg und U. Stolzenburg (2022). Kriegsschock lastet auf Erholung. *Kieler Konjunkturberichte* Nr. 88 (2022|Q1). Kiel, Institut für Weltwirtschaft.
- Bruckmeier, K., J. Mühlhan und A. Peichl (2018). Mehr Arbeitsanreize für einkommensschwache Familien schaffen. *ifo Schnelldienst* 71(3): 25-28.
- Caliendo, M., C. Schröder und L. Wittbrodt (2019). The causal effects of the minimum wage introduction in Germany – An overview. *German Economic Review* 20(3): 257-292.
- Deutsche Bundesbank (2022). Monatsbericht Februar. Frankfurt (Main).
- Dovern, J., und N. Jannsen (2017a). Systematic Errors in Growth Expectations over the Business Cycle. *International Journal of Forecasting* 33, 760-769.
- Dustmann, C., A. Lindner, U. Schönberg, M. Umkehrer und P. vom Berge (2022). Reallocation effects of the minimum wage. *The Quarterly Journal of Economics* 137 (1), 267-328.
- Fauth, M., B. Jung und W. Kohler (2021). German Firms in International Trade: Evidence from Recent Transaction-level Data. Working paper for presentation at the European Trade Study group (ETSG) 2021 Ghent.
- Gern, K.-J., S. Kooths, J. Reents, N. Sonnenberg und U. Stolzenburg (2022). Verlangsamte Expansion bei hoher Inflation. *Kieler Konjunkturberichte* Nr. 87 (2022|Q1). Kiel, Institut für Weltwirtschaft.
- Grinza, E., und F. Rycx (2020). The Impact of Sickness Absenteeism on Firm Productivity: New Evidence from Belgian Matched Employer–Employee Panel Data. *Industrial Relations* 59 (1), 150-194.
- Heumer, M., H. Lesch und C. Schröder (2013). Einkommensverteilung und Armutsrisiko. *IW-Trends* Nr. 1.
- IAB (Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung) (2021). IAB-Arbeitszeitrechnung. Drittes Quartal 2021. Via Internet (6. Februar 2022): <https://www.iab.de/de/daten/iab-arbeitszeitrechnung.aspx>.
- IAB (Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung) (2022). Knapp 40 Prozent der Betriebe sind von Corona-bedingten Arbeitsausfällen betroffen. Presseinformation. Via Internet (22. Februar 2022): <https://www.iab.de/de/informationsservice/presse/presseinformationen/becovidwelle21.aspx>.
- ifo Institut und infas (2021). Homeoffice im Verlauf der Corona-Pandemie. Themenreport Corona-Datenplattform Juli 2021. Via Internet (8. Februar 2022): https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Downloads/I/infas-corona-daten-plattform-homeoffice.pdf?__blob=publicationFile&v=4.
- IfW Kiel (2022). Kiel Trade Indicator. Via Internet (10. März 2022); <https://www.ifw-kiel.de/de/themendossiers/internationaler-handel/kiel-trade-indicator/>.
- Jannsen, N. (2020a). Konjunkturelle Auswirkungen eines erhöhten Krankenstands. *IfW-Box* 2020.5. Institut für Weltwirtschaft, Kiel.
- Jannsen, N. (2020b). Arbeitsausfall und Wirtschaftsleistung. *IfW-Box* 2020.19. Institut für Weltwirtschaft, Kiel.
- Jannsen, N. (2021). Zum Einfluss der Corona Pandemie auf den privaten Verbrauch. *IfW-Box* 2021.01. Via Internet (10. März 2022). https://www.ifw-kiel.de/fileadmin/Dateiverwaltung/IfW-Publications/-ifw/IfW_Box/2021/-Box_2021-1_Deutschland_Fruehjahr.pdf.
- Kerstin Bruckmeier, Jannek Mühlhan und Andreas Peichl (2018). Mehr Arbeitsanreize für einkommensschwache Familien schaffen. *ifo Schnelldienst* 3 / 2018 71. Jahrgang S. 25-28.
- Knabe, A., R. Schöb und M. Thum (2020). Bilanz nach fünf Jahren: Was hat der gesetzliche Mindestlohn gebracht? *ifo Schnelldienst* 73 (4), 3-6.

- Kramarz, F., J. Martin und I. Mejean (2020). Volatility in the small and in the large: The lack of diversification in international trade. *Journal of International Economics* 122, 1-19.
- Lugilde A., R. Bande und D. Riveiro (2018). Precautionary Saving: a review of the Empirical Literature. *Journal of Economic Surveys* 33 (2), 481-515.
- Mody A., F. Ohnsorge und D. Sandri (2012). Precautionary Savings in the Great Recession. *IMF Economic Review* 60, 114-138.
- Müller, K.-U., und V. Steiner (2013). Distributional effects of a minimum wage in a welfare state – The case of Germany. SOEP Papers on Multidisciplinary Panel Data Research 617. DIW Berlin.
- RKI (Robert Koch Institut) (2022). Quarantäne- und Isolierungsdauern bei SARS-CoV-2-Expositionen und -Infektionen; entsprechend Beschluss der Ministerpräsidentenkonferenz vom 7. und 24. Januar 2022. Via Internet (8. Februar 2022): https://www.rki.de/DE/Content/InfAZ/N/Neuartiges_Coronavirus/Quarantaene/Absonderung.html.
- Statistisches Bundesamt (2022). In 67 % der Familien mit jüngeren Kindern sind beide Elternteile erwerbstätig. Via Internet (7. Februar 2022): https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2022/01/PD22_N003-122.html.
- Wagner, J. (2012). Trading many goods with many countries: Exporters and importers from German manufacturing industries. *Jahrbuch für Wirtschaftswissenschaften* 63, 170–186.
- Wagner, J. (2015). Dynamik der deutschen Warenexporte nach Zielländern und Gütergruppen. *Wirtschaftsdienst* 95 (12), 868-870.
- Wanger, S. und E. Weber (2021). Schul- und Kitaschließungen, Krankheit, Quarantäne – die coronabedingten Arbeitsausfälle der Erwerbstätigen steigen auf 59,2 Millionen Arbeitstage. IAB-Forum, 8. Februar 2021. Via Internet (7. Februar 2022): <https://www.iab-forum.de/schul-und-kitaschliessungen-krankheit-quarantaene-die-coronabedingten-arbeitsausfaelle-der-erwerbstaetigen-steigen-auf-592-millionen-arbeitstage/>.
- ZDH (Zentralverband des Deutschen Handwerks) (2022). Umfrage zu den Auswirkungen von Corona - KW 5/2022. Via Internet (3. März 2022): <https://www.zdh.de/ueber-uns/fachbereich-wirtschaft-energie-umwelt/sonderumfragen/zdh-umfragen-zu-den-auswirkungen-von-corona/umfrage-zu-den-auswirkungen-von-corona-kw-5/2022/>.

Tabellenanhang

Tabelle 11:
Jahresdaten zur wirtschaftlichen Entwicklung 2020–2023

	2020	2020	2021	2022	2023
	Mrd. Euro	Vorjahresveränderung in Prozent			
Aufkommen und Verwendung in Vorjahrespreisen					
Bruttoinlandsprodukt		-4,6	2,9	2,1	3,5
Private Konsumausgaben		-5,9	0,1	3,9	3,7
Konsumausgaben des Staates		3,5	3,1	1,1	0,2
Anlageinvestitionen		-2,2	1,5	2,9	5,5
Ausrüstungsinvestitionen		-11,2	3,4	3,0	10,6
Bauinvestitionen		2,5	0,7	2,2	2,9
Sonstige Anlagen		1,0	0,7	4,7	5,7
Vorratsveränderung		-0,9	1,0	-0,2	0,0
Inländische Verwendung		-4,0	2,2	2,8	3,3
Ausfuhr		-9,3	9,9	4,2	6,6
Einfuhr		-8,6	9,3	5,9	6,4
Außenbeitrag		-0,8	0,8	-0,5	0,3
Aufkommen und Verwendung in jeweiligen Preisen					
Bruttoinlandsprodukt	3.367,6	-3,0	6,0	5,0	6,9
Private Konsumausgaben	1.708,0	-5,3	3,2	9,6	7,0
Konsumausgaben des Staates	754,6	7,0	6,2	5,5	2,6
Anlageinvestitionen	735,9	-0,9	6,5	9,6	8,6
Ausrüstungsinvestitionen	216,9	-10,0	5,2	5,6	12,7
Bauinvestitionen	380,1	4,4	9,0	13,1	6,9
Sonstige Anlagen	138,9	1,4	1,8	6,0	7,0
Vorratsveränderung (Mrd. Euro)		-23,7	24,9	19,0	20,4
Inländische Verwendung	3.174,8	-3,1	6,2	8,4	6,3
Ausfuhr	1.462,1	-9,7	15,9	14,1	10,0
Einfuhr	1.269,3	-10,8	17,9	22,9	8,9
Außenbeitrag (Mrd. Euro)		192,8	197,5	94,8	123,3
Bruttonationaleinkommen	3.461,3	-3,5	6,3	4,9	6,7
Deflatoren					
Bruttoinlandsprodukt		1,6	3,0	2,9	3,3
Private Konsumausgaben		0,6	3,1	5,5	3,1
Konsumausgaben des Staates		3,3	3,0	4,4	2,4
Ausrüstungsinvestitionen		1,3	1,7	2,5	1,9
Bauinvestitionen		1,9	8,3	10,7	3,9
Sonstige Anlagen		0,3	1,2	1,2	1,2
Ausfuhr		-0,4	5,4	9,6	3,1
Einfuhr		-2,4	8,0	16,0	2,4
<i>Nachrichtlich:</i> Verbraucherpreise		0,5	3,1	5,8	3,4
Einkommensverteilung					
Volkseinkommen	2.528,2	-3,1	6,7	2,3	7,6
Arbeitnehmerentgelt	1.852,1	-0,2	3,7	4,9	4,7
in Prozent des Volkseinkommens (Lohnquote)		73,3	71,2	73,0	71,0
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	676,1	-10,2	15,0	-4,0	15,3
Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte	1.975,2	0,8	1,9	4,8	4,5
Sparquote (Prozent)		16,1	15,0	11,1	8,9
Bruttolöhne und -gehälter (Inländer)	1.514,1	-0,7	3,8	5,3	4,7
Effektivlohn, Stundenbasis		3,4	1,6	3,2	3,6
Lohnstückkosten, Stundenbasis		3,6	0,5	2,7	1,2
Produktivität, Stundenbasis		0,4	0,9	-0,1	2,2
Arbeitslose (1 000)		2.695	2.613	2.254	2.188
Arbeitslosenquote (Prozent)		5,9	5,7	4,9	4,7
Erwerbstätige, Inlandskonzept (1 000)		44.898	44.920	45.508	45.735
Finanzierungssaldo des Staates					
in Mrd. Euro		-145,2	-132,5	-92,4	-81,1
in Relation zum Bruttoinlandsprodukt (Prozent)		-4,3	-3,7	-2,5	-2,0
Öffentliche Schulden (Prozent)		69,1	69,4	68,0	65,1

Vorratsveränderung, Außenbeitrag: Lundberg-Komponente; Arbeitslose, Arbeitslosenquote: Abgrenzung der Bundesagentur für Arbeit; Öffentliche Schulden: in Relation zum Bruttoinlandsprodukt.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.2*; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

Wichtige Größen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen

Vorausschätzung für die Jahre 2022 bis 2023

	2021	2022	2023	2021		2022		2023	
				1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.

1. Entstehung des Bruttoinlandsproduktes

Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Erwerbstätige	0,0	1,3	0,5	- 0,7	0,8	1,5	1,2	0,8	0,2
Arbeitsvolumen	1,9	2,2	1,3	0,9	3,0	3,4	1,1	2,6	0,0
Arbeitszeit je Erwerbstätigen	1,9	0,9	0,8	1,6	2,1	1,9	- 0,1	1,9	- 0,3
Produktivität ¹	0,9	- 0,1	2,2	2,6	- 0,6	- 1,3	1,1	2,3	2,1
Bruttoinlandsprodukt, preisbereinigt	2,9	2,1	3,5	3,5	2,3	2,0	2,2	5,0	2,1

2. Verwendung des Inlandsprodukts in jeweiligen Preisen

a) Mrd. EUR

Konsumausgaben	2 564,3	2 777,6	2 933,5	1 217,4	1 346,9	1 331,2	1 446,3	1 433,3	1 500,2
Private Haushalte ²	1 763,0	1 932,0	2 066,3	830,4	932,6	916,8	1 015,2	1 010,3	1 056,0
Staat	801,3	845,6	867,2	387,0	414,3	414,4	431,2	423,0	444,2
Anlageinvestitionen	783,9	859,5	933,0	373,8	410,1	405,1	454,4	448,7	484,4
Ausrüstungen	228,2	240,9	271,4	109,9	118,3	110,5	130,4	128,7	142,7
Bauten	414,3	468,7	501,2	197,0	217,3	224,1	244,6	243,9	257,2
Sonstige Anlageinvestitionen	141,5	149,9	160,4	67,0	74,5	70,5	79,4	76,0	84,5
Vorratsveränderung ¹	24,9	19,0	20,4	8,8	16,0	11,2	7,8	10,4	10,0
Inländische Verwendung	3 373,1	3 656,1	3 886,9	1 600,1	1 773,0	1 747,5	1 908,6	1 892,4	1 994,6
Außenbeitrag	197,5	94,8	123,3	114,6	82,9	65,0	29,7	72,9	50,4
Exporte	1 694,6	1 934,2	2 127,1	811,1	883,5	928,9	1 005,3	1 056,2	1 070,8
Importe	1 497,0	1 839,4	2 003,8	696,5	800,5	863,8	975,6	983,4	1 020,4
Bruttoinlandsprodukt	3 570,6	3 750,9	4 010,2	1 714,7	1 855,9	1 812,6	1 938,3	1 965,2	2 045,0

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Konsumausgaben	4,1	8,3	5,6	2,0	6,1	9,3	7,4	7,7	3,7
Private Haushalte ²	3,2	9,6	7,0	0,0	6,3	10,4	8,9	10,2	4,0
Staat	6,2	5,5	2,6	6,7	5,8	7,1	4,1	2,1	3,0
Anlageinvestitionen	6,5	9,6	8,6	6,4	6,6	8,4	10,8	10,8	6,6
Ausrüstungen	5,2	5,6	12,7	11,9	- 0,4	0,6	10,2	16,5	9,4
Bauten	9,0	13,1	6,9	5,2	12,6	13,7	12,6	8,9	5,1
Sonstige Anlageinvestitionen	1,8	6,0	7,0	1,6	2,1	5,3	6,6	7,7	6,4
Inländische Verwendung	6,2	8,4	6,3	3,2	9,2	9,2	7,6	8,3	4,5
Exporte	15,9	14,1	10,0	15,0	16,8	14,5	13,8	13,7	6,5
Importe	17,9	22,9	8,9	11,8	23,8	24,0	21,9	13,8	4,6
Bruttoinlandsprodukt	6,0	5,0	6,9	4,9	7,0	5,7	4,4	8,4	5,5

3. Verwendung des Inlandsprodukts, verkettete Volumenangaben (Referenzjahr 2010)

a) Mrd. EUR

Konsumausgaben	2 319,0	2 388,9	2 451,7	1 117,0	1 202,1	1 160,5	1 228,4	1 209,2	1 242,6
Private Haushalte ²	1 617,5	1 680,5	1 742,6	768,9	848,5	808,7	871,8	858,1	884,5
Staat	699,6	707,1	708,5	346,6	353,0	350,8	356,3	350,7	357,8
Anlageinvestitionen	674,1	693,8	732,2	328,7	345,4	329,8	364,0	353,3	378,9
Ausrüstungen	214,9	221,5	244,9	103,9	111,0	102,0	119,5	116,4	128,5
Bauten	326,6	334,0	343,6	161,5	165,1	161,9	172,1	168,0	175,6
Sonstige Anlageinvestitionen	131,2	137,4	145,2	62,4	68,8	64,9	72,5	69,1	76,2
Inländische Verwendung	3 006,1	3 089,7	3 192,4	1 458,0	1 548,1	1 497,1	1 592,6	1 569,0	1 623,4
Exporte	1 573,5	1 638,9	1 747,7	773,8	799,7	800,9	838,0	870,3	877,4
Importe	1 396,6	1 479,6	1 573,7	674,7	721,8	710,3	769,3	771,6	802,1
Bruttoinlandsprodukt	3 186,4	3 253,5	3 368,7	1 557,9	1 628,5	1 589,3	1 664,2	1 669,3	1 699,5

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Konsumausgaben	1,1	3,0	2,6	0,1	2,0	3,9	2,2	4,2	1,2
Private Haushalte ²	0,1	3,9	3,7	- 1,8	2,0	5,2	2,7	6,1	1,5
Staat	3,1	1,1	0,2	4,3	2,0	1,2	0,9	0,0	0,4
Anlageinvestitionen	1,5	2,9	5,5	3,9	- 0,7	0,3	5,4	7,1	4,1
Ausrüstungen	3,4	3,0	10,6	10,3	- 2,3	- 1,8	7,6	14,1	7,6
Bauten	0,7	2,2	2,9	1,7	- 0,4	0,2	4,2	3,8	2,0
Sonstige Anlageinvestitionen	0,7	4,7	5,7	0,4	0,9	4,0	5,3	6,4	5,1
Inländische Verwendung	2,2	2,8	3,3	1,2	3,2	2,7	2,9	4,8	1,9
Exporte	9,9	4,2	6,6	12,1	7,9	3,5	4,8	8,7	4,7
Importe	9,3	5,9	6,4	7,6	10,9	5,3	6,6	8,6	4,3
Bruttoinlandsprodukt	2,9	2,1	3,5	3,5	2,3	2,0	2,2	5,0	2,1

noch: Wichtige Größen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen

Vorausschätzung für die Jahre 2022 bis 2023

	2021	2022	2023	2021		2022		2023	
				1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.

4. Preisniveau der Verwendungsseite des Inlandsprodukts (2010=100)

Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Private Konsumausgaben ²	3,1	5,5	3,1	1,8	4,2	5,0	6,0	3,9	2,5
Konsumausgaben des Staates	3,0	4,4	2,4	2,3	3,7	5,8	3,1	2,1	2,6
Anlageinvestitionen	5,0	6,5	2,9	2,5	7,4	8,0	5,2	3,4	2,4
Ausrüstungen	1,7	2,5	1,9	1,5	2,0	2,5	2,5	2,1	1,7
Bauten	8,3	10,7	3,9	3,5	13,0	13,5	8,0	4,9	3,1
Exporte	5,4	9,6	3,1	2,5	8,2	10,6	8,6	4,6	1,7
Importe	8,0	16,0	2,4	3,9	11,7	17,8	14,3	4,8	0,3
Bruttoinlandsprodukt	3,0	2,9	3,3	1,4	4,6	3,6	2,2	3,2	3,3

5. Einkommensentstehung und -verteilung

a) Mrd.EUR

Primäreinkommen der privaten Haushalte ²	2 449,2	2 572,7	2 691,6	1 187,6	1 261,6	1 259,2	1 313,6	1 322,0	1 369,6
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	349,2	360,7	377,1	169,2	180,0	174,5	186,3	182,9	194,2
Bruttolöhne und -gehälter	1 571,2	1 654,1	1 732,3	739,2	831,9	786,0	868,1	826,9	905,4
Übrige Primäreinkommen ⁴	528,8	557,9	582,2	279,1	249,6	298,7	259,2	312,2	270,0
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	535,3	549,1	665,6	229,7	305,6	229,1	320,0	305,4	360,2
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	2 984,5	3 121,8	3 357,3	1 417,3	1 567,2	1 488,3	1 633,5	1 627,4	1 729,9
Abschreibungen	694,0	737,7	762,2	339,7	354,3	366,0	371,7	379,0	383,2
Bruttonationaleinkommen	3 678,5	3 859,6	4 119,5	1 757,0	1 921,5	1 854,3	2 005,2	2 006,4	2 113,1
nachrichtlich:									
Volkseinkommen	2 697,8	2 760,8	2 969,3	1 283,8	1 414,0	1 317,5	1 443,3	1 439,1	1 530,1
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	777,4	745,9	859,9	375,3	402,1	357,0	389,0	429,3	430,5
Arbeitnehmerentgelt	1 920,4	2 014,8	2 109,4	908,5	1 012,0	960,5	1 054,3	1 009,8	1 099,6

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Primäreinkommen der privaten Haushalte ²	2,9	5,0	4,6	0,7	5,1	6,0	4,1	5,0	4,3
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	3,3	3,3	4,5	2,9	3,7	3,1	3,5	4,8	4,2
Bruttolöhne und -gehälter	3,8	5,3	4,7	2,4	5,0	6,3	4,3	5,2	4,3
Bruttolöhne und -gehälter je Beschäftigten	3,5	4,0	4,2	2,9	4,0	4,9	3,3	4,5	4,1
Übrige Primäreinkommen ⁴	0,3	5,5	4,4	-4,6	6,4	7,0	3,9	4,5	4,2
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	26,4	2,6	21,2	38,5	18,6	-0,3	4,7	33,3	12,6
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	6,5	4,6	7,5	5,4	7,5	5,0	4,2	9,3	5,9
Abschreibungen	5,4	6,3	3,3	3,1	7,7	7,7	4,9	3,5	3,1
Bruttonationaleinkommen	6,3	4,9	6,7	4,9	7,5	5,5	4,4	8,2	5,4
nachrichtlich:									
Volkseinkommen	6,7	2,3	7,6	6,5	6,9	2,6	2,1	9,2	6,0
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	15,0	-4,0	15,3	17,6	12,7	-4,9	-3,2	20,3	10,7
Arbeitnehmerentgelt	3,7	4,9	4,7	2,5	4,8	5,7	4,2	5,1	4,3

6. Einkommen und Einkommensverwendung der privaten Haushalte ²

a) Mrd.EUR

Masseneinkommen	1 595,7	1 660,7	1 736,6	767,0	828,8	799,0	861,6	837,9	898,7
Nettolöhne und -gehälter	1 064,2	1 124,7	1 181,1	496,0	568,2	531,0	593,7	561,1	620,0
Monetäre Sozialleistungen	674,0	683,8	708,8	342,2	331,7	340,4	343,4	351,6	357,2
abz. Abgaben auf soziale Leistungen, verbrauchsnahe Steuern	142,5	147,9	153,3	71,3	71,2	72,4	75,4	74,8	78,5
Übrige Primäreinkommen ⁴	528,8	557,9	582,2	279,1	249,6	298,7	259,2	312,2	270,0
Sonstige Transfers (Saldo) ³	-111,2	-107,7	-113,8	-48,5	-62,7	-46,9	-60,8	-49,7	-64,1
Verfügbares Einkommen	2 013,3	2 110,9	2 205,1	997,6	1 015,7	1 050,8	1 060,0	1 100,4	1 104,6
Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	60,8	61,7	62,6	29,5	31,3	30,0	31,8	30,4	32,2
Konsumausgaben	1 763,0	1 932,0	2 066,3	830,4	932,6	916,8	1 015,2	1 010,3	1 056,0
Sparen	311,1	240,6	201,5	196,7	114,3	164,0	76,6	120,6	80,9
Sparquote (%) ⁴	15,0	11,1	8,9	19,2	10,9	15,2	7,0	10,7	7,1

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Masseneinkommen	3,6	4,1	4,6	4,1	3,1	4,2	4,0	4,9	4,3
Nettolöhne und -gehälter	4,2	5,7	5,0	3,1	5,2	7,1	4,5	5,7	4,4
Monetäre Sozialleistungen	2,3	1,5	3,7	5,5	-0,8	-0,5	3,5	3,3	4,0
abz. Abgaben auf soziale Leistungen, verbrauchsnahe Steuern	1,5	3,8	3,7	3,2	-0,1	1,6	6,0	3,3	4,0
Übrige Primäreinkommen ⁴	0,3	5,5	4,4	-4,6	6,4	7,0	3,9	4,5	4,2
Verfügbares Einkommen	1,9	4,8	4,5	1,5	2,4	5,3	4,4	4,7	4,2
Konsumausgaben	3,2	9,6	7,0	0,0	6,3	10,4	8,9	10,2	4,0
Sparen	-4,9	-22,6	-16,3	8,3	-21,4	-16,6	-33,0	-26,5	5,6

noch: Wichtige Größen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen

Vorausschätzung für die Jahre 2022 bis 2023

	2021	2022	2023	2021		2022		2023	
				1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.

7. Einnahmen und Ausgaben des Staates ¹

a) Mrd.EUR

Einnahmen									
Steuern	872,9	907,9	960,3	416,3	456,5	433,7	474,2	461,2	499,1
Sozialbeiträge	632,8	662,2	697,9	305,9	326,9	320,2	342,0	338,6	359,3
Vermögenseinkommen	15,8	15,4	14,8	8,4	7,5	8,1	7,3	7,8	7,0
Sonstige Transfers	33,5	35,0	36,4	15,7	17,7	16,5	18,5	17,2	19,3
Vermögenstransfers	17,2	18,4	19,6	7,6	9,7	8,1	10,3	8,7	10,9
Verkäufe	133,4	140,4	145,1	61,0	72,4	64,9	75,5	67,1	78,0
Sonstige Subventionen	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
Insgesamt	1 705,8	1 779,4	1 874,3	815,0	890,8	851,5	927,9	900,7	973,6
Ausgaben									
Vorleistungen ¹	560,5	596,6	611,0	267,4	293,0	288,3	308,2	295,4	315,6
Arbeitnehmerentgelt	294,1	303,9	313,5	141,4	152,8	148,0	155,9	150,5	163,0
Vermögenseinkommen (Zinsen)	21,0	20,2	19,4	11,1	9,9	10,7	9,5	10,3	9,1
Subventionen	105,0	63,4	64,1	54,9	50,1	33,6	29,8	32,5	31,6
Monetäre Sozialleistungen	609,0	618,4	642,8	310,0	299,1	307,9	310,5	318,8	324,0
Sonstige laufende Transfers	90,1	95,1	98,6	43,2	46,9	45,5	49,7	47,1	51,5
Vermögenstransfers	68,1	68,5	81,3	20,2	47,8	29,8	38,8	35,9	45,4
Bruttoinvestitionen	91,7	107,1	126,0	39,5	52,3	43,3	63,8	52,1	73,9
Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	-1,3	-1,3	-1,3	-0,6	-0,7	-0,6	-0,7	-0,6	-0,7
Insgesamt	1 838,2	1 871,8	1 955,4	886,9	951,3	906,4	965,5	941,9	1 013,5
Finanzierungssaldo	- 132,5	- 92,4	- 81,1	- 72,0	- 60,5	- 54,8	- 37,6	- 41,3	- 39,8

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Einnahmen									
Steuern	12,9	4,0	5,8	6,6	19,2	4,2	3,9	6,4	5,2
Sozialbeiträge	4,1	4,6	5,4	3,5	4,6	4,7	4,6	5,7	5,1
Vermögenseinkommen	- 19,9	- 3,0	- 3,7	- 30,3	- 3,8	- 3,2	- 2,8	- 3,9	- 3,5
Sonstige Transfers	38,2	4,5	4,1	39,7	36,8	4,6	4,4	4,2	4,0
Vermögenstransfers	11,1	6,8	6,6	6,7	14,7	7,4	6,4	7,2	6,2
Verkäufe	6,0	5,2	3,4	4,8	7,0	6,4	4,3	3,5	3,3
Sonstige Subventionen	7,7	0,0	0,0	17,6	1,3	0,0	0,0	0,0	0,0
Insgesamt	8,9	4,3	5,3	5,2	12,4	4,5	4,2	5,8	4,9
Ausgaben									
Vorleistungen ¹	7,7	6,4	2,4	8,4	7,0	7,8	5,2	2,4	2,4
Arbeitnehmerentgelt	3,5	3,3	3,2	3,7	3,4	4,7	2,1	1,7	4,6
Vermögenseinkommen (Zinsen)	0,2	- 3,8	- 4,0	- 4,4	5,8	- 3,6	- 4,0	- 3,8	- 4,2
Subventionen	47,3	- 39,6	1,1	46,8	47,9	- 38,7	- 40,6	- 3,3	6,0
Monetäre Sozialleistungen	2,3	1,5	4,0	5,9	- 1,1	- 0,7	3,8	3,5	4,4
Sonstige laufende Transfers	9,2	5,6	3,7	8,2	10,1	5,3	5,8	3,7	3,7
Vermögenstransfers	42,0	0,6	18,6	13,6	58,8	47,0	- 19,0	20,5	17,1
Bruttoinvestitionen	0,9	16,7	17,7	- 2,3	3,4	9,6	22,1	20,4	15,9
Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	8,2	0,0	0,0	26,4	- 4,6	0,0	0,0	0,0	0,0
Insgesamt	7,4	1,8	4,5	7,9	6,9	2,2	1,5	3,9	5,0

¹ Preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigenstunde.² Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.³ Einschließlich Nettozugang an Wertsachen.⁴ Selbständigeneinkommen/Betriebsüberschuss sowie empfangene abzüglich geleistete Vermögenseinkommen.⁵ Empfangene abzüglich geleistete sonstige Transfers.⁶ Sparen in Prozent des verfügbaren Einkommens (einschließlich der Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche).⁷ Gebietskörperschaften und Sozialversicherung.⁸ Einschließlich sozialer Sachleistungen und sonstiger Produktionsabgaben.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 18; Berechnungen und Prognosen des IfW Kiel.

Hauptaggregate der Sektoren Mrd. EUR						
	Gegenstand der Nachweisung	2021				
		Gesamte Volkswirtschaft	Nichtfinanzielle und finanzielle Kapitalgesellschaften	Staat	Private Haushalte und private Org. o.E.	Übrige Welt
		S 1	S 11/S12	S 13	S 14/S 15	S 2
1 =	Bruttowertschöpfung	3 228,9	2 185,9	374,7	668,3	–
2 –	Abschreibungen	694,0	403,2	87,3	203,5	–
3 =	Nettowertschöpfung 1)	2 534,9	1 782,7	287,4	464,8	– 197,5
4 –	Geleistete Arbeitnehmerentgelte	1 916,9	1 380,8	294,1	242,0	16,1
5 –	Geleistete sonstige Produktionsabgaben	35,6	25,3	0,5	9,8	–
6 +	Empfangene sonstige Subventionen	87,8	62,3	0,1	25,4	–
7 =	Betriebsüberschuss/Selbstständigeneinkommen	670,3	438,8	– 7,0	238,5	– 213,7
8 +	Empfangene Arbeitnehmerentgelte	1 920,4	–	–	1 920,4	12,6
9 –	Geleistete Subventionen	105,0	–	105,0	–	4,7
10 +	Empfangene Produktions- und Importabgaben	391,7	–	391,7	–	7,4
11 –	Geleistete Vermögenseinkommen	569,1	530,5	21,0	17,6	190,4
12 +	Empfangene Vermögenseinkommen	676,2	352,5	15,8	307,9	83,3
13 =	Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	2 984,5	260,8	274,5	2 449,2	– 305,4
14 –	Geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	469,7	105,7	–	364,0	12,0
15 +	Empfangene Einkommen- und Vermögensteuern	481,2	–	481,2	–	0,6
16 –	Geleistete Nettosozialbeiträge 2)	773,4	–	–	773,4	4,2
17 +	Empfangene Nettosozialbeiträge 2)	774,3	140,6	632,8	0,9	3,3
18 –	Geleistete monetäre Sozialleistungen	681,7	71,8	609,0	0,9	0,6
19 +	Empfangene monetäre Sozialleistungen	674,0	–	–	674,0	8,4
20 –	Geleistete sonstige laufende Transfers	382,0	203,2	90,1	88,7	63,0
21 +	Empfangene sonstige laufende Transfers	329,6	179,9	33,5	116,2	115,4
22 =	Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	2 936,7	200,6	722,9	2 013,3	– 257,7
23 –	Konsumausgaben	2 564,3	–	801,3	1 763,0	–
24 +	Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	– 60,8	–	60,8	–
25 =	Sparen	372,4	139,8	– 78,4	311,1	– 257,7
26 –	Geleistete Vermögenstransfers	107,3	23,3	68,1	15,9	4,9
27 +	Empfangene Vermögenstransfers	95,3	48,9	17,2	29,2	16,9
28 –	Bruttoinvestitionen	808,8	467,9	91,7	249,1	–
29 +	Abschreibungen	694,0	403,2	87,3	203,5	–
30 –	Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	0,2	0,7	– 1,3	0,8	– 0,2
31 =	Finanzierungssaldo	245,5	100,0	– 132,5	277,9	– 245,5
Nachrichtlich:						
34	Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	2 936,7	200,6	722,9	2 013,3	– 257,7
35 –	Geleistete soziale Sachtransfers	516,3	–	516,3	–	–
36 +	Empfangene soziale Sachtransfers	516,3	–	–	516,3	–
37 =	Verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept)	2 936,7	200,6	206,6	2 529,5	– 257,7
38 –	Konsum 2)	2 564,3	–	285,1	2 279,3	–
39 +	Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	– 60,8	–	60,8	–
40 =	Sparen	372,4	139,8	– 78,4	311,1	– 257,7
1) Für den Sektor übrige Welt Importe abzügl. Exporte aus der bzw. an die übrige Welt. – 2) Sozialbeiträge einschl. Sozialbeiträge aus Kapitalerträgen abzüglich Dienstleistungsentgelt privater Sozialschutzsysteme. – 3) Für den Sektor Staat Kollektivkonsum, für den Sektor private Haushalte, private Organisationen o. E. Individualkonsum (einschl. Konsumausgaben des Staates für den Individualverbrauch, d.h. einschl. sozialer Sachleistungen).						
Quelle: Statistisches Bundesamt, <i>Hauptaggregate der Sektoren</i> .						

Hauptaggregate der Sektoren Mrd. EUR						
Gegenstand der Nachweisung	2022					
	Gesamte Volkswirtschaft	Nichtfinanzielle und finanzielle Kapitalgesellschaften	Staat	Private Haushalte und private Org. o.E.	Übrige Welt	
	S 1	S 11/S 12	S 13	S 14/S 15	S 2	
1 = Bruttowertschöpfung	3 375,8	2 276,7	389,9	709,2	–	
2 – Abschreibungen	737,7	429,3	92,1	216,3	–	
3 = Nettowertschöpfung 1)	2 638,1	1 847,4	297,9	492,9	– 94,8	
4 – Geleistete Arbeitnehmerentgelte	2 011,3	1 453,9	303,9	253,6	16,8	
5 – Geleistete sonstige Produktionsabgaben	39,1	27,9	0,5	10,7	–	
6 + Empfangene sonstige Subventionen	50,0	36,1	0,1	13,8	–	
7 = Betriebsüberschuss/Selbstständigeneinkommen	637,7	401,6	– 6,4	242,4	– 111,5	
8 + Empfangene Arbeitnehmerentgelte	2 014,8	–	–	2 014,8	13,3	
9 – Geleistete Subventionen	63,4	–	63,4	–	4,7	
10 + Empfangene Produktions- und Importabgaben	424,4	–	424,4	–	7,8	
11 – Geleistete Vermögenseinkommen	599,5	562,3	20,2	17,0	199,9	
12 + Empfangene Vermögenseinkommen	707,8	359,9	15,4	332,5	91,6	
13 = Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	3 121,8	199,2	349,9	2 572,7	– 203,4	
14 – Geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	471,2	101,4	–	369,8	12,8	
15 + Empfangene Einkommen- und Vermögensteuern	483,4	–	483,4	–	0,6	
16 – Geleistete Nettosozialbeiträge 2)	805,2	–	–	805,2	4,4	
17 + Empfangene Nettosozialbeiträge 2)	806,1	143,0	662,2	0,9	3,5	
18 – Geleistete monetäre Sozialleistungen	692,3	73,0	618,4	0,9	0,6	
19 + Empfangene monetäre Sozialleistungen	683,8	–	–	683,8	9,1	
20 – Geleistete sonstige laufende Transfers	394,3	207,3	95,1	91,9	65,4	
21 + Empfangene sonstige laufende Transfers	341,4	185,3	35,0	121,2	118,3	
22 = Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	3 073,6	145,7	817,0	2 110,9	– 155,2	
23 – Konsumausgaben	2 777,6	–	845,6	1 932,0	–	
24 + Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	– 61,7	–	61,7	–	
25 = Sparen	296,0	84,0	– 28,6	240,6	– 155,2	
26 – Geleistete Vermögenstransfers	108,8	24,5	68,5	15,8	5,2	
27 + Empfangene Vermögenstransfers	97,0	49,2	18,4	29,3	17,0	
28 – Bruttoinvestitionen	878,5	486,8	107,1	284,7	–	
29 + Abschreibungen	737,7	429,3	92,1	216,3	–	
30 – Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	0,2	0,7	– 1,3	0,8	– 0,2	
31 = Finanzierungssaldo	143,1	50,6	– 92,4	185,0	– 143,1	
Nachrichtlich:						
34 Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	3 073,6	145,7	817,0	2 110,9	– 155,2	
35 – Geleistete soziale Sachtransfers	536,5	–	536,5	–	–	
36 + Empfangene soziale Sachtransfers	536,5	–	–	536,5	–	
37 = Verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept)	3 073,6	145,7	280,5	2 647,4	– 155,2	
38 – Konsum 3)	2 777,6	–	309,1	2 468,4	–	
39 + Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	– 61,7	–	61,7	–	
40 = Sparen	296,0	84,0	– 28,6	240,6	– 155,2	
1) Für den Sektor übrige Welt Importe abzügl. Exporte aus der bzw. an die übrige Welt. – 2) Sozialbeiträge einschl. Sozialbeiträge aus Kapitalerträgen abzüglich Dienstleistungsentgelt privater Sozialschutzsysteme. – 3) Für den Sektor Staat Kollektivkonsum, für den Sektor private Haushalte, private Organisationen o. E. Individualkonsum (einschl. Konsumausgaben des Staates für den Individualverbrauch, d.h. einschl. sozialer Sachleistungen).						
Quelle: Statistisches Bundesamt, Hauptaggregate der Sektoren.						

Hauptaggregate der Sektoren Mrd. EUR						
	Gegenstand der Nachweisung	2023				
		Gesamte Volkswirtschaft	Nichtfinanzielle und finanzielle Kapitalgesellschaften	Staat	Private Haushalte und private Org. o.E.	Übrige Welt
		S 1	S 11/S 12	S 13	S 14/S 15	S 2
1 =	Bruttowertschöpfung	3 615,3	2 476,0	401,9	737,4	–
2 –	Abschreibungen	762,2	444,0	94,7	223,5	–
3 =	Nettowertschöpfung 1)	2 853,1	2 032,0	307,2	513,9	– 123,3
4 –	Geleistete Arbeitnehmerentgelte	2 105,9	1 527,5	313,5	264,9	17,5
5 –	Geleistete sonstige Produktionsabgaben	41,6	29,7	0,5	11,4	–
6 +	Empfangene sonstige Subventionen	45,1	32,7	0,1	12,3	–
7 =	Betriebsüberschuss/Selbstständigeinkommen	750,8	507,5	– 6,6	249,9	– 140,8
8 +	Empfangene Arbeitnehmerentgelte	2 109,4	–	–	2 109,4	14,0
9 –	Geleistete Subventionen	64,1	–	64,1	–	4,7
10 +	Empfangene Produktions- und Importabgaben	452,1	–	452,1	–	8,1
11 –	Geleistete Vermögenseinkommen	640,7	604,5	19,4	16,8	209,9
12 +	Empfangene Vermögenseinkommen	749,8	385,9	14,8	349,1	100,8
13 =	Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	3 357,3	288,9	376,8	2 691,6	– 232,6
14 –	Geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	495,4	111,5	–	383,9	13,4
15 +	Empfangene Einkommen- und Vermögensteuern	508,2	–	508,2	–	0,6
16 –	Geleistete Nettosozialbeiträge 2)	842,9	–	–	842,9	4,5
17 +	Empfangene Nettosozialbeiträge 2)	844,0	145,2	697,9	0,9	3,4
18 –	Geleistete monetäre Sozialleistungen	717,9	74,2	642,8	0,9	0,6
19 +	Empfangene monetäre Sozialleistungen	708,8	–	–	708,8	9,7
20 –	Geleistete sonstige laufende Transfers	405,4	211,4	98,6	95,3	67,8
21 +	Empfangene sonstige laufende Transfers	352,0	188,8	36,4	126,7	121,3
22 =	Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	3 308,6	225,8	877,8	2 205,1	– 183,9
23 –	Konsumausgaben	2 933,5	–	867,2	2 066,3	–
24 +	Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	– 62,6	–	62,6	–
25 =	Sparen	375,1	163,1	10,6	201,5	– 183,9
26 –	Geleistete Vermögenstransfers	124,5	26,9	81,3	16,3	5,3
27 +	Empfangene Vermögenstransfers	112,3	60,4	19,6	32,3	17,4
28 –	Bruttoinvestitionen	953,4	522,2	126,0	305,2	–
29 +	Abschreibungen	762,2	444,0	94,7	223,5	–
30 –	Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	0,2	0,7	– 1,3	0,8	– 0,2
31 =	Finanzierungssaldo	171,5	117,7	– 81,1	134,9	– 171,5
Nachrichtlich:						
34 =	Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	3 308,6	225,8	877,8	2 205,1	– 183,9
35 –	Geleistete soziale Sachtransfers	559,9	–	559,9	–	–
36 +	Empfangene soziale Sachtransfers	559,9	–	–	559,9	–
37 =	Verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept)	3 308,6	225,8	317,9	2 765,0	– 183,9
38 –	Konsum 2)	2 933,5	–	307,3	2 626,2	–
39 +	Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	– 62,6	–	62,6	–
40 =	Sparen	375,1	163,1	10,6	201,5	– 183,9

1) Für den Sektor übrige Welt Importe abzügl. Exporte aus der bzw. an die übrige Welt. – 2) Sozialbeiträge einschl. Sozialbeiträge aus Kapitalerträgen abzüglich Dienstleistungsentgelt privater Sozialschutzsysteme. – 3) Für den Sektor Staat Kollektivkonsum, für den Sektor private Haushalte, private Organisationen o. E. Individualkonsum (einschl. Konsumausgaben des Staates für den Individualverbrauch, d.h. einschl. sozialer Sachleistungen).

Quelle: Statistisches Bundesamt, Hauptaggregate der Sektoren.